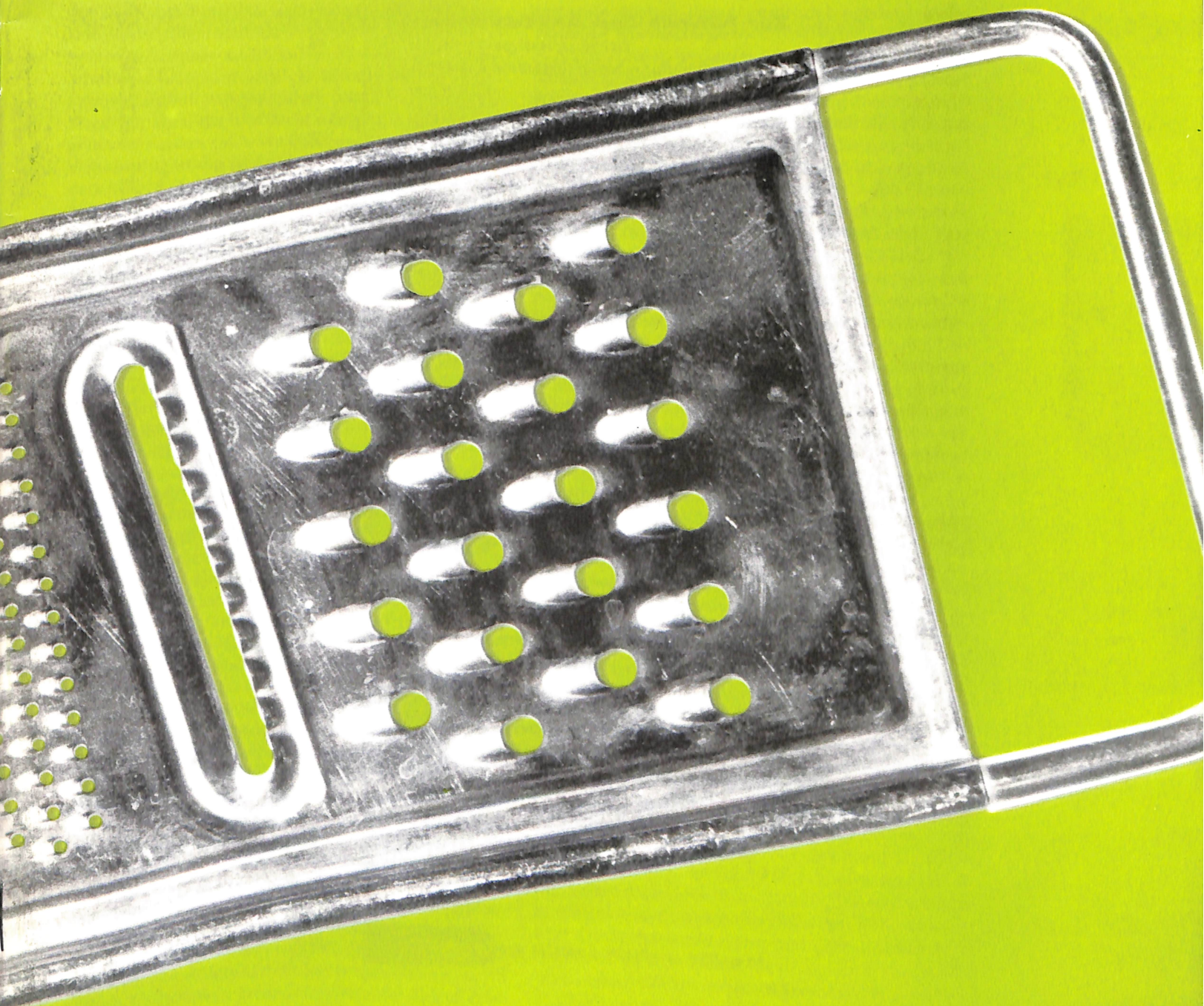
Nr. 3 · August 98 · 47. Jhg.

diskus

Frankfurter StudentInnen Zeitschrift · In Ffm gratis, auswärts 5 Mark



... migration und rassismus ...

inhalt

editorial 3

Zur Novelle des Asylbewerberleistungsgesetzes 4
Die Praxis der Ausschließung – Sozialstaat ohne Existenzminimum

Totaler Kontrollnerv 7
oder: »Was studieren Sie denn in Deutschland?« – »Polizeimentalität«

Von Mauern mit Löchern 10
Grenzpolitik, Migration und Arbeitskraftregulierung

Sabri Abis Männercafè 15
Über einen Ort, der mir gefällt

...217...218...219... 21
Feminismus und Bevölkerungspolitik

hasi-comic 26

Blairs Cool Britannia: Thatcherismus mit menschlichem Antlitz 27
Interview mit Bob Jessop

Haider im Kontext 32
Populismus in Österreich

Heute schon Lenin gelesen? 37

garip dünya 39

impressum 43

editorial

Er ist bereit. Andere wollen mit einem Handschlag erschrecken. Oder eben: **Ü**. Und gebt auch ihr eure Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit?

Wird in nationalstaatlich organisierten parlamentarischen Demokratien gewählt, geht es immer auch um die Reproduktion eines nationalen Kollektivs. Stets sind »wir« aufgerufen, im Wahlakt über die Zukunft »unseres Landes« zu befinden. Wählen vergemeinschaftet. Mehr oder weniger offen wird im Wahlkampf-Tamtam ausgehandelt, bzw. erneut festgeklopft für wen, für wen nicht und gegen wen Politik gemacht werden soll – wo das Innen und das Außen liegt. Häufig ist das Außen gar nicht so weit weg, sondern wohnt gleich um die Ecke – in der Bundesrepublik sind dies die ca. 7 Mio. AusländerInnen.

Dies ist keine neue Erkenntnis; bereits in den 80er Jahren waren »Ausländer« ein beliebtes Negativ, um Wahlstimmen zu fangen. In den 90ern haben sich jedoch die Erzählweisen von »den Ausländern« verändert bzw. verschärft: Über MigrantInnen wird gegenwärtig viel und meist in Zusammenhang mit Kriminalität und Illegalität geredet. Trotz entgegenlautender Bekenntnisse ist das Thema »Ausländer« zu einem zentralen Profilierungsfeld der Parteien auserkoren worden. Die Debatte um den »Fall Mehmet« ist nur ein Beispiel dafür.

Dies verweist darauf, daß sich die Anrufungen eines deutschen Wir verschoben haben. Vor gar nicht allzulanger Zeit wurde den »Bürgern« materielle Sicherheit und Wohlstand versprochen. Das scheint im Zuge der Reorganisation des »Standorts«, die die materielle Reproduktion auch vielen »Inländern« immer schwerer macht, nicht mehr möglich, bzw. gewollt. Staatliche Politik profiliert sich nun viel eher als Schutzmacht gegen imaginierte Gefahren, durch die die BürgerInnen ständig und überall bedroht seien: Mit rigoroser Härte gegen die aus den Elementen illegal, kriminell (mitunter gar organisiert), gewaltbereit, fanatisch... gebastelten Superschurken läßt sich prima Politik- und Durchsetzungsfähigkeit demonstrieren. Daß entgegen der parteipolitischen Rhetorik die Verschärfung der Einwanderungsgesetze nicht unbedingt auf völlig geschlossene Grenzen zielt, wird in dem Artikel ***Von Mauern mit Löchern*** deutlich. Staatliche Grenzregimes regulieren durch ihre steuerbare Durchlässigkeit Migration und stellen so verschiedene »Klassen« ausländischer Arbeitskräfte her, z. B. Legale und Illegale.

Ganz in der Kontinuität der letzten Jahre wurden auch in jüngster Zeit weitere Regelungen durchgesetzt, die den Aufenthalt für Leute ohne den richtigen Paß in Deutschland behindern, verunmöglichen oder beenden. So wurde das Asylbewerberleistungsgesetz verschärft (siehe ***Zur Novelle des Asylbewerberleistungsgesetzes***) oder der Bundesgrenzschutz dazu berechtigt, »verdachts- und ereignisunabhängig« in Bahnhöfen, Flughäfen und Zügen Personenkontrollen vorzunehmen. Für den sogenannten Normalbürger stellt eine solche Befugniserweiterung keinesfalls ein Skandalon dar. Die Verlagerung der Grenzen ins Landesinnere richtet sich schließlich nicht gegen sie, sondern explizit gegen alle »illegitimen Eindringlinge«. Mehr als nur ein Nebeneffekt davon ist, daß derart Stigmatisierte tendenziell aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden. (siehe ***Totaler Kontrollnerv***)

Nicht immer verlaufen die Grenzen zwischen Innen und Außen entlang formaler Kriterien wie der Staatsangehörigkeit. Wie Ausgrenzung über kulturalistische Stereotype funktioniert, macht der Fall der muslimischen Pädagogin deutlich, die wegen ihres Kopftuches nicht in den Schuldienst übernommen wurde. Unabhängig davon, was die betroffene Lehrerin wirklich denkt oder tut, wurde das »Symbol« Kopftuch zur Begründung für das Berufsverbot. Parteienübergreifend wurde konstatiert, das Kleidungsstück stünde für Ausgrenzung und Intoleranz und habe in der religiös und weltanschaulich neutralen Schule nichts zu suchen. Gestattet man erst ein verbeamtetes Kopftuch, müsse man »morgen auch das Tragen des roten Sterns oder neofaschistischer Symbole genehmigen«, meinte beispielsweise Otto Hauser (CDU). Michael Damian von den Grünen begründete seine Ablehnung damit, daß »das Kopftuch nach wie vor eine Demonstration für die Unterwürfigkeit und Unterdrückung von Frauen« sei und Frauenunterdrückung eben »nicht in unseren Kulturkreis paßt« (holla). Was dem einen sein »christlich' Abendland«, sind dem anderen die »Werte der Französischen Revolution«. Die durchaus unterschiedlichen Begründungen haben ihren Fluchtpunkt in der Vorstellung einer politischen und kulturellen »Mitte«, die als Norm, bzw. Normalität gesetzt wird. Perfide an diesem Fall ist nicht nur, daß das Islambild gerade durch jene reproduziert wird, die damit das Berufsverbot begründen, sondern auch die Umkehrung des Toleranzbegriffs, nach der die Mehrheitsgesellschaft Toleranz von der Minderheit erwartet, sowie die damit gekoppelte absurde Unterstellung, eine marginalisierte Gruppe könne die Mehrheitsgesellschaft »ausgrenzen«. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum auch für Migranten in der zweiten oder dritten Generation das Integrationsgefasel einen mehr als üblen Beigeschmack hat. Wenn diese sich etwa verstärkt in türkischen Männercafes treffen, ist das also weniger Ausdruck einer dunklen anatolischen Sitte, sondern eher die Suche »nach Orten und Öffentlichkeiten, in denen einem kein Ethno-Identitätsterror ins Gesicht bläst« (siehe ***Sabri Abis Männercafe***).

Ob Grenzen, Reiben, Mauern oder Kruzifixe – es gibt viele Kämpfe in Deutschland. Am schönsten sind für uns die, ähem, Klassenkämpfe.

Redaktion diskus

Wir laden ein zur öffentlichen Heftkritik am 7. 10. 98, 19:30 Uhr, Raum 106 im Studierendenhaus. Der *diskus* 4/98 erscheint voraussichtlich Mitte November.

Zur Novelle des Asylbewerberleistungsgesetzes

Die Praxis der Ausschließung – Sozialstaat ohne Existenzminimum

Der Gesetzgebung im Ausländer- und Asylrecht kommt heute eine ähnliche Bedeutung zu, wie sie die Terroristengesetzgebung in den 70er Jahren als Experimentierfeld für die radikale Transformation des Sicherheitsstaates innehatte. Beispiele liegen dabei auf der Hand: sei es die (De-facto-)Abschaffung der Grundrechte auf Asyl und der Unverletzlichkeit der Wohnung, die Ausweitung der Funktion des Bundesgrenzschutzes (BGS) zu einer paramilitärischen Bundes-polizei oder die sicherheitstechnische Aufrüstung der Innenstädte. Die sozial-kulturelle Konstruktion von Ethnien wird dabei gekoppelt mit Reden über Sozialmißbrauch, »Konkurrenz von außen« und Kriminalität und ist Teil einer Alltagspraxis, die eine rassistische Realität stets aufs Neue herstellt.

Der Wohlfahrtsstaat als Klassenkompromiß war von seiner Idee her ein Vehikel der Integration von Menschen, die durch die Wirkung der kapitalistischen Vergesellschaftung ausgegrenzt wurden. Eingeschrieben in seine Materialität war von Anfang an allerdings das rassistische Politikmuster der Verfügung über Menschen anderer Herkunft als subaltern Beschäftigte.[1] Seine tiefgreifende Veränderung im Zeichen der Wettbewerbs-Deregulierung läßt ihn nun selbst zu einem Instrument der Exklusion werden. Die neoliberale politische Praxis als die »vorübergehend dominante Ideologie«[2] dieser Transformation setzt auf gesellschaftliche Polarisierung: Der Ausschluß eines Teiles der Weltbevölkerung aus dem Sektor, der von Privatkapital, Lohnabhängigen, Mittelschichten und qualifizierten Dienstleistungen gebildet wird, geht über die Marginalisierungen im Fordismus hinaus. Die »Ausgeschlossenen« bilden eine strukturell nicht wieder integrierbare Gruppe außerhalb der Produktions- und Verteilungssysteme.[3+4] Sie müssen ihren Lebensunterhalt im Schatten der formellen Ökonomie bestreiten. Flüchtlinge haben dabei einen besonders prekären Status.

Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit sind tradierte Politikmuster in der hegemonialen Krise – da Bestandteile des sozialen Konsenses in der Bundesrepublik -, die das neoliberale Projekt von Anfang an kennzeichneten, so daß Neoliberalismus keineswegs nur »Sparpolitik« meint. An der Novelle des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) vom Juli 1998 läßt sich das Ineinandergreifen von Rassismus und Sozialstaatserosion exemplarisch zeigen.

Der Weg zum »Spezialgesetz«

Das AsylbLG, das 1993 gemeinsam mit der Änderung von Artikel 16a GG eingeführt wurde, markiert dabei den vorläufigen Erfolg des zwanzigjährigen Versuchs der Absenkung des sozialrechtlich garantierten Existenzminimums. Bereits 1981 wurde § 120 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG), der die Vergabe von Sozialhilfe an AusländerInnen regelt, durch das »Zweite Haushaltsstrukturgesetz« dahingehend geändert, daß sich der Anspruch asylsuchender AusländerInnen auf die Hilfe zum Lebensunterhalt beschränkte. Darüber hinaus sollte diese soweit wie möglich in Form von Sachleistungen gewährt werden. Schließlich konnten laufende Geldzahlungen auch auf das zum Lebensunterhalt »Unerläßliche« eingeschränkt werden.

In einem zweiten Schritt wurden 1984 diese Regelungen auf zur Ausreise verpflichtete AusländerInnen, deren Aufenthalt aus politischen oder humanitären Gründen geduldet wurde, ausgedehnt.[5] Begründet wurde dies mit der Verhinderung des »Asylrechtsmißbrauches« und der Bekämpfung des »Schlepperunwesens«.[6] Das Bundesverwaltungsgericht erklärte 1986 diese pauschale Reduzierung der Leistungen an AsylbewerberInnen für rechtswidrig. Eine Minimierung sei nur aufgrund von Besonderheiten im Einzelfall zulässig.[7]

Bereits zu diesem Zeitpunkt waren alle Topoi des »Leistungsmißbrauch«-Diskurses versammelt, ledig-

lich ihre politische Durchsetzung war noch nicht vollends gelungen. Dies änderte sich jedoch mit dem am 1. 11. 1993 in Kraft getretenen AsylbLG, das diese sozialhilferechtlichen Ansprüche aus dem BSHG ausgliederte und als ein eigenständiges Leistungsgesetz für Flüchtlinge[8] etablierte. Dabei wurde die radikale Absenkung der Sozialhilfesätze nach diesem Gesetz für die Dauer von einem Jahr festgelegt (§3 AsylbLG Abs.1), um danach wieder durch §120 BSHG geregelt zu werden. Die »Leistung« besteht aus der Deckung des notwendigen Bedarfs an Ernährung, Unterkunft, Gesundheitspflege etc. durch Sachleistungen zuzüglich eines »Taschengeldes« von 80 DM (bzw. 40 DM für Minderjährige unter 14 Jahren). Abschiebehäftlinge erhalten sogar nur noch 70% dieser Zuteilung. Bei einer Unterbringung außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen können die Sachleistungen in Geld ausgezahlt werden. Der Wert wird mit Beträgen zwischen 220 und 360 DM angegeben. 1997 wurde das Gesetz erstmals geändert und seine Anwendbarkeit auf drei Jahre ausgeweitet.

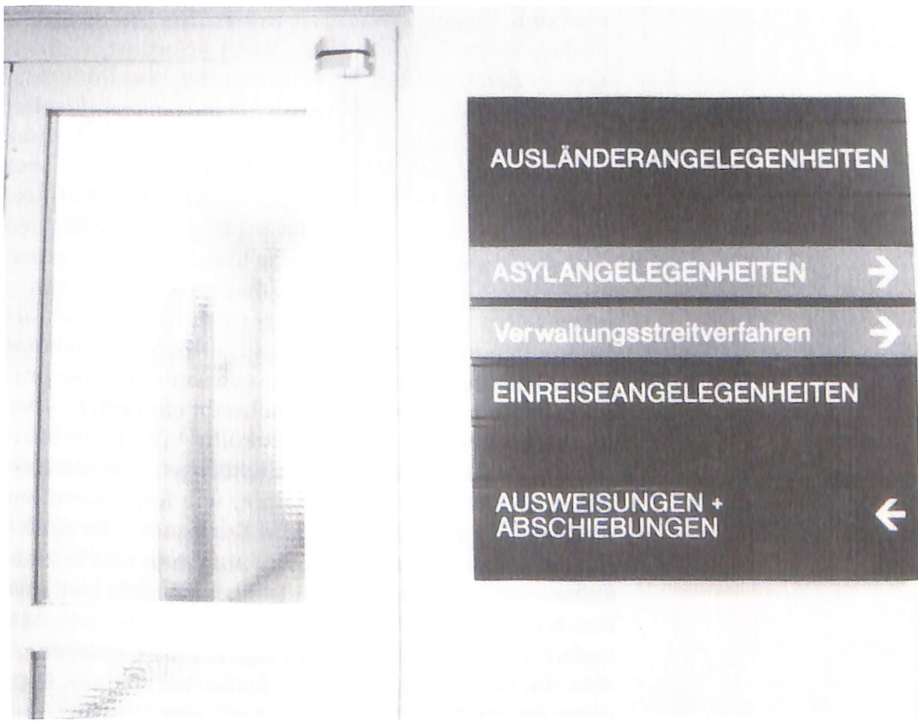
Bereits die Schaffung des AsylbLG und erst recht die erste Änderung wurden in der juristischen Literatur »ganz überwiegend als verfassungsrechtlich außerordentlich bedenklich«9 eingestuft. Es wurde eingewandt, das AsylbLG sei mit dem GG, nämlich der Menschenwürde (Art. 1 Abs.1 GG), dem Sozialstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 1, 28 Abs.1 S.1 GG) i.V.m. dem allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG) – alle drei keine sogenannten »Deutschengrundrechte« – unvereinbar, da die Hilfeleistungen »generalisierend und über einen unvertretbar langen Zeitraum unterhalb des sozialhilferechtlichen Existenzminimums liegen«.

Die Praxis des »unabweisbar Gebotenen«

Dessen ungeachtet beschloß der Bundestag am 25. Juni dieses Jahres eine zweite Novelle des AsylbLG, die vom Bundesrat am 10. Juli abgesegnet wurde. Diese Gesetzesänderung kam nach einigem Wirbel zwischen den Koalitionsparteien und der SPD als Kompromiß zustande. Denn ursprünglich war die Initiative zur erneuten Verschlechterung der Leistungsansprüche von einem Bundesratsvorstoß der Länder Berlin, Baden-Württemberg und Bayern ausgegangen, die von Niedersachsen unterstützt wurde. So forderte die Troika der Hardcore-Innenminister, Glogowski (»Kanther des Nordens«), der Exgeneral Jörg Schönbohm und Günther Beckstein anfänglich die völlige Leistungsverweigerung sowohl für diejenigen AusländerInnen, die nur nach Deutschland kämen, »um hier Leistungen zu kassieren« (*FAZ* vom 16. 6. 1998), als auch für Ausreisepflichtige, die ihre Ausreise dadurch verhinderten, daß sie ihre Ausweispapiere vernichteten, sowie für Bürgerkriegsflüchtlinge (hauptsächlich aus Bosnien). Vorrangig ging es bei dieser geplanten Änderung um Letztere. Die sozialrechtliche Absicherung der Betroffenen wird unter dem Gesichtspunkt reiner Finanzpolitik und sogenannter »Sparzwänge« lediglich als unnützer Kostenfaktor verhandelt.

Eine breite Protestbewegung von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Flüchtlingsorganisationen und dem Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen (UNHCR) verhinderte jedoch die Umsetzung dieses Vorhabens: Bürgerkriegsflüchtlinge (und andere ausreisepflichtige AusländerInnen, die Deutschland aus humanitären Gründen (noch) nicht verlassen müssen) wurden als »Zielgruppe« aus der Novelle gestrichen.

Die Verschärfung für die übrig gebliebenen Gruppen folgt damit zwar nicht der anfänglichen Absicht der Initiatoren, stellt dafür aber um so deutlicher das Ergebnis des rassistischen Konsenses dar, in welchem sich zwei autoritär-populistische Diskurse vermischen: der des »Sozialmißbrauchs« mit dem des »Asylmißbrauchs«: Diejenigen, die ihren Paß vernichten, um nicht abgeschoben zu werden – oder die ihn schlicht auf der Flucht verloren haben – und diejenigen, die in Fragebögen der Sozialämter ohne Rechtsberatung leichtsinnigerweise erwähnen, sie kämen auch aus wirtschaftlichen Motiven nach Deutschland (§ 1a AsylbLG), fallen schlichtweg durch die Netze des Lobbyismus. Sie werden nicht als Opfer behandelt (wie den Menschen aus Bosnien), sondern als Sozialhilfe- und AsylbetrügerInnen kriminalisiert, die den deutschen Staat mit »Tricks« ausbeuten wollen – schließlich würden 95% aller Asylanträge abgewiesen. Deshalb sei es auch folgerichtig, diesen Betrugversuch nicht auch noch finanziell abzusichern (Schönbohm). Diese Vorstellung zeigt sich selbst bei Gegnern der Änderung. So begründete der UNHCR, der vehement gegen den Bundesratsvorstoß interveniert hatte, seine Ablehnung damit, daß die Gefahr bestehe, daß »auch echte Verfolgte in Mitleidenschaft« gezogen werden könnten (FAZ vom 19. 6. 1998). Durch die Verknüpfung von Migration und Kriminalität wird die Erzeugung einer Klasse von »Rechtlosen« legitimiert, da Kriminalität alltagskulturell mehrheitlich als eindeutig negativ angesehen wird[10]: »Es dient dem inneren Frieden und mag die brüchige Akzeptanz des Asylrechts verbessern, wenn eine breite politische Mehr-



heit dafür ist, dessen offensichtlichen Mißbrauch mit Sanktionen zu belegen« (FAZ vom 24. 6. 1998).

Dieser Ausschließungsmechanismus bezieht sich auf alle Kategorien des bürgerlich-kaptialistischen Rechtssubjekts: auf seine Freiheits- und Gleichheits-, wie auch auf die sozialen Grundrechte. Die beiden betroffenen Personengruppen erhalten in Zukunft Leistungen nach diesem Gesetz nur noch, soweit dies »im Einzelfall nach den Umständen unabweisbar geboten« ist. Was darunter zu verstehen ist, ist nicht geklärt. Unbestimmte Rechtsbegriffe und praktische Anwendungsprobleme kennzeichnen diese »Restnovelle«. Weder ist geklärt, wie das Sozialamt beweisen soll, daß jemand »nur« aus sogenannten wirtschaftlichen Gründen einreist, noch welche Form die staatlichen Leistungen fortan annehmen werden, das heißt: was letztlich »unabweisbar geboten« ist.

Grundsätzlich gilt im Sozialrecht die Regel, daß das »soziokulturelle Existenzminimum«[11] nicht unterschritten werden darf. Auch hier gab es schon Ausnahmen, z.B. für die Ablehnung von Zwangsarbeit. In diesem Fall konnte die Sozialhilfe – für deutsche wie für ausländische Berechtigte – auf das »zum Lebensunterhalt Unerläßliche« reduziert werden. Ganz sicher ist, daß das »unabweisbar Gebotene« diese Grenze weiter unterschreiten wird, was durch die Ausgliederung des AsylbLG aus dem BSHG auch rein gesetzessystematisch erst möglich wurde. Ganz unverhüllt wird also einer der elementaren Eckpfeiler des Sozialstaatsprinzips verabschiedet und das bezeichnenderweise anhand eines MigrantInnenspezialgesetzes.

Bei der Umsetzung der Norm ist davon auszugehen, daß die Bezüge in Zukunft auf die Austeilung von Sachleistungen in Gemeinschaftsunterkünften beschränkt wird, was Zwangsausweisungen aus Wohnungen zur Folge haben kann. Allerdings wäre auch eine Interpretation des Gesetzes denkbar, die die völlige Einstellung der Leistungen ermöglichte.[12] Ebenfalls fragwürdig ist, ob die medizinische Versorgung von den Einschränkungen unberührt bleibt. Beide Punkte werden vom Gesetz nicht erfordert, wurden aber in der Begründung während der Bundestagsdebatte über die Novelle ausdrücklich als politischer Wille bekundet, so daß eine »historische Gesetzesauslegung« (die den Willen des Gesetzgebers bei der Gesetzgebung berücksichtigen muß) kein »Aushungern« ermöglicht; rein theoretisch, denn der historische Wille des Gesetzgebers zählte in der deutschen Rechtsprechungsgeschichte bisher im Zweifel nicht. Aber selbst die zweitschlechteste Interpretation als Sammellagerversorgung ist sozialrechtlich indiskutabel. Die heute schon übliche Gesetzesanwendungspraxis macht dies deutlich. So beschreibt ein Bericht über das Heim des Sozialamtes Neukölln[13] die Unterbringung von Obdachlosen und Flüchtlingen, die Leistungen nach dem AsylbLG erhalten, wie folgt: Familien wohnen in einem Zimmer, die Essensausgabe findet zu festgelegten Zeiten statt, wer aufgrund von Sozialamtsterminen nicht anwesend sein kann, geht leer aus. Das Essen enthält praktisch kein Obst oder frisches Gemüse, so daß viele Flüchtlingen krank geworden sind. Reinigungskräfte gibt es keine. WC-Papier, Reinigungsmittel und Hygienebedarf oder Waschmittel werden nicht gestellt. Waschmaschine und Küchenherde stehen nicht kostenlos zur Verfügung.

Trotz einer vehementen Verschlechterung der Lebensbedingungen der betroffenen Flüchtlinge, die Obdachlosigkeit, Einweisung in Zwangsunterkünfte, Schwarzarbeit, Kriminalisierung und Prostitution – oder Zwangsausreise bedeuten können, führt die Novelle andererseits nicht zu der gewünschten finanziellen Einsparung für die jeweiligen Sozialhilfe leistenden Kommunen, so daß sich viele PolitikerInnen von der Kompromißlösung »maßlos enttäuscht« zeigten. Obwohl also das eigentliche Ziel der Neuformulierung des AsylblG vorerst gescheitert ist, bleibt als ›historische Fundsache‹ der Konsens, daß Flüchtlinge potentiell Sozialhilfebetrüger sind. Seine politische Aussage trägt zu jener Ansammlung rassistischer, sozialstaatsfeindlicher und kriminalisierender Argumentationen und Praxen bei, die als gesellschaftliches Klima die Lebensbedingungen von SozialhilfeempfängerInnen und vor allem von AusländerInnen nahezu unerträglich machen.

Sonja Buckel

1 > Alex Demirovic: Die Transformation des Wohlfahrtsstaates und der Diskurs des Nationalismus. In: Hans-Peter Krebs, Michael Bruch. Unternehmen Globus, Münster 1996, S. 98.

2 > Hans-Peter Krebs: Neoliberalismus. Weder apokalyptisches Untier noch Papiertiger. In: *hibiskus* Nr. 0, Frankfurt 1997, S.31.

3 > P. Ingrao, Rossana Rossanda: Die neuen Widersprüche. In: *Prokla* 100, 1995, S. 415.

4 > Vergleiche hierzu die Perspektive von Christof Parnreiter in diesem Heft, die von der These völliger ökonomischer Desintegration abweicht.

5 > Gem. Art. 26 Nr. 12 des Gesetzes über Maßnahmen zur Entlastung der öffentlichen Haushalte und zur Stabilisierung der Finanzentwicklung in der Rentenversicherung (Haushaltsbegleitgesetz).

6 > Gemeinschaftskommentar zum AsylbLG. Neuwied; Kriftel, April 1998.III. § 2, Rdnr. 57.

7 > BVerwGE 71, 139 (147).

8 > D.h. AusländerInnen, die über eine Flughafen einreisen wollen und denen die Einreise nicht oder noch nicht gestattet ist, AusländerInnen, die um Asyl nachsuchen und denen zur Durchführung des Asylverfahrens der Aufenthalt gestattet wird sowie solche, die nach dem Ausländergesetz zur Ausreise verpflichtet sind, deren Ausreise aber Hindernisse im Weg stehen, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge und schließlich deren Ehegatten und minderjährigen Kinder (§ 1 Abs. 1 AsylbLG).

9 > Sibylle Röseler, Bernd Schulte: Gutachten zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des AsylbLG. Hrsg. v. Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V., Bonn, April 1998.

10 > Thomas. Kunz: Sicherheit im Zeichen der Burg. Der Sicherheitsdiskurs in der Wohlstandsfestung BRD. In: *ARRANCA!* Nr. 14, 1998, S. 29.

11 > Gemeinschaftskomm. a.a.O. Rdnr. 40.

12 > H. Heinhold (PRO ASYL): Stellungnahme zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des AsylbLG, Bundestagsdrucksache (13/10155).

13 > Bericht der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration e.V., Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.

Totaler Kontrollnerv

oder: »Was studieren Sie denn in Deutschland?« – »Polizeimentalität!«

Die Fälle sind einfach unzählig, glaube ich.

Die Geschichte am Geldautomaten

Ich war mit einem Freund in Rödelheim. Wir sind gerade an einem Bankautomaten vorbeigekommen, da ist mir eingefallen, daß ich Geld brauche. Ich habe dann in meinem Portemonnaie die Kontokarte meiner Schwester gesucht, die sie mir zum Geldabheben mitgegeben hatte, da sie mir noch etwas schuldete. Die Karte konnte ich aber nicht finden, hatte ich wohl vergessen – Scheiße! Also packte ich das Portemonnaie wieder ein und ging meinem Kumpel hinterher. Plötzlich pfiff uns jemand nach: »He, hallo, kommt her !« Ich drehte mich um, sah einen Bullen und fragte erstaunt: »Meinen Sie mich?« Darauf er: »Ja, kommen Sie zurück!« Wir sind dann natürlich zurück, wir standen ja mitten auf der Straße. »Personenkontrolle, Ihre Ausweise, bitte!« Der Kumpel hatte seinen Paß dabei, ich aber nur einen Studentenausweis. Das war aber o.k. für den Polizisten. Erst hat er bei der Leitstelle die Personalien abgecheckt, dann fragte er: »Wo ist ihre Kontokarte?« Ich hatte natürlich meine eigene dabei, und die habe ich ihm dann gezeigt. »Wieso haben Sie kein Geld abgehoben?« Ich wollte nicht die Geschichte von den Schulden meiner Schwester erzählen, das ging ihn ja auch gar nichts an, deshalb habe ich gesagt: »Ich habe festgestellt, daß ich kein Geld brauche.« »Ach so.« Ich habe Ihn dann noch gefragt, wieso das überhaupt aufgefallen ist. »Weil wir Augen haben.« Das war natürlich eine supertreffende Antwort.

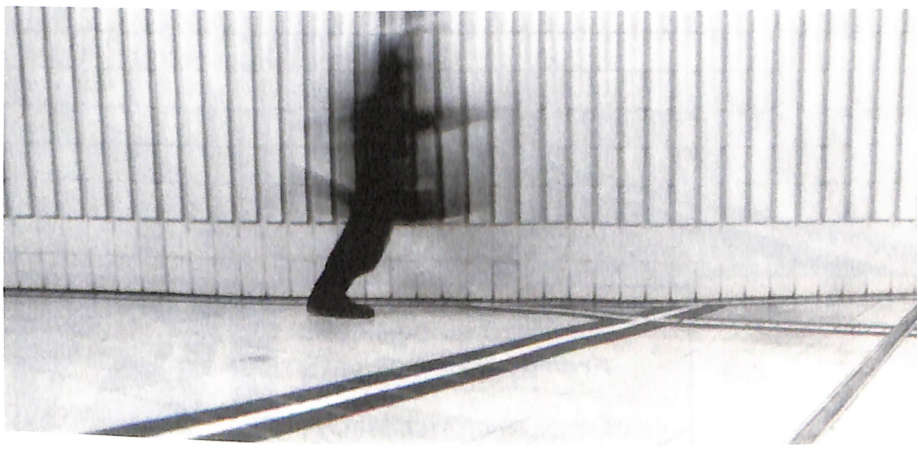
Ich bin das schon gewohnt, andauernd kontrolliert zu werden. Früher habe ich gedacht, daß ich wegen meiner Haare oder meiner Kleidung kontrolliert werde, aber in dem Moment bin ich nicht besonders unordentlich angezogen gewesen, hatte keine ungekämmten Haare. Aber es hat nichts geholfen.

Pinkelstrecke

Diese Geschichte ist noch einmal ein Beleg dafür, daß das mit der Bekleidungstheorie nicht stimmen kann, ich trug nämlich einen Anzug. An einem islamischen Feiertag hatte ich mich mit einem Freund am Bahnhof verabredet. Wir waren auf eine Feier eingeladen und wollten da zusammen hin. Ich stand schon am Treffpunkt, bin dann aber noch mal durch den Bahnhof gelaufen, zurück zur Münchener Straße, weil ich in einem marokkanischen Laden noch schnell was einkaufen wollte. Dabei bin ich an zwei Polizisten vorbeigekommen, die mich auf dem Rückweg anhielten. »Personenkontrolle!«

Es ist ständig dasselbe. Wenn du unter Zeitdruck bist, halten die dich an. Da fragst du dich: Warum? Ich kann mich doch auf dem Bahnhof bewegen, wie ich will – denke ich jedenfalls. In der Regel irren da ja immer einige Reisende herum, und plötzlich kommt jemand und fragt dich nach dem Ausweis, einen von tausenden Leuten. Und das nur, weil ich denselben Weg zweimal gelaufen bin, ihre Pinkelstrecke zweimal überquert habe. Die laufen ja wie Hunde, die ihr Revier markieren: immer hin und her. Die halten dich einfach an, ob du ein Flugzeug oder einen Zug verpaßt, ist denen egal. Das finde ich einfach menschenverachtend, diese ständigen Belästigungen.

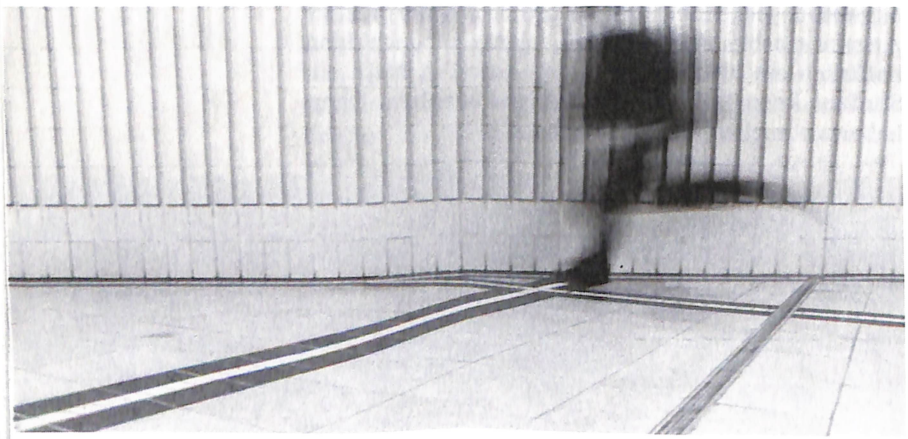
Ich hatte nur den Studentenausweis dabei, und die haben dann gefragt: »Was studieren Sie denn hier in Deutschland?« Am liebsten hätte ich »Polizeimentalität« gesagt. Aber die hatten schon meinen Studentenausweis in der Hand und da mußte ich die richtige Angabe machen. Mit »Maschinenbau« habe ich dann natürlich ein bißchen Vertrauen geweckt. Naja, ein Student kann ja keine Verbrechen begehen. Dann haben sie mich vorbei gelassen.



Erschrecke niemals Polizisten

Die Geschichte an der Hauptwache war so: Ich hatte in der S-Bahn einen Freund getroffen, der nach Hausen mußte. Beim Umsteigen an der Hauptwache mußten wir rennen, da die U-Bahn am Abend nicht mehr so häufig fährt. Vor uns patrouillierte langsam ein Polizistenpärchen. Beim Rennen hat der Reißverschluß meiner Jacke an eine dieser Führungsstangen geschlagen,

die am Ende der Rolltreppen angebracht sind, und das hat laut geklirrt. Die Polizisten machten sofort einen auf Action und drehten sich zusammen um, wie bei einer militärischen Aktion. »Bleiben Sie mal gleich da!« Wir hielten an. »Wo wollen Sie hin!« »Zur U-Bahn natürlich!« »Ausweis, bitte!« Ich war erleichtert, meinen Paß dabei zu haben. Ich nehme den nicht jeden Tag mit, weil der so groß ist, daß ich ihn nicht in jede Tasche bekomme. Abgesehen davon ist es ein Elend, wenn der Paß verloren geht. Es ist nämlich sehr aufwendig, einen neuen zu bekommen. Mein Freund war total genervt. Er ist eigentlich ein ganz Lieber, gehört eher zu den frommen und konservativen Leuten: Nur arbeiten und nach Hause. Man sieht den nicht mal in einer Bar. Und jetzt wird er angehalten. Sein Pech, daß er mit mir gegangen ist. Ich habe gezittert, so genervt war ich. Bei sowas fange ich einfach an zu zittern, weil ich sauer bin und das nicht rauslassen kann. Die Polizistin bekam das mit und sagte zu mir: »Langsam, in aller Ruhe.« »Wieso langsam, mich nervt das, ich werde nur angehalten, weil ich schwarz bin, mehr hat das nicht zu sagen.« »Nee, nee, das hat damit nichts zu tun. Sie sind hier an einem Platz mit sehr viel Kriminalität.« Die Kriminellen würden aber wohl kaum den Polizisten direkt in die Arme laufen. Die hatten sich erschreckt, das war alles. Und ich bin mir sicher, wenn das ein Europäer oder ein Deutscher gewesen wäre, der wäre nicht kontrolliert worden. Wir haben dann unsere Ausweise gezeigt und durften gehen. Die U-Bahn war natürlich gerade weg, und so mußten wir zwanzig Minuten auf die nächste warten.



Frankfurtverbot

Das ist eine Geschichte aus der Zeit, als ich noch als Asylbewerber in der Nähe von Frankfurt gewohnt habe.

Bekanntlich ist das ja so, daß ein Asylbewerber – inzwischen hat sich das ein bißchen gelockert, aber die Vorschriften sind immer noch hart – den Kreis, in dem er angemeldet ist, nicht verlassen darf. Ich habe damals in Hofheim im Main-Taunus-Kreis gewohnt. Es ließ sich aber nicht vermeiden nach Frankfurt zu kommen, viele Dinge konnte man einfach nur in Frankfurt machen. Damals war sogar die Ausländerbehörde von Hofheim in Frankfurt-Hoechst. Um den Ausweis zu verlängern, das war alle sechs Monate nötig, mußte man also nach Frankfurt. Aber aufhalten durfte man sich dort eigentlich nicht.

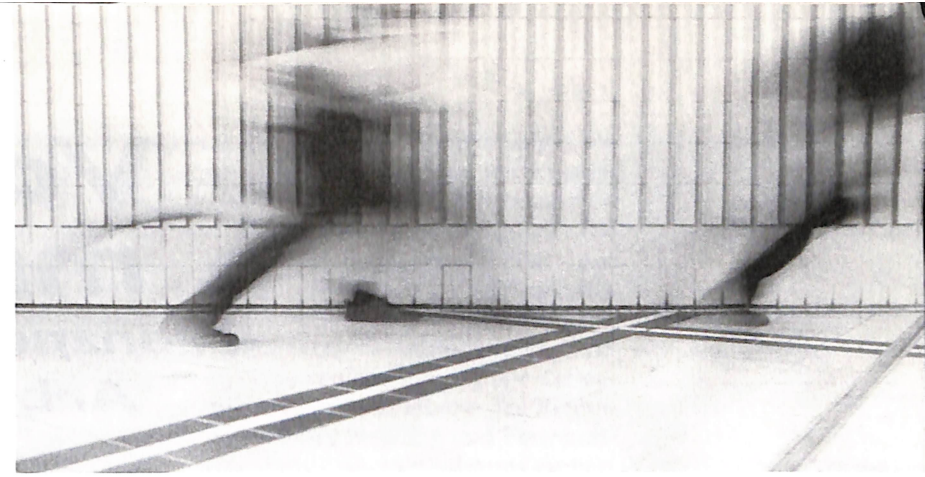
Ich mußte am Hoechster Bahnhof auf die S-Bahn warten. Ich hatte in Hattersheim Freunde besucht, und wenn man abends noch nach Hofheim wollte, mußte man über Hoechst fahren; es gab zu dieser Zeit keine direkte Verbindung mehr. Beim Warten habe ich überlegt, ob ich nicht vielleicht doch nach Frankfurt weiterfahren soll. Frankfurt ist ja das große Zentrum für viele Ausländer, denn dort gibt es Cafés und viele Möglichkeiten auszugehen.

Es war saulangweilig im Flüchtlingswohnheim, weil man nichts machen durfte, auch nicht arbeiten. Deshalb bin ich ab und zu mal in eritreische Cafés gegangen, die waren aber alle in Frankfurt. Was anderes konnte ich mir sowieso nicht leisten. In diesen Cafés muß man nicht ständig etwas Neues bestellen. Man bestellt einen Tee und kann sich dann dort stundenlang unterhalten. Oder man trifft Leute und geht dann raus.

Auf dem Hoechster Bahnhof war es öde, die nächste S-Bahn kam erst in einer halben Stunde, und so bin ich rumgelaufen, raus aus dem Bahnhof und wieder rein. Ich war einfach zu ungeduldig, um mich auf eine Bank zu setzen und mir irgendwelche Schafe vorzustellen, die ich dann hätte zählen können. Irgendjemand muß mich vom Fenster aus beobachtet haben, als ich vor dem Bahnhof rumgelaufen bin. Denn als ich mal wieder in den Bahnhof reinging, fuhren gerade zwei Polizisten in einem Auto vor und kamen hinter mir her. Ich habe die aus der Ferne kommen sehen, hätte aber niemals gedacht, daß die was von mir wollen. Da ich so oft kontrolliert werde, habe ich schon so eine Art Phobie vor Polizisten. Ich versuche immer, mich erstmal zu beruhigen. Ich habe zu mir selbst gesagt: »Ach, du bildest dir das nur ein.« Doch als ich mich dann umdrehte, kam das Übliche: »Ausweis, bitte!« Wieso eigentlich immer ich? Ich habe denen natürlich meinen Ausweis mit dem Melde-Eintrag *Main-Taunus-Kreis* gezeigt. »Was machen Sie denn hier?« »Ich fahre nach Hause.« Die haben den Ausweis dann erstmal über Funk überprüft. »Und wo kommen Sie her?« »Aus Hattersheim.« »Ach so, dann sind Sie auf dem falschen Gleis, gehen Sie bitte auf das andere.« Die haben mich dann zum Gleis begleitet und ich bin nach Hause gefahren. Frankfurt konnte ich für den Abend vergessen.

Ordentlich

Die Polizei hatte ihren Bus genau vor dem eritreischen Café geparkt. Als ich mit ein paar Freunden das Café verließ, haben die uns sofort angehalten. Wir sollten unsere Ausweise zeigen. Einer hatte einen Schülerausweis dabei, damit hat er sich retten können. Aber die anderen hatten keine »Frankfurt-Erlaubnis«. Es hat denen nicht gereicht, daß wir registriert und nach Hause geschickt wurden, wir mußten in den Bus. Dort durften wir nicht miteinander sprechen. Die Festnahme war mir sehr unangenehm, weil ich von außen gesehen und erkannt werden konnte. Die ganzen eritreischen Bekannten und die anderen Besucher des Cafés konnten mich im Polizeiauto sehen. Um nicht



erkannt zu werden, habe ich meinen Kopf auf den Tisch gelegt. Daraufhin brüllte mich der Polizist an, ich sollte den Kopf hochheben. Ordentlich sitzen. Auf der Polizeiwache mußten wir uns bis auf die Unterhose ausziehen und wurden nach was-weiß-denn-ich untersucht, vergeblich natürlich. Das war für mich sehr erniedrigend. Ich habe mich nie vor anderen Leuten ausziehen wollen. Außer beim Arzt habe ich das nie gemacht. Dann sind wir nach Hause geschickt worden.

Sexshop

Zu der Zeit hatte ich noch keine Asylanerkennung. Ich wollte mit einem Freund in der Frankfurter City spazierengehen. Wir waren vielleicht fünfzig Meter ge laufen, da kamen zwei Zivile hinter uns her. Ihr Funkgerät hatten sie ganz unauffällig in einer Aldi-Tüte versteckt.

Einer von denen hielt mich am Arm fest und schrie: »Passport, Passport!« Danach drückten die uns an eine Wand. Mein Freund zeigte seinen Paß, und ich habe denen erzählt, daß ich den Paß nicht dabei hätte. Ich hatte ihn zwar dabei, aber mit Paß hatte ich genauso viele Probleme wie ohne, weil ich mich in Frankfurt einfach nicht aufhalten durfte. Dann fragte einer von denen: »Wo wollen Sie denn hin?« Mein Freund hatte einen echt tollen Einfall: »In den Sexshop da.« Der lag direkt vor uns. Der Polizist, nachdem er sich noch kurz den Ausweis angeschaut hatte: »Dann geh'n Sie, geh'n Sie!« Dann mußten wir in den Sexshop gehen.

Wir sind dann ein paar Minuten im Laden geblieben, damit das Ganze glaubhaft wirkte und danach weiter gelaufen. Wir haben natürlich nicht damit gerechnet, denen wieder über den Weg zu laufen. Aber wenn doch, hätten wir einfach gesagt, daß wir zum nächsten Sexshop gehen.

Die Genehmigung

Damals war ich neu in Deutschland und kannte noch nicht so viele Leute. Im Café war es langweilig, ich bin deshalb spazieren gegangen. Auf der Elbestraße dann das übliche Spiel mit der Polizei: »Was machen Sie denn hier, Sie dürfen doch gar nicht in Frankfurt sein.« Die haben mich gleich bis zum Bahnhof begleitet, und ich mußte nach Hofheim zurückfahren. Ein paar Tage später habe ich eine Vorladung zur Polizei in Hofheim erhalten.

Auf der Wache hatte ein älterer Polizist Dienst, der war eigentlich ganz nett. Vor dem mußte ich mich für meinen Aufenthalt in Frankfurt rechtfertigen. Ich hatte schon von anderen Leuten gehört, daß »menschliche Bedürfnisse« – dazu zählte auch Sex – als Entschuldigungsgrund akzeptabel seien. Also habe ich ihm erzählt, daß ich auf der Suche nach Frauen war. Er mußte lachen, weil er alles protokollieren mußte: »Wieso gehen sie deshalb nach Frankfurt ?« Ich habe ihm geantwortet: »In Hofheim gibt es keine Sexshops und keine Frauen« Das Ganze war ihm wohl etwas peinlich. Er zu mir: »Wenn sie das nächste mal wegen so etwas nach Frankfurt gehen wollen, dann müssen sie eine Erlaubnis einholen.« Eine Zeitlang habe ich überlegt, ob ich mir so eine Erlaubnis auf der Ausländerbehörde besorgen soll. Ich hätte gerne deren peinlich berührte Gesichter gesehen. Habe ich dann aber nicht gemacht.

Kontrollnerv

Als ich noch Asylbewerber war, hatte ich Angst, in Frankfurt Polizisten zu treffen, weil ich mich dort nicht aufhalten durfte. Diese Unsicherheit haben sie mir wohl angesehen und mich deshalb ständig angehalten.

Nach der Asylanerkennung hatte ich ein gutes Gefühl. Jetzt konnte ich endlich legal in den Frankfurter Cafés sitzen – habe ich auch gemacht. In meiner Phantasie habe ich mir ausgemalt, wie ich mit nacktem Oberkörper dort sitze und auf den ersten Polizisten warte, der mich nach meinem Ausweis fragt und wie ich dem dann mit einem breiten Grinsen meine Erlaubnis zeigen würde.

Danach ist es zwar weniger geworden, es hat aber nicht aufgehört. Das hat vielleicht auch mit meiner Kleidung zu tun, dabei gehöre ich eigentlich nicht zu den auffälligen Leuten, meine Kleidung ist auffällig locker, unverkleidet sozusagen. Aus irgendeinem Grund finden sie es immer noch attraktiv, mich nach dem Pass zu fragen.

Jetzt ist es natürlich nicht mehr das Problem mit dem Ausweis. Es ist einfach Kontrollnerv, ständig kontrolliert zu werden.

Keluè Zeban

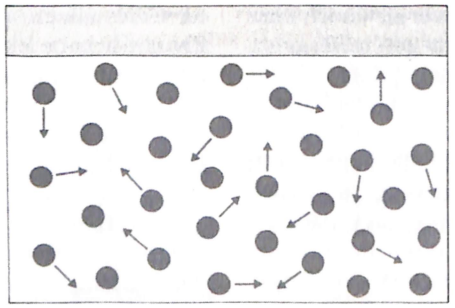
Soziologie
Politikwissenschaft
Architektur/Stadtentwicklung
Philosophie
Wirtschaftswissenschaften
Geschichte
Campus Verlag · Frankfurt/New York
Fordern Sie unser ausführliches Gesamtverzeichnis an:
Campus Verlag · Heerstr. 149 · 60488 Ffm

Von Mauern mit Löchern

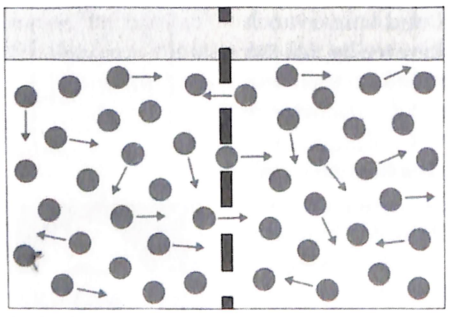
Grenzpolitik, Migration und Arbeitskraftregulierung

Im EU-Europa der 90er Jahre sind Migrationspolitik und Diskussionen über sie einerseits geprägt von einer sehr restriktiven Zuwanderungsregulierung, andererseits von der Kreierung eines neuen Feindbildes, dem des sogenannten »illegalen Ausländers«. Tatsächlich hängen beide Entwicklungen zusammen, allerdings in einer der öffentlichen Darstellung genau entgegengesetzten Weise. Nicht der Versuch von immer mehr Menschen, ohne die gesetzlich vorgeschriebenen Papiere in Länder wie die BRD oder Österreich zu immigrieren, macht immer strengere Grenzkontrollen und Verfolgungsjagden auf Flüchtlinge erforderlich, sondern die schrittweise Errichtung einer »Festung Europa« drängte und drängt immer mehr ImmigrantInnen in die Illegalität.

Diese These verweist auf die Grenze, genaugenommen auf die Außengrenze von Schengen-Europa. Was passiert dort? Den Erklärungen der Innen-, Außen-, Verteidigungs- und sonstiger Minister von Schengenland zufolge wird mittels restriktiver Regulierung, d.h. mittels der Verschärfung der Einwanderungs- und der Asylgesetze, die Neuzuwanderung gebremst. Meine Gegenthese dazu lautet, daß an der Grenze viel weniger über die Quantität der Zuwanderung entschieden wird als über die qualitative Stellung der Zuwanderer. In anderen Worten: Nicht primär der Umfang der Immigration ist durch die restriktive Gesetzgebung und die militärische Flüchtlingsjagd betroffen, sondern in erster Linie die rechtliche Stellung der ImmigrantInnen.



35.1. Ungerichtete und ungehinderte Bewegung von Teilchen in einer Lösung (Diffusion)



35.2. Bewegung von Teilchen in einer Lösung durch eine permeable Membran hindurch

Die Politik der EU, die Einreise sowie den Zugang zu Arbeitsmarkt und Asyl zu erschweren, ließe sich neben menschenrechtlichen und demographischen Einwänden auch damit konfrontieren, inwieweit sie real möglich ist. Ist es realistisch, die wirtschaftliche, politische und kulturelle Integration (oder sollte man sagen: Penetration?) der Länder zu forcieren und gleichzeitig die Mobilität von Menschen nur äußerst selektiv zulassen zu wollen, indem die Grenzen dicht gemacht werden? Diese eher rhetorische Frage, die nicht darauf abzielt, sich auf die Suche nach besseren, weil effizienteren Mechanismen der Begrenzung der Zuwanderung zu machen, soll hier helfen zu klären, was die aktuelle Grenzpolitik eigentlich bewirkt. Wenn, wie im weiteren gezeigt werden soll, die immer restriktiveren Zuwanderungsbestimmungen ihr vorgebliches Ziel, Immigration zu unterbinden, nämlich nicht oder nur teilweise erreichen, dann müssen die Funktionen und Effekte von Grenzpolitik anders thematisiert werden.

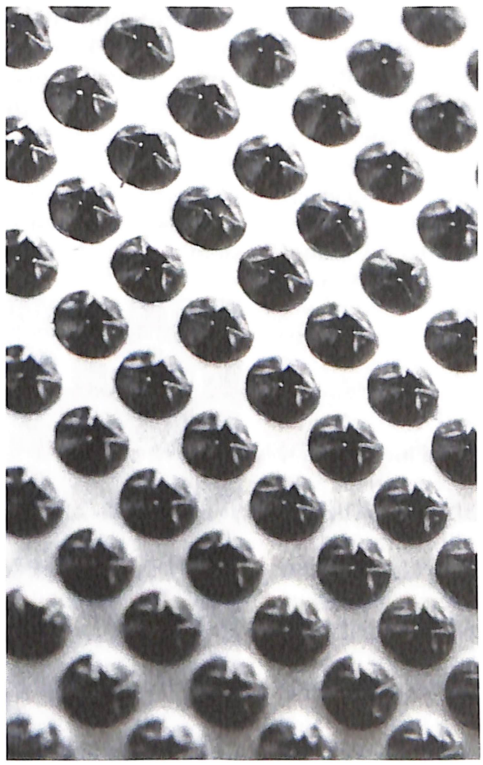
Die Verkehrung von Effekten in Ursachen

An Erfahrungen, die in den USA gemacht wurden, läßt sich zeigen, daß es auch einer äußerst restriktiven Grenzregulierung nicht gelingt, die Zuwanderung ungewünschter Immigrantinnen zu unterbinden. Der »Immigration Reform and Control Act« (IRCA) von 1986 zielte darauf ab, die rasch anwachsende ›undocumented immigration‹ vor allem aus Mexiko und der Karibik abzublocken und das damit verbundene Problem, einer in die Illegalität gedrängten Bevölkerungsschicht zu regeln. Nicht-autorisierte Zuwanderung sollte durch Sanktionen gegen Unternehmer, die wissentlich undokumentierte Einwanderer beschäftigten, durch eine 50%ige Erhöhung des Budgets für Grenzkontrollen sowie durch eine Verschärfung der Abschiebepraxis unterbunden werden. Umgekehrt bekamen Einwanderer, die seit 1982 in den USA lebten oder unmittelbar vor Gesetzesabschluß dort in der Landwirtschaft arbeiteten, die Möglichkeit, ihre Aufenthaltsverhältnisse zu legalisieren.

Daß mehr als drei Millionen Menschen von diesem Angebot Gebrauch machten, sollte der einzige Erfolg des IRCA bleiben. Das Unterfangen, weitere nicht-autorisierte Zuwanderung zu verhindern, schlug fehl. Nach einem vorübergehenden Rückgang erreichte die Zahl der neuen ›undocumented immigrants‹ bereits zu Beginn der neunziger Jahre wieder das alte Niveau von rund 200.000 jährlich, um gegenwärtig bei etwa

300.000 zu liegen. Studien in Mexiko ergaben, daß weder die Militärisierung der Grenze noch die Unternehmersanktionen als Abschreckung wirkten.

Angesichts dieser gescheiterten Abschottungsbemühungen wurde seitdem in den USA über Einwanderungspolitik jenseits von Zwangsmaßnahmen und Grenzzäunen nachgedacht. Migration wurde fortan nicht mehr (ausschließlich) als Folge von Armut und Arbeitslosigkeit gesehen, sondern (auch) als Ergebnis von Aktivitäten der USA in den Senderländern. »Die meisten außenpolitischen Entscheidungen, ob politischer oder ökonomischer Natur, haben direkte und indirekte Auswirkungen auf die Migration«, heißt es vorsichtig in einem 1990 publizierten Bericht an den Präsidenten, an dem Dutzende renommierter WissenschaftlerInnen mitgearbeitet haben. Noch deutlicher wird eine 1997 publizierte Studie einer bilateralen Expertenkommission, für die das mexikanische Außenministerium und die US-amerikanische »Commission on Immigration Reform« verantwortlich zeichnen: »Der Katalysator für einen Großteil der gegenwärtigen nicht-autorisierten mexikanischen Migration in die USA liegt in den USA selbst.« Gemeint ist die Nachfrage der kalifornischen Farmer oder der texanischen Fleischindustrie nach nicht-dokumentierten ImmigrantInnen, die den dokumentierten vorgezogen werden, weil sie billiger und erpreßbarer sind.



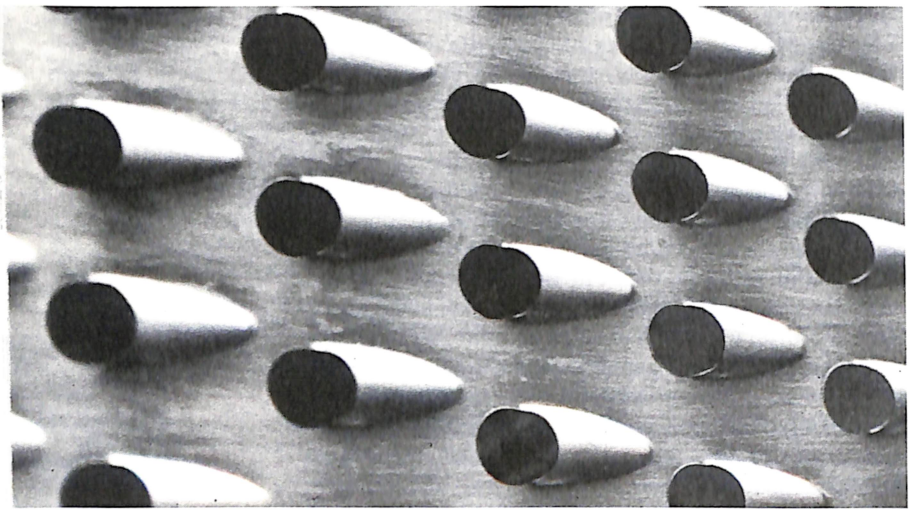
Warum der Exkurs nach Zentralamerika? An diesem Beispiel läßt sich belegen, daß auch die strengste Grenzregulierung ihr (vorgebliches) Ziel, die Zuwanderung zu reduzieren, nicht erreicht; zumindest gilt dies für Länder, deren Ökonomien eng miteinander verflochten sind und die eine gemeinsame Migrationstradition aufweisen.

Gleichzeitig kann anhand dieses Beispiels die Frage nach den Ursachen von Migrationen aufgegriffen werden. So banal die Frage »Was macht ein Land zum Abwanderungsland?« auch klingen mag, so entscheidend ist sie für Migrationsforschung und -politik. Die landläufige, von Politikerinnen, Journalisten und WissenschaftlerInnen gegebene Antwort – die Menschen kommen, weil sie zu Hause arm oder arbeitslos waren und weil sie hier mehr verdienen – ist schlichtweg falsch. Sowenig Migration wie Wasser ist, das bei verschiedenen Niveaus zu fließen beginnt, sowenig wandern Menschen automatisch an Orte mit besseren Arbeits- und/oder Verdienstmöglichkeiten. Die Geschichte ist voll der Beispiele, in denen solche Ungleichheiten bedeutungslos waren. Es gibt folglich keinen notwendigen Zusammenhang zwischen Emigration und Armut.

Migrationen geschehen nicht »naturwüchsig«, sie werden erzeugt und geformt. Eine der wichtigsten strukturellen Voraussetzungen für das Entstehen von substantiellen und dauerhaften Wanderungen ist die untergeordnete Integration von Regionen oder Ländern und ihren Bevölkerungen in ein überregionales oder internationales System der Arbeitsteilung. Im Zuge dieser Einbindung wird das wirtschaftliche und soziokulturelle Funktionieren des abhängigen Gebietes ge- und zerstört, was auf der Ebene der Region oder des Landes zu Unterentwicklung und Peripherisierung führt, auf der Ebene des Individuums zu Entwurzelung. Damit ist gemeint, daß die Reproduktion an einem bestimmten Ort nicht mehr möglich ist, weil die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Institutionen, in die das Leben eingebettet ist, deformiert werden. Meist sind es Subsistenz- und Kleinbauern, Handwerkerinnen, kleine Gewerbetreibende und HändlerInnen, die davon betroffen sind.

Wenn es zutrifft, daß die zerstörerischen Effekte auf ländliche Gesellschaften von einer exogen induzierten Modernisierung ausgehen, dann ist Migration im Rahmen von Dynamiken der Integration und der Desintegration zu betrachten. Migrationen entstehen meist dort, wo Gebiete und Gesellschaften von den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnissen stärkerer, zunächst äußerer Machtzentren durchdrungen werden. Dies führt in der Folge tendenziell zu wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Desintegrationen in der betroffenen Region und zu Ausgrenzungen eines Teils der Bevölkerung in dem – nun deformierten – lokalen Milieu.

Mit der Peripherisierung einer Region und Gesellschaft werden aber auch Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie geschaffen, die Migrationen auslösen können oder sie zumindest erleichtern. Diese Verbindungen stellen die zweite strukturelle Voraussetzung für das Entstehen von Migrationen dar. Im gleichen Prozeß, der zu Unterentwicklung und Entwurzelung führt, werden ›Brücken‹ – zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie- und Entwicklungsländern – gebaut, über die MigrantInnen gehen können. Solche »Brücken« entstehen durch die immer dichtere Verflechtung zwischen Zentrum und Peripherie, bzw. zwischen Sender- und Empfängerregionen. »Brücken« können primär ökonomischer Natur sein und durch Handelsbeziehungen oder Direktinvestitionen errichtet werden, sie können aus militärischer und/oder politischer Präsenz in einer Region herrühren, sie können historische Wurzeln haben (etwa zwischen Teilen ehemaliger Kolonialreiche), sie können durch direkte Rekrutierung von MigrantInnen oder durch kulturelle und ideologische »Verwestlichung« begründet wer-



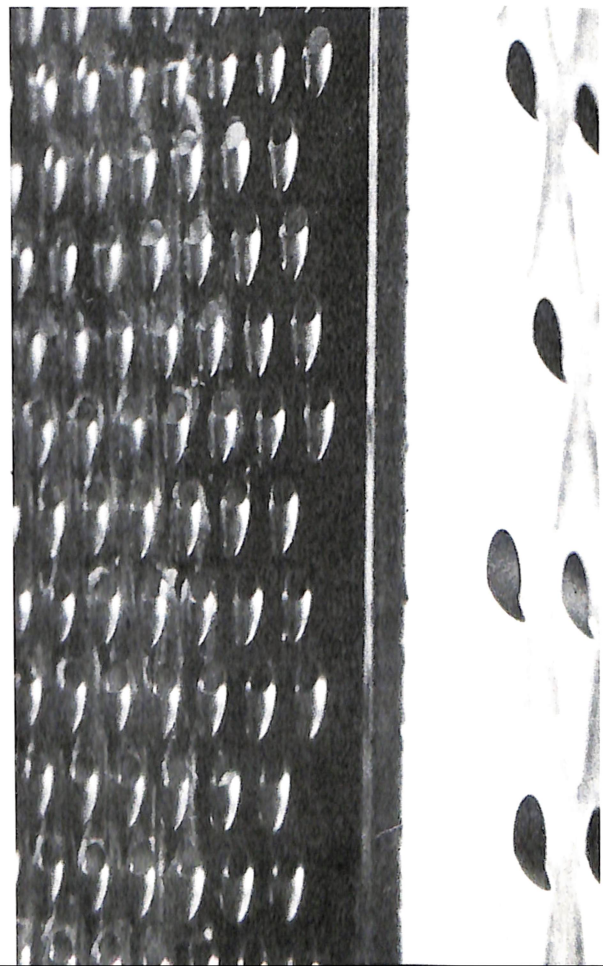
den; schließlich können sich im Laufe der Zeit »Migrationsketten« bilden.

Eine dritte wesentliche Bedingung für das Aufkommen von substantiellen und dauerhaften Migrationen ist die Arbeitskräftenachfrage in den wirtschaftlichen Zentren. Historisch gesehen ist die Entwicklung des Kapitalismus eine Geschichte der Expansion, in der immer mehr Menschen als Arbeitskräfte in den Prozeß der Kapitalakkumulation integriert wurden. Seit dem 16. Jahrhundert ist die Ausbreitung dieses Weltsystems mit Migrationen verbunden, was Beispiele zeigen wie die Verschleppung der einheimischen Bevölkerung während der spanischen ›conquista‹ Zentral- und Südamerikas, der Handel mit afrikanischen SklavInnen, die halbfreie Kuliarbeit asiatischer Arbeitskräfte in Amerika, die Zwangsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft, die sogenannte »Gastarbeiterwanderung« der 60er und 70er in Westeuropa oder die ›neue‹ Immigration der 80er und 90er Jahre in die USA, nach EU-Europa oder nach Japan.

Die Sache mit den Grenzen

Hier schließt sich der Kreis zur eingangs angestellten Überlegung, was denn an der Grenze eigentlich passiert. Wenn empirisch unbestreitbar ist, daß Nachfrage nach gewanderter Arbeitskraft besteht, dann drängt sich die Frage auf, ob sich die verschärfte Grenzpolitik nicht im Gegensatz dazu befindet. Dem wäre allerdings nur dann so, wenn an der Grenze tatsächlich über das Ausmaß der Wanderung entschieden werden würde. Wenn dem, wie gezeigt wurde, nicht so ist, und wenn primär über den rechtlichen Status – legal oder illegal – entschieden wird, dann macht die Grenze durchaus Sinn, und zwar für jene, die aus der Illegalisierung der ImmigrantInnen Profit ziehen können.
Historisch ist im kapitalistischen Weltsystem die Existenz eines globalen Marktes mit dem Bestehen einer Vielzahl verschiedener ökonomischer, politischer und rechtlicher Ebenen in Form von Staaten kombiniert. Die Internationalisierung der Wirtschaft ging einher mit einer Nationalisierung ökonomischer, sozialer und rechtlicher Privilegien. Bezogen auf die Arbeitskraft heißt das, daß deren Mobilität selbst im Zeitalter der Globalisierung nur eine bedingte ist – jedes Einwanderungsland hat, so der herrschende Rechtsstandpunkt, das unbestrittene Privileg zu entscheiden, wen es einwandern läßt und wen nicht. Der Weltmarkt für Arbeitskraft ist damit ein höchst ungleicher Markt. Arbeitskraft muß immerzu in ausreichender Zahl verfügbar sein, sie darf aber nicht die Hoheit über ihre eigene Mobilität besitzen. Der dauernden Mobilisierung von MigrantInnen durch die oben skizzierten Prozesse der Entwurzelung steht also eine strikte Regulierung gegenüber. Grenzen sind das wichtigste Instrument dazu. Um die Arten zu rekonstruieren, in der Zentren das Entstehen und die Gestalt von Migrationen formen, müssen die Grenzen ebenso beachtet werden wie die Schlupflöcher in ihnen.

Das wesentliche Merkmal der Grenzen moderner Staaten ist ihre steuerbare Durchlässigkeit. Die Mauer und das Loch in ihr sind kein Gegensatz. Sie sind unter kapitalistischen Bedingungen die einander optimal ergänzenden Spielarten der einseitigen Verfügungsgewalt über die (Mobilität der) Arbeitskraft. Es ist dabei nicht so sehr wichtig, ob die Löcher klein oder groß sind, sondern daß sie vergrößert, verkleinert, geöffnet oder geschlossen werden können – je nach Arbeitsmarktlage oder politischer Opportunität. Ohne Mauer gingen institutionalisierte Unterschiede bei der direkten und indirekten Renumerierung der Arbeit(skräfte) (zumindest tendenziell) verloren, ohne Löcher fehlte die Möglichkeit, Arbeit(skräfte) zu importieren. Erst das Zusammenspiel von Integration in den Arbeitsmarkt und teilweiser Exklusion von staatsbürgerlichen und sozialen Rechten macht internationale Migration zu einem »labor supply system« (Saskia Sassen), das sich so gut eignet, zur »Schaffung von Arbeiterschaft am rechten Ort und auf dem geringstmöglichen Lohnniveau« (Immanuel Wallerstein) beizutragen.



Die Politik mit den Grenzen ermöglicht also die dauernde potentielle Integration der weltweiten ArbeiterInnenschaft ebenso wie den sporadisch aktuellen Einschluß, den häufigen, tatsächlichen Ausschluß sowie die Mittelform: den Einschluß als Arbeitskraft, den Ausschluß als Rechtssubjekt. Schon der sogenannte »legale Ausländer«, also eine Person, die mit den erforderlichen Papieren ausgestattet in Schengen-Europa arbeitet, befindet sich in einer prekären Rechtslage. Angesichts einer – je nach Staat – mehr oder weniger eingeschränkten staatlichen Ausweisekompetenz (in Österreich etwa kann das mehrmalige Überfahren einer roten Ampel zur Ausweisung führen) stehen implizit alle Rechtspositionen (etwa die – im Gegensatz zu SklavInnen – erzielte teilweise privatrechtliche Gleichberechtigung) unter dem politischen Opportunitätsvorbehalt. Diese Rechtsunsicherheit führt dazu, daß sowohl der Aufenthalt als auch die Arbeitserlaubnis stets von unvorhergesehenen staatlichen Maßnahmen bedroht sind. MigrantInnen haben daher immer zu befürchten, durch Ausweisung ihre gesamte Lebensperspektive zu verlieren. Gerade diese existentielle Unsicherheit führt zu einer besonderen Verwundbarkeit gegenüber Unternehmen, staatlichen Behörden und inländischen Arbeitskräften. Die Existenzunsicherheit und die daraus folgende spezifische Machtlosigkeit sind aber nicht nur Kainsmal, sondern auch primäre »Qualifikation« der MigrantInnen. Gerade weil sie nicht integriert und juristisch gesehen zweitklassig sind, ist ihre Arbeitskraft so begehrt. Denn die Diskriminierung macht sie erpreßbarer, billiger, flexibler. Zudem ist die Gleichzeitigkeit von Ein- und Ausschluß eine Möglichkeit, den ökonomischen Wunsch von Unternehmern nach ausländischen Arbeitskräften mit dem politischen Desinteresse des Staates an Zuwanderung zu vereinbaren.

Illegalisierung im Zuge der Globalisierung

Der springende Punkt ist nun, daß seit den 80er Jahren in den Zentren der Weltwirtschaft, also in den USA, in der EU und in Japan, die Nachfrage nach extrem marginalisierter Arbeitskraft stark zugenommen hat. Im Zuge der Restrukturierungs- und Modernisierungsstrategien, die der Krise des Fordimus folgten, wurde seitens der Kapitaleigner und -verwalter und später seitens der Staaten der soziale Kompromiß zwischen »Kapital« und »Arbeit« aufgekündigt. Stattdessen soll (und wird) auch in den Zentren wieder verstärkt Zugriff auf periphere und informelle Arbeitsmärkte geschaffen, also auf ungeschützte, unter- und unbezahlte Arbeitskräfte.

Ein wesentliches Merkmal der aktuellen Phase globaler Ökonomie liegt darin, daß der Weltmarkt für Arbeitskraft immer kleinräumiger reproduziert wird. Von daher müssen periphere bzw. peripherisierte Arbeitsverhältnisse nicht zwangsläufig dort liegen, wo bis dato die Peripherie verortet wurde, sondern sie werden in zunehmenden Maße in den Zentren selbst nachgefragt und können dort auch durchgesetzt werden. Das sogenannte »Normalarbeitszeitverhältnis«, um welches herum die »fordistischen« Regulierungen

CAFÉ CK KLEMM
FRÜHSTÜCKSCAFÉ
ESPRESSO - BAR
LATTE MACCHIATO
['LATTE MAK'KJA:TO]
Kiesstraße 41
Frankfurt - Bockenheim
Mo. - Fr.: 8 bis 20 Uhr
Sa. & So.: 9 bis 18 Uhr

des Sozialstaates aufgebaut wurden, wird zurückgedrängt, und stattdessen werden Teilzeit-, Gelegenheits-, Heim- und Schwarzarbeit bzw. befristete Arbeitsverhältnisse oder geringfügige Beschäftigung ausgeweitet. Frauen und Einwanderer sind die bevorzugten Gruppen, um dieses unterste Arbeitsmarktsegment zu besetzen. Innerhalb der Einwanderer wird nochmals gespalten: In Männer und Frauen, in TürkInnen und PolInnen, in solche mit Papieren und solche ohne Papiere. Solche rechtlichen Spaltungen leisten der Segmentierung der Arbeits- und Wohnungsmärkte Vorschub, bzw. ermöglicht diese erst.

Globalisierung bedeutet damit also auch, daß die Verlagerung der weltweiten Unterschiede hinsichtlich sozialer und rechtlicher Standards von Arbeitenden in die Nationalstaaten der Zentren von der Präsenz der sozial und rechtlich Deklassierten begleitet ist. Dies ist gegenüber den 60er und 70er Jahren insofern eine Neuheit, als damals die ImmigrantInnen zwar auf einem ethnisch segmentierten Arbeitsmarkt mit den schlechtesten Bedingungen vorlieb nehmen mußten und als sie von vielen Errungenschaften der Gesellschaft, in der sie lebten und arbeiten, ausgesperrt blieben. Im Vergleich zu den heutigen illegalisierten Arbeitskräften waren sie aber zweifelsohne besser gestellt, weil ihr Aufenthalt und ihr Arbeiten eben nicht per se illegal waren. Gegenwärtig findet man im Falle Westeuropas in den prekärsten Arbeitsverhältnissen nur bedingt die ImmigrantInnen, die im Zuge der sogenannten »Gastarbeiterwanderung« in den 60er und 70er Jahren in die BRD oder nach Österreich kamen. Einerseits sind sie teils zu alt, um den Leistungs- und Flexibilitätsanforderungen zu genügen, andererseits sind sie – und vor allem ihre Kinder – trotz aller Hemmnisse rechtlich und materiell schon zu sehr integriert, um auch die schlechtesten Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Die Jobs am untersten Ende der Arbeitsplatzhierarchie werden gegenwärtig eher von Illegalisierten, also Leuten, denen die erforderlichen Papiere fehlen, ausgeübt. Für sie gilt, daß ihnen auch das bißchen Rechtssicherheit, das die mit Papieren ausgestatteten ImmigrantInnen »genießen«,

fehlt und ihr prekärer Status besonders ausgeprägt ist. Die von den Unternehmern und vom Staat gewünschte Freiheit, die ökonomische und politische Bewegungsmöglichkeit der ImmigrantInnen einzuschränken und zu kontrollieren, wurde durch Gesetze gesichert. Der Erpreßbarkeit der Illegalisierten und damit der unternehmerischen Freiheit sind keine Grenzen gesetzt.

In diesem Zusammenhang ist es nicht übertrieben, von einer regelrechten Nachfrage nach nicht-dokumentierten, d.h. illegalisierten Arbeitskräften zu sprechen. Sie werden, gerade wegen ihrer völlig deklassierten Stellung, von der kalifornischen Landwirtschaft ebenso beschäftigt wie von der New Yorker Textilindustrie; oder dem Dienstleistungssektor in Los Angeles; oder von der Bauwirtschaft und dem Gastgewerbe in Wien; oder vom Rechtsanwalt in Berlin, der eine billige Putzfrau braucht; oder, oder, oder.

Die sozialen Abstufungen werden an Hand zahlreicher formeller und informeller Kriterien gezogen. Während etwa die sexuelle Diskriminierung und Segmentierung bei Österreicherinnen informell erfolgt, geschieht die ethnische Diskriminierung und Segmentierung meist formell und äußerst abgestuft. »Ausländer» – und zwar auch solche, die sich legal in Österreich aufhalten und Arbeitspapiere besitzen – haben per Definition weniger Rechte als »Inländer«. Diejenigen, die über eine Aufenthaltserlaubnis, aber über keine Arbeitserlaubnis verfügen, sind noch schlechter gestellt. Mindestens 60.000 solcher Menschen, vorwiegend Frauen, gibt es in Österreich, und sie sind, wollen sie überleben, zur illegalen Arbeit gezwungen. Den Bodensatz der Hierarchie bilden jene ImmigrantInnen, die weder Aufenthalts- noch Arbeitserlaubnis besitzen. Auch sie müssen illegal arbeiten, und zwar unter einem noch größeren Risiko als die »halb-legal« Tätigen. Es liegt auf der Hand, daß die ImmigrantInnen durch solche unterschiedlichen und prekären Rechslagen den Auftraggebern weitgehend ausgeliefert sind. Beispielsweise würde eine Beschwerde beim Arbeitsgericht ein Aufenthaltsverbot und eine unmittelbare Abschiebung nach sich ziehen.

Es ist also ein Irrtum zu glauben, an der Grenze würde vorrangig über den Umfang von Wanderungen entschieden. Die Politik an und mit der Grenze dient ganz wesentlich dazu, den rechtlichen Status von ImmigrantInnen zu manipulieren, und zwar nach unten. So gesehen ist der Umstand, daß immer mehr ImmigrantInnen in den USA, in Westeuropa und in Japan oder anderswo leben und arbeiten, ohne die erforderlichen Papiere zu besitzen, wenigstens teilweise auf eine gezielte Illegalisierung zurückzuführen. Immer mehr ImmigrantInnen sehen sich nicht nur der »traditionellen« Ausbeutung ihrer Arbeitskraft gegenüber, sondern einer Strategie, sie ihrer elementarsten Rechte zu berauben, um sie nahezu beliebig ausbeutbar zu machen. Anstatt Mauern zu bauen und eine angebliche »Zuwanderungflut« zu beklagen, hätte Migrationspolitik die Rolle, die Industriestaaten und Unternehmen bei der Auslösung von Migration spielen, unter die Lupe zu nehmen. Widerstand gegen die Beraubung elementarer Rechte und Ausbeutung liegt ohnehin auf der Hand – ganz im Sinne von »sans papiers«: Gegen die Ausgrenzung aller »sans« – derer ohne Arbeit, ohne Unterkunft, ohne Einkommen, ohne Rechte, ohne Papiere!

Christof Parnreiter

Literatur:

Knuth Dohse: Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat. Genese und Funktion staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht, Königstein 1981

Christof Parnreiter: Migration und Arbeitsteilung. AusländerInnenbeschäftigung in der Weltwirtschaftskrise, Wien 1994

Ders.: Entwurzelung, Globalisierung und Migration, in: *Journal für Entwicklungspolitik* 3, 1995, S. 245-260

Alejandro Portes/Jòzsef Böröcz : Contemporary Immigration: Theoretical Perspectives on its Determinants and Modes of Incorporation, in: *International Migration Review* 23/3, 1989, S. 606-630

Saskia Sassen: The Mobility of Labor and Capital. A study in international investment and capital flow, Cambridge 1988

Sabri Abis Männercafé

Über einen Ort, der mir gefällt

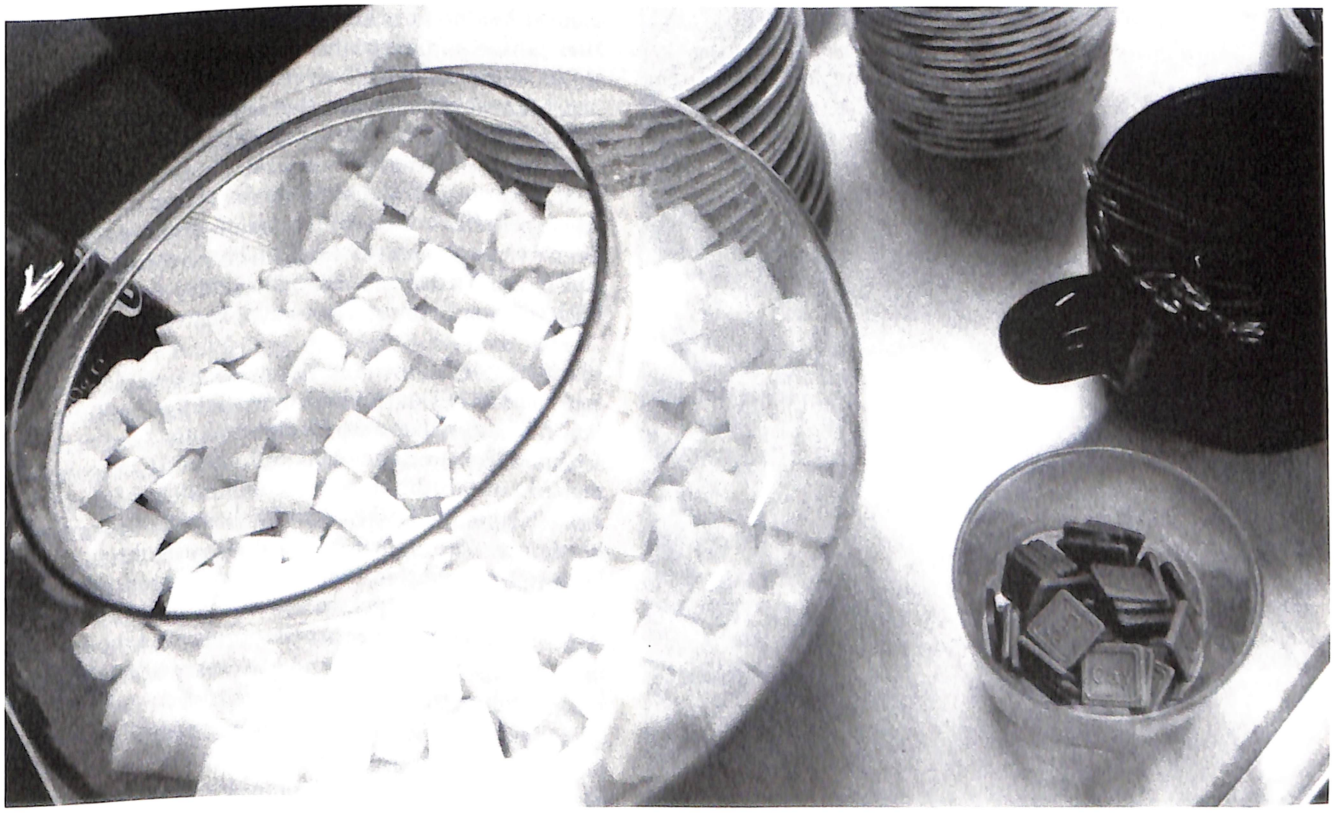
Für Fehmi Odabas,
einen »echt korrekten« Freund und begnadeten Fan von Galatasaray Istanbul. So viel Pathos muß zuweilen sein.

I. Mehmet Bölükbasi

Neulich war ich auf einer netten Party. Die Gastgeber hatten von A wie Alkohol bis Z wie »Zur Toilette«-Schildern für fast alles gesorgt. Irgendwann am frühen Morgen unterhielt ich mich mit einem Freund sehr lange auf türkisch und trällerte mit ihm sentimentale Arabesk-Songs. So richtig in Fahrt gekommen, begann er einer Besucherin Komplimente in der Art »In deinen Mandelaugen sehe ich das Blau des Mittelmeers« zu machen. Zugegeben etwas posermäßig und peinlich. Aber mit dem Ausländerbonus in der Tasche sowie der Entschuldigung, gehörig alkoholisiert gewesen zu sein, kamen wir ganz gut davon. Keine falsche Bescheidenheit: Wir beide waren exotische anatolische Popstars auf einem Fest, das überwiegend von deutschen Mittelstandskids besucht war. Ausgerechnet von einem Integrations-Ali, fest verwurzelt in hiesigen linken Zusammenhängen und einziger Nicht-Deutscher außer uns beiden bei dieser Feier, mußten wir uns anhören, wir würden uns selbst-ethnifizieren.

In Almanya schwafeln in letzter Zeit viele über Selbst-Ethnifizierung und den Rückzug von Ausländern in ihre Communities. Feldforscher und Gepäckträger des Mültikültüralismüs versuchen neugierig zu decodieren, warum der Migrant an und für sich wieder auf Ali oder Vesna mache. Dabei sprechen manche vom verlockenden Fundamentalismus, andere wollen herausfinden, ob Ausländer besonders gefährlich sind. Träumten aufgeklärte Reformer vor geraumer Zeit noch von der multikulturellen Gesellschaft als Ethno-Liga, in der verschieden starke Mannschaften friedlich zusammenspielen sollten, sehen sie diese nun als gescheitert an. Bis dahin verschaffte das Multi-Kulti-Projekt aber Vielen neue Betätigungsfelder und hob kompatible Migranten in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen sogar ein paar Stufen höher. Auch ließ es den grauen deutschen Alltag vor allem durch Feste sowie kulinarische Leckereien bunter und schmackhafter erscheinen, wie ihre Anhänger erfreut resümieren.

Dafür ist es nicht mehr hip in Deutschland, über Rassismus zu sprechen. Und wenn Migranten von rassi-



stischen Erfahrungen berichten, dann findet man das häufig im besten Fall »irgendwie kraß« und weiß die Täter als »Reaktionäre« zu titeln. Schwieriger wird es aber, wenn auch in subkulturellen und linken Zusammenhängen schiefe Töne angestimmt werden. So vor einiger Zeit in einem griechischen Restaurant im Frankfurter Westend. Dort erzählte mir ein 68-bewegter Kabarettist, der hier und da auch im Fernsehen kritisch den Zeitgeist attackieren darf, im beschwipsten Zustand irgend etwas von »Ihr mit eurer fremden Kultur« und »Da ist schon eine unüberwindbare Distanz zwischen euch und uns«. Währenddessen wollte seine Bekannte im breitesten hessisch mehrmals wissen, ob ich »ayyyn Pagistani« sei. In der Tischrunde, die auch Freundinnen und Freunde von mir aufwies, ging das unter. Man unterhielt sich lieber mit dem Promi über Kritik, Subversion und Dissidenz, hatte man sich doch einige Stunden zuvor in einer Hörfunksendung über Biographien radikaler Linker ausgetauscht. Naja, irgendwann übertraf sich der Witzigheini selbst: »Ihr denkt doch bei Sachsenhausen nur an das KZ. Dabei habbe mir in Frankfurt auch ein ganz schönen Stadtteil namens Sachsenhausen« Vay, vay, vay, vay, welch intelligenter Humor. Etwas später, inzwischen hatten sich einige für die Fortsetzung der Party im privateren Kreis entschieden, fragte der betrunkene Moderator der erwähnten Radiosendung den ausschließlich in Deutsch publizierenden Schriftsteller Feridun Zaimoglu, der am gleichen Abend eine Lesung in Frankfurt bestritten hatte, ob er Deutsch spreche. Zuvor hatte er sich mit Zaimoglu unterhalten: auf Deutsch.

Solche Erlebnisse jenseits des Mainstreams bekräftigen den Wunsch nach Erholung von Almanya und seinen Verhältnissen. Man sucht nach Orten und Öffentlichkeiten, in denen einem kein Ethno-Identitätsterror ins Gesicht bläst und keine Herkunftskontrollen durchgeführt werden. Schließlich hat man es satt, offen oder subtil als Ausländer, Migrant, Fremder etc. behandelt zu werden – selbst wenn man selber ab und an auf Nicht-Deutscher macht.

II. Pope, Popescu

Der wichtigste Erholungsort für mich ist das Männercafé von Sabri Abi, wo ich regelmäßig via Satellit Spiele meines Lieblingsclubs Galatasaray Istanbul live verfolge. Dieses Café, das ausschließlich von Männern besucht wird, befindet sich in einem Hinterhof am Rande des Frankfurter Bahnhofviertels. Von außen sieht es als heruntergekommene Baracke nicht besonders einladend aus. Das wird auch innen nicht unbedingt besser: Etwa zehn Tische, umgeben von überwiegend braunen Stühlen, ein TV-Gerät sowie eine Theke, die nicht einmal besonders funktional ist, bilden die Grundeinrichtung. Die Wände sind in einem 70er-Jahre-Gelb gestrichen. Drei gerahmte Gemälde sollen anatolische Idylle vermitteln, sehen zwischen den Mannschaftspostern der Teams Besiktas, Fenerbahçe, Galatasaray und Trabzonspor aber recht verloren aus. Dieses Männercafé wird von Sabri Abi betrieben. Alle, die jünger als er sind, benutzen das Attribut Abi (großer Bruder). Andere rufen ihn einfach Sabri. Bevor er nach Deutschland machte, verdiente Sabri Abi in der Türkei sein Geld als Lehrer und war politisch in einer Lehrergewerkschaft aktiv.

Männercafés nehmen im Alltagsleben von vielen Anatoliern auch in Deutschland eine wichtige Stellung ein. Vor allem für die erste Generation sind sie zentrale soziale Orte. In Sabri Abis Männercafé hängen teilweise Leute ab, die außer gesellschaftlichen Pflichtveranstaltungen wie z.B. Bekanntenbesuchen oder Familienfeiern kaum andere Events aufsuchen. Vom kulturellen Leben in Frankfurt bekommen sie wenig mit. Das liegt weniger an ihnen selbst, sondern eher daran, daß sie bis heute in erster Linie als Arbeitskräfte betrachtet werden und vom »toleranten« Multikulturalismus ausgeschlossen sind. Sie treffen sich hier mit Gleichgesinnten und spielen die meiste Zeit Karten oder unterhalten sich. Ähnlich stellt sich die Situation für einige kurdische politische Flüchtlinge dar, die

eine Art informelle Gruppe im Männercafé bilden. Auch für sie ist dieser Ort von außergewöhnlicher Bedeutung, da sie erst seit relativ kurzer Zeit in Deutschland sind, nur sehr wenig deutsch sprechen und noch weniger als alle anderen außerhalb Kontakte geknüpft haben. Ferner gibt es genügend Leute, die nur ab und zu mal reinschauen, weil ihnen Alternativen zur Verfügung stehen. Und wieder Andere schließlich suchen die Kneipe nur auf, um Fußball zu gucken – so wie ich.

Nicht nur anhand der Zeit, die der Einzelne im Männercafé verbringt, lassen sich Unterschiede ausmachen. Auch der soziale Status der Besucher differiert erheblich. In Sabri Abis Café treffen Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Fabrikarbeiter, Studenten und Selbständige, vom eingebürgerten Neu-Deutschen bis zum Asylsuchenden aufeinander.

Die standardisierte Ansprache lautet hier »acemi« – heißt: Anfänger. Jeder nennt den anderen so. Egal, ob es um politische Fragen oder die taktische Ausrichtung einer Fußballmannschaft geht, immer ist der Andere ein Anfänger. Das mag nach Geringschätzung des Gegenübers klingen, ist aber viel mehr eine nette Lösung dafür, daß nicht jeder jeden mit Namen kennt.

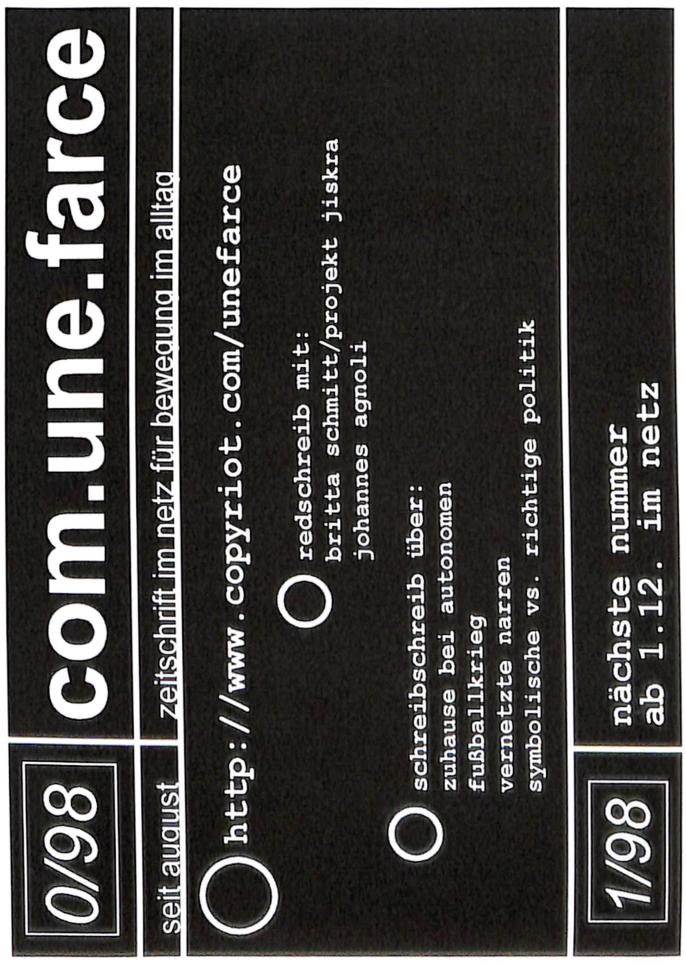
Bei der Entscheidung, welches Männercafé man sich zur Stammkneipe wählt, sind verschiedene Faktoren relevant. Neben der Frage, welcher politischen Couleur der Betreiber und die Mehrzahl der Gäste sind, spielt es auch eine Rolle, aus welcher Region der Kneipier und der Großteil der Besucher kommen. Sabri Abis Schuppen wird überwiegend von (Ex-)Linken, Sozialdemokraten und Aleviten sowie von kurdischen Flüchtlingen besucht.

III. Bülent, Fatih

Seit einigen Jahren übertragen türkische Privatsender fast jede Woche die Spiele der Top-Mannschaften live. Da diese via Satellit auch in Europa zu sehen sind, boomt das Interesse am türkischen Fußball auch hier. Diese Übertragungen sind meist nur mit einem speziellen Decoder zu empfangen, der Privathaushalte in Deutschland etwa 2.000 DM im Jahr kostet. Für Männercafés ist das eine notwendige Investition geworden, um die Kundschaft zu halten oder zu erweitern. Auch bei Sabri Abi erhöht sich die Anzahl der Gäste bei solchen Matchs. Zwar werden auch hier Fußballspiele aus der Bundesliga verfolgt, doch eher nebenbei. Das Hauptinteresse gilt dem türkischen Fußball. Für manche mag das wieder ein Zeichen für Rückzug aus der Gesellschaft oder mangelnde Bereitschaft zur Integration sein. Für die meisten Gäste in Sabri Abis Café ist das einfach nur normal.

Mein Verhältnis zum türkischen Fußball ist ambivalent. Das liegt auch daran, daß früher Fußballspiele zwischen deutschen und türkischen Mannschaften immer eine Katastrophe waren. Nicht, weil ich wirklich ein Fan türkischer Teams war und diese fast immer den Kürzeren zogen, sondern weil ich die niederschmetternden Sprüche von deutschen Bekannten als unerträglich empfand. Die Niederlagen mündeten automatisch in die Zuweisung »Ihr habt gegen uns verloren«. Damals nervte mich das höllisch. Heute habe ich genügend schlagkräftige und zynische Antworten auf solche Äußerungen parat. Aber eines hat sich zumindest bis heute nicht verändert: Fast immer bin ich gegen deutsche Erfolge bei internationalen Fußballspielen – außer es handelt sich um Eintracht Frankfurt. Diese Haltung resultiert in erster Linie aus Erfahrungen, die ich als Gastarbeiterkind in Deutschland gemacht habe. Noch heute wette ich selbst in aussichtslosen Situationen gegen Bundesligateams, was mich schon viel Geld gekostet hat. Und wenn es zu Spielen zwischen Gastarbeiterländer-Mannschaften und deutschen Teams kommt, halte ich aus »Migranten-Solidarität« immer zu ersteren, weil ich vermute, daß bei einem Sieg Guiseppe oder Alfonso am nächsten Tag irgendwo in Deutschland einen coolen Spruch loslassen werden. Ja, ja, naiv und politisch bedenklich...

In den letzten Jahren habe ich ein ungutes Gefühl, wenn türkische Mannschaften – außer Galatasaray – auf europäischer Ebene erfolgreich sind, da diese Erfolge regelmäßig nationalistische Kundgebungen in der Türkei zur Folge haben. Auch in deutschen Großstädten wie Berlin und Frankfurt kommt es hin und wieder zu ähnlichen Aktionen. Deshalb habe ich mir bei Sabri Abi noch nie ein Spiel der türkischen Nationalmannschaft angesehen. Die nationale Verbrüderung unter den Besuchern findet bei solchen Spielen ihren Höhepunkt, wie Erzählungen von diesen Übertragungen vermuten lassen. Als ein Cafébesucher bei einem Qualifikationsspiel zur Europameisterschaft 96



zur gegnerischen Equipe hielt, entkam er nur knapp einer Tracht Prügel. Er wurde von vielen zum Verräter an der »nationalen Angelegenheit« erklärt. So bezeichnet man Spiele auf internationaler Ebene, wo erwartet wird, daß man Club-Rivalitäten außen vor läßt. Zu Entsolidarisierungen kommt es allenfalls bei einigen linken und kurdischen Gästen des Cafés. Die machen sich auch gerne darüber lustig, daß die türkische Nationalhymne inzwischen selbst bei Vorbereitungsspielen gegen drittklassige Mannschaften gespielt wird. »Das gibt's in keinem anderen Land. Die Türkei ist total rückständig«, heißt es dann. Ein Einwand, dem mit der Aufforderung entgegnet wird, doch bitte Sport und Politik nicht zu vermischen. Der Konter der Kritiker kommt spätestens dann, wenn die Fernsehkamera zu den Zuschauern schwenkt, und dort eine stattliche Anzahl das Zeichen der türkischen Faschisten macht. »Da habt ihr euren Sport!«.

Gemeinsam geärgert haben sich die Café-Besucher, als Bayern Fans beim Spiel ihres Vereins gegen Besiktas Istanbul im September des vergangenen Jahres in der Südkurve kollektiv Aldi-Tüten hochhielten. »Die Schweine kaufen doch öfters dort ein, als wir« hieß es. Unterstützung erhielten sie von der türkischen Tagespresse, die auch diesen Vorfall zum Anlaß nahm, gegen die rassistische Beleidigung (gemeint war: Aldi = Türke) der türkischen Bevölkerung zu wettern. Einzig einige Sub-Kanaken aus meinem Bekanntenkreis konnten das ganze Theater nicht verstehen, weil sie bekennende Aldi-Kunden sind.

Zurück in Sabri Abis Café, wo Triumphe in den europäischen Cup-Wettbewerben genüßlich gefeiert werden. Als Galatasaray vor vier Jahren Manchester United aus dem Wettbewerb warf und als erste türkische Mannschaft in die Champions League einzog, stand Piç Ali auf, legte einen Bauchtanz hin und rief erfreut: »Mann, morgen freue ich mich auf die Frühstückspause. Mal sehen, was den Hans-Männern zu Galatasaray einfällt.« Und tatsächlich ist ihnen etwas eingefallen: Der damalige deutsche Trainer Rainer Hollmann.

Trotz des Wunschs, internationale Erfolge feiern zu wollen, stehen solche Übertragungen im Schatten der Spiele zwischen Galatasaray gegen Fenerbahçe. Diese Matchs sind mit Abstand die wichtigsten im Männercafé. Der Laden ist dann fast immer bis auf den letzten Platz besetzt. Die meisten müssen die Übertragung stehend verfolgen. Wer hinten sitzt oder steht, hat Schwierigkeiten, durch den Zigarettenrauch hindurch überhaupt etwas zu sehen. Unausgesproche Regel ist es, daß die Fans in Blöcken sitzen und sich gegenseitig einen verbalen Schlagabtausch liefern, der es in sich hat.

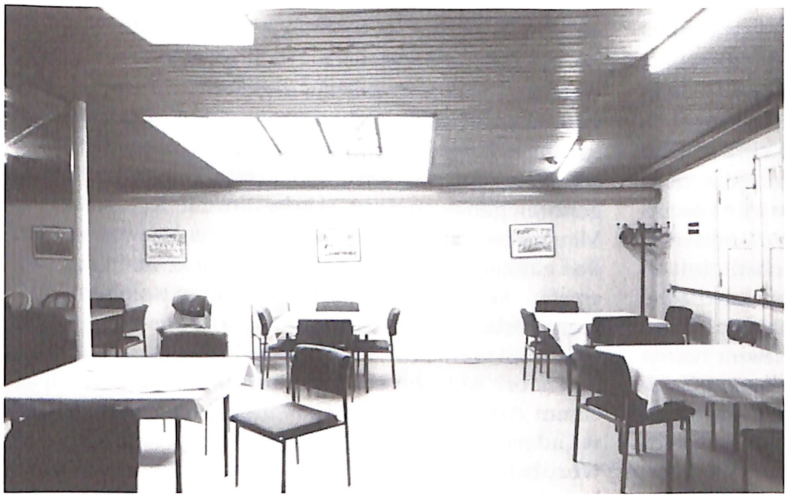
Eine Niederlage der eigenen Mannschaft verfolgt die Fans für Wochen und Monate. So konnten sich die Fans von Galatasaray über die gewonnene Meisterschaft letztes Jahr nicht so richtig freuen, da ihre Mannschaft von Fenerbahçe in der Saison 96/97 mit 4:0 und 4:2 abgefertigt wurde. »Was zählt der Titel, wo wir Euch doch derart eingemacht haben«, provozieren die Fenerbahçe-Fans. Die Dimension dieser Rivalität, die eine lange und komplizierte Geschichte hat, erfuhr ich vorletztes Jahr am eigenen Leib in Gestalt einer Beule am Kopf. Durch ein Tor von Dean Saunders gegen Fenerbahçe im Rückspiel des Pokal-Halbfinales erreichte Galatasaray den Einzug ins Finale. Ihr damaliger Trainer Greame Souness hißte nach dem Schlußpfiff eine übergroße Fahne seines Clubs am Anspielpunkt im Stadion von Fenerbahçe. Begeistert von dieser siegesgewissen Tat des Coachs, hob mich Kürt Mehmet hoch und ließ mich einige Male an die Decke knallen. Als er mich endlich runter ließ, schrie er mich heiser an: »Acemi, ich muß die Gründung Kurdistans nicht mehr erleben, nachdem ich das hier mitbekommen habe«. Sein Bekannter ergänzte: »Heute ist im Camp Feier angesagt.« Daraufhin wollte ein anderer Cafébesucher wissen, welche Mannschaft denn mitten in der Saison im Trainingslager sei. Er grinste: »Das ist eine andere Mannschaft. Das verstehst Du nicht.« Gemeint war das Camp der PKK, deren Vorsitzender Abdullah Öcalan ein bekannter Anhänger von Galatasaray ist und hin und wieder kenntnisreich den Zustand seiner Mannschaft analysiert.

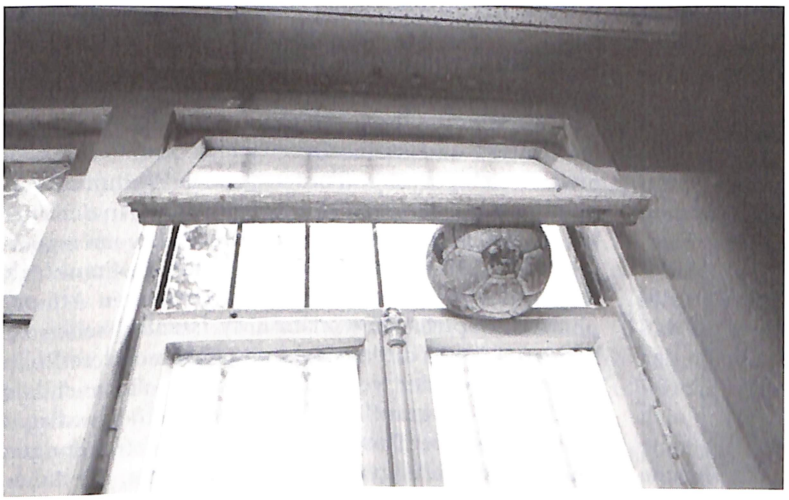
IV. Filipescu, Hakan Ünsal

Solche unterhaltsamen politischen Momente sind nicht die Regel. Man tauscht sich in politischen Fragen viel aus, und weiß vor allem über die sozio-ökonomische Situation der Türkei zu lamentieren. Themen aus Deutschland spielen hier eine untergeordnete Rolle. Das liegt zum Teil daran, daß der unmittelbare Auslöser für solche Gespräche die Fernsehnachrichten darstellen. Da überwiegend türkische Sender laufen, rangieren Themen aus der Türkei auf dem ersten Platz. Als die türkischen Medien in der ihnen eigenen Art die Brandanschläge von Solingen und Mölln aufbereiteten, geriet zeitweise Almanya in den Mittelpunkt.

Sabri Abis Café ist aber auch ein Ort, wo sich die Besucher gegenseitig bei bürokratischen, rechtlichen oder beruflichen Fragen beraten und helfen. So kommt es schon einmal vor, daß jemand um die Übersetzung

eines Briefes bittet oder wissen möchte, zu welcher Behörde er gehen muß, um eine bestimmte Bescheinigung zu bekommen. Es hat sich eine lose Infrastruktur herausgebildet, die als Ergänzung zur bestehenden funktioniert. Nicht jeder findet aber Zugang zu diesem





Beziehungsgeflecht. Zum einen liegt das daran, daß einige diese Infrastruktur nicht benötigen. Zum anderen kommt hinzu, daß eigentlich nur die Stammgäste bzw. die Kerngruppe, die sich sehr lange kennt und viel Zeit in diesem Café verbringt, Teil dieses Verbunds sind. Wer beispielsweise lediglich zum Fußball gucken kommt, erfährt nur am Rande davon. Dies befreit ihn aber nicht davon, in dieser oder jener Angelegenheit zur Rate gezogen zu werden.

V. Ergün, Emre

Es macht keinen Sinn, diesen Ort zu idealisieren oder schöner zu schreiben, als er ist. Wenn eine Gruppe von Männern regelmäßig zusammenkommt, dann wird nicht nur viel Mist erzählt, sondern dann werden auch Verhaltensformen kultiviert, die man, selbst wenn man kein großes Herz für feministische Sujets hat, getrost als mackerhaft bezeichnen kann. Das hat aber nichts damit zu tun, daß hier Anatolier abhängen, sondern ist der Tatsache geschuldet, daß es sich um Männer handelt.

Gerade beim Fußball-Glotzen wird eine derbe Sprache und eine ausgeprägte Schimpfkultur gepflegt. Daß dabei sexistische und homophobe Ausdrücke weit vorne rangieren, sollte nicht verschwiegen werden. Wenn das Ausmaß allerdings überschritten wird, schreitet Sabri Abi ein und fordert seine Gäste auf, sich zu beruhigen. Als Betreiber wacht er über die Geschehnisse im Café. Ein unausgesprochener Grundsatz etwa lautet, auf verbale Entgleisungen zu verzichten, wenn die Ehefrau von Sabri Abi in der Küche aushilft. Wenn jemandem dann trotzdem ein Fluch über die Lippen geht, wird er sofort von anderen mit dem Hinweis: »Die Yenge ist da!« gemaßregelt. In der Regel reicht das aus, um den Übeltäter zum Verstummen zu bringen.

Wie sich das Verhalten der Cafébesucher ändern kann, habe ich miterlebt, als sich meine Bekannte Nilüfer, die aus Istanbul zu Besuch war, gemeinsam mit uns in Sabri Abis Café ein Fußballspiel anschaute. Galatasaray spielte im Europapokal der Pokalsieger gegen Contructol aus Moldavien und Nilüfer wollte dieses Spiel auf keinen Fall verpassen. Für sie war es als Fan von Galatasaray normal, das Spiel zu sehen, da sie in Istanbul diese Übertragungen entweder zu Hause oder in Teegärten o.ä. verfolgt. Ich versprach, daß das überhaupt kein Problem sei, mußte aber bald merken, wie weit ich mich damit aus dem Fenster gelehnt hatte. Ich kenne niemanden, der einen Decoder für den Pay-TV Sender Cine 5 besitzt, der fast alle Spiele überträgt. So blieb nur die Option, das Spiel in einem Männercafé zu sehen. Tagelang druckste ich rum, bis ich endlich Sabri Abi anrief. Ich sagte, daß ich gerne zum Spiel am Mittwoch kommen wolle. Er, cool: »Acemi, das tust du doch immer«. Ich: »Ja, klar. Aber ich will dieses Mal eine Freundin mitbringen« Er willigte unbekümmert ein. Eigentlich war ich nicht ganz sicher, ob ich mich darüber freuen sollte. Nilüfer bekam davon nichts mit, fand das alles easy und lief souverän in das Männercafé ein. Das kann ich von mir nicht behaupten. Die Jungs und Männer wußten auch nicht so recht, was sie davon halten sollten, daß eine Frau als Mitseherin in ihre Sphäre eintrat. Für die meisten war es die Hölle. Zum einen, weil es ein langweiliges Spiel war. Zum anderen, weil sich die Männer im Café 90 Minuten lang kontrollierten, um keine rüden Sprüche loszulassen. Den meisten Spaß hatte Nilüfer, die sich über das Weiterkommen ihres Vereins freute. Sie geizte keineswegs mit heavy Sprüchen, beschimpfte die Spieler von Conctructol und den Schiedsrichter. Trotzdem saßen die anderen Besucher verklemmt herum und wußten nicht, wie ihnen geschah. Eine Woche darauf am gleichen Ort, fragten einige beinahe genervt: »Acemi, wer war das?«

In letzter Zeit artikulieren einzelne offen ihren Unmut über rassistisches Blabla wie beispielsweise »yam yam« (Menschenfresser), wie manche schwarze Spieler nennen. Versuche, die Bezeichnung »siyahi« (Schwarzer) gegen »zenci« (Neger) durchzusetzen, waren bis heute trotz einiger Bemühungen nicht erfolgreich. Auch homophobe Schmähungen etwa eines Schiedsrichters oder der gegnerischen Mannschaft halten sich hartnäckig. So nannten einige die komplette Mannschaft von Manchester United einfach ibne (schwules) Manchester. Vereinzelte Kritik an diesem Gebaren wurde schnell umgangen: Aus dem »ibne hakem« (schwuler Schiedsrichter) wurde »escinsel hakem« (homosexueller Schiedsrichter), und wenn die Yenge da ist, fluchen manche inzwischen einfach auf englisch. Klingt verdammt gut, wenn kurdische und türkische Kanaken um die 40 »Fuck you« oder »shit« brüllen. Das Gros fühlt sich von diesem neuen pc-Gehabe, das maßgeblich auf einen studierten Cafébesucher zurückgeht, etwas genervt. Und ganz so ernst werden seine Bestrebungen ohnehin nicht genommen. Einig sind sich die meisten aber darüber, daß man früher unbeschwerter Fußball schauen konnte.

VI. Hagi, Tugay

Seit Sabri Abi ein neues TV-Gerät mit riesigem Bildschirm und klasse Sound gekauft hat – man munkelt, er habe dafür etwa 9.000 DM bezahlt – ist vieles anders geworden im Café am Baseler Platz. Man sieht besser, erlebt die Spiele liver. Bei entsprechender Lautstärke hat man das Gefühl, im Stadion auf den Rängen zu stehen. Das hat sich schnell herum gesprochen, so daß zunehmend Männer hinzu kommen, die nicht in das Café passen - unter ihnen auch einige Rechte. Sie finden es beispielsweise gar nicht komisch, wenn sich einige beim Erklingen der türkischen Nationalhymne vor den Spielen lustig machen oder die türkische Staatspolitik dissen. Auch eine Gruppe von Jugendlichen, die alle in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, hat dieses Männercafé neuerdings zu ihrem Favoriten auserkoren. Sie haben kaum Kontakt zu den anderen Gästen. Noch nicht. In der Halbzeitpause gehen sie auf den Hof, treten gegen den Ball und unterhalten sich über Techno, HipHop und »was so abgeht«. Irgendwann ging ich mal mit. Wir unterhielten uns, und ich wollte wissen, warum sie jede Woche ins Männercafé kommen, um Fußball aus der Türkei zu sehen, wo sie doch immer in Deutschland gelebt haben, das Land ihrer Eltern nur aus dem Urlaub kennen und sich untereinander auf Deutsch unterhalten. »Ist doch egal. Auch wenn wir noch fünfzig Jahre hier leben, werden wir nicht richtig dazugehören. Alter, für die sind wir immer Ausländer. Außerdem ist es cool hier«, sagte einer von ihnen, die anderen nickten.

VII. Hakan Sükür, Arif

Ich habe kaum einen Gedanken daran verschwendet, ob Sabri Abis Männercafé typisch oder repräsentativ ist. Diese Frage beschäftigt vorrangig jene, die gerne mit ihren ethnologischen Brillen »zooing« betreiben, um homogenisierend Segmente der Migrantenkultur, die trotz Repression an die Öffentlichkeit zu dringen vermögen, zu entschlüsseln. Daß in Almanya trotz fast vierzigjähriger Migration die Lebensverhältnisse von Migranten, ihr Alltag und kulturelle Praxen überwiegend unsichtbar geblieben sind und größtenteils immer noch als gesellschaftlich irrelevant eingestuft werden, kann dazu führen, daß man sich sogar an die vereinheitlichende Wahrnehmung von Migrantenkultur gewöhnt. Ayse »zwischen Jeans und Kopftuch« oder Angelo als feuriger südländischer Liebhaber gehören genau so dazu, wie bestimmte Klischees über Männercafés, wo schnauzbärtige Alis im Macho-Club den ganzen Tag rumhängen, böse Blicke nach draußen werfen, so daß Allemaninnen sich an solchen Cafés nicht vorbei trauen.

Als Sabri Abi von einem Freund erfuhr, daß ich an einem Artikel über sein Café arbeitete, meinte er verwundert: »Acemi, hat der nichts anderes gefunden, worüber er schreiben kann.« Wahrscheinlich hat er keine Ahnung, wie wichtig mir seine Kneipe ist, obwohl ich im Verhältnis zu vielen Gästen nicht viel Zeit dort verbringe und in der Wahrnehmung der meisten Besucher eigentlich nicht wirklich dazugehöre. In gewisser Weise haben sie mit der Verweigerung meiner Aufnahme in ihren Club auch recht, da mein soziales Umfeld und meine Lebensweise von denen der meisten sich gravierend unterscheidet. Warum sollten sie mich dann als einen Homie betrachten? In der Türkei suche ich Männercafés nur dann auf, wenn es sich wirklich nicht vermeiden läßt. Anders in Frankfurt: Neben dem Umstand, in einer angenehmen Atmosphäre die Spiele von Galatasaray Istanbul sehen zu können, kommt diesem Ort hier eine besondere Rolle zu, da er einer der wenigen Plätze ist, wo ich nicht als Ausländer, Migrant oder was auch immer wahrgenommen werde. Das reicht aus, um Anstrengungen und Überforderungen in Kauf zu nehmen, die daher rühren, daß man manchmal den Switch von Sabri Abis Männercafé zu anderen Orten und Events, auch der städtischen Subkultur, nicht ganz hinkriegt.
Dennoch ist das Besetzen solcher sozialer Räume, gerade angesichts der Tatsache, daß man Rassismus in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und unterschiedlichen Formen erlebt, nicht zu unterschätzen. Deswegen nehme ich auch regelmäßig an »türkisch-kurdischen«-Abenden mit vollem Programm teil. Raki, anatolisches Gedudel, Lästern über Deutschland, Smalltalk in der Art von »Weißt Du, die Deutschen, die verstehen das nicht« oder wahlweise »Die sind so kalt«-Gespräche gehören zum Standard-Reportoire solcher Events. Ziemlich ambivalent das Ganze und kein Grund, solche Zusammenkünfte in den Himmel zu heben, wo man selbst unaufhörlich gegen diese »Ausländer-Deutsche«-Konstruktion kämpft. Aber sie sind Teil einer Umgangsform mit persönlich erlebtem Rassismus.

Imran Ayata

Dieser Text wurde in einer längeren Fassung bereits in *Globalkolorit* abgedruckt. Wir danken dem Hannibal-Verlag für die Abdruckgenehmigung.

...217...218...219...
Feminismus und Bevölkerungspolitik

Die Geschichte der Frauenbewegung kann als eine Entwicklung hin zu einer zunehmenden Staatsfixiertheit von Frauenpolitik beschrieben werden. Daß Frauenemanzipation im Laufe der Zeit zu einem anerkannten öffentlichen Thema wurde, führte zu wesentlichen Verschiebungen theoretischer und politischer Inhalte des Feminismus. Feministische Theorien, ehemals Teil einer Politik der Befreiung, veränderten sich hin zu feministischen (Kultur)theorien, die zunehmend grundlegende gesellschaftliche Machtverhältnisse außer acht ließen und in einer eher konsumistischen Rezeptionsweise angeeignet wurden.

Angesichts der Integration frauenpolitischer Themen in den gesellschaftlichen Konsens bedeutet eine Kritik an Geschlechterverhältnissen vor allen Dingen auch eine Auseinandersetzung damit, was derzeit unter dem Label Feminismus und Frauenpolitik verkauft wird. Sexismus äußert sich nicht mehr nur über antifeministische Argumentationen sondern es wird sich häufig Argumentationsfiguren aus feministischen Diskussionen bedient die insbsesondere – wie im Differenzfeminismus – die Geschlechterdifferenzen hervorheben und so sexistische Muster reproduzieren. So suggeriert die juristische Formulierung des neuen § 218 mit Begrifflichkeiten wie »Straffreiheit bis zur 12. Woche« eine Verbesserung, die jedoch aus feministischer Perspektive eher als Rückschlag zu werten ist.

Anhand der Abtreibungsdebatte, des Ausbleibens jeglichen relevanten Protestes nach dem Karlsruher Urteil zum § 218, läßt sich diese Transformation feministischer Politik exemplarisch beobachten.

Staatlich-Parlamentarische Abtreibungspolitik

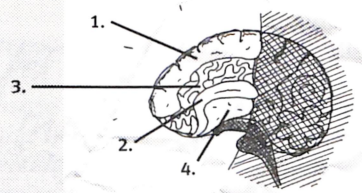
Der »Beitritt« der ehemaligen DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes hat 1992 zu einer neuen Thematisierung des § 218 »von oben« geführt. Die Fristenregelung in der DDR, nach der die Abtreibung in den ersten drei Monaten legal war, wurde dabei kurzerhand als rechtswidrig abgetan.

Das Bundesverfassungsgericht hat 1993 wie bereits 1975 in Form eines Normenkontrollverfahrens gegen den vom Parlament ausgehandelten Kompromiß entschieden. Danach ist Abtreibung bei Vorliegen einer medizinischen, eugenischen oder kriminologischen Indikation im Sinne der »Unzumutbarkeit für die Frau« straffrei und legitim. Bei Nichtvorliegen einer dieser drei Indikationen bleibt Abtreibung weiterhin trotz der vorgeschriebenen Pflichtberatung Unrecht, aber bis zur 12. Woche straffrei.

Rita Süssmuth führte 1990 einen Sonderweg[1] in die Abtreibungsdiskussion ein, dessen Besonderheit in der strikten Trennung von Fragen der Legalität von denen der moralischen Legitimität liegt. Sowohl an der Indikationenregelung als auch an der Fristenlösung kritisierte sie die grundsätzliche Überbewertung der strafrechtlichen Dimension: Die juristische Ebene könne dem ethischen Konflikt nicht gerecht werden. Diese Formulierungen unterlaufen die für den Neokonservatismus typische Gleichsetzung dieser beiden Kategorien. Habermas hatte diese Gleichsetzung bereits in Debatten über »zivilen Ungehorsam« als Tautologie charakterisiert, die es verunmöglicht, andere Maßstäbe des Legitimen auszuweisen als den der positiven Legalität und umgekehrt das Illegitime illegalisiert. Illegitim bleiben Abtreibungen weiterhin vor allem deswegen, weil sie das staatliche Prinzip des Lebensschutzes verletzen.

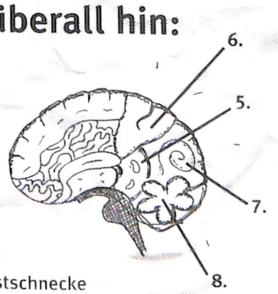
Die dominante Tendenz zur Abkehr vom Strafrecht in der Abtreibungspolitik hat jedoch auch dazu beigetragen, den in den 70er Jahren noch öffentlichen Protest zu kanalisieren und von der Straße ins Parlament

Viele Zeitschriften kommen nur bis hierhin:



1. Frustrationslappen
2. bewegungsmelancholischer Schlund
3. ausweglos Analyseganglion
4. spätpatriarchale Blähzone

Aber alaska kommt überall hin:

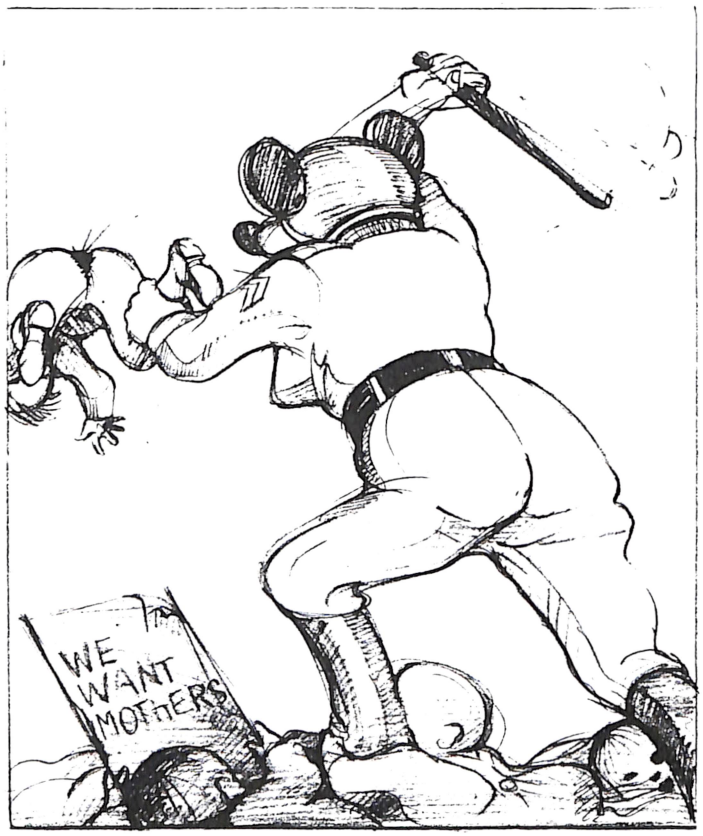


5. Lustschnecke
6. Perspektivtrichter
7. feministischer Widerspruchswirbel
8. Zeitgeisttaster

alaska
internationalistisch - feministisch - links - anders.
Probeheft bestellen: alaska, Bernhardstraße 12, 28203 Bremen, fon/fax 0421 - 720 34
Heft 220: Globalisierung als (Re-)Maskulinisierung
Heft 221: Fit fürs Leben?

zu verlagern. Die konsensstiftende Wirkung des Staates beruht auf der teilweisen Entkriminalisierung der Abtreibung, wodurch eine Zusammenarbeit mit der ungewollt Schwangeren suggeriert wird. Gleichzeitig wird so das staatliche Lebensschutzgebot bedient, indem Abtreibung nach wie vor als eigentlich strafbare Tötung behandelt wird.

›Hilfe statt Strafe‹, eine neue Variante der LebensschützerInnen, ist zur parlamentarisch-staatlichen Konsensformel aufgerückt: »Genau in dieser argumentativen Ersetzung der Androhung von Strafe durch die Verantwortung für das Leben verschafft sich die Staatsmacht nun Zugang zum Körper«.[2]



Voraussetzung, um den Gegenstandsbereich gesetzlicher Regelung zu konstituieren und ein Objekt staatlicher Fürsorge zu schaffen, ist jedoch die Herauslösung und Gegenüberstellung des Fötus aus dem Körper der Schwangeren. Der Fötus wird so als Rechtssubjekt konstituiert, dessen »Recht auf Leben« auch gegen das Interesse der Frau durchgesetzt werden kann. In dieser Logik wird der weibliche Körper zum bloßen Gefäß, in dem der Fötus geschützt vor dem Anspruch der Frau auf Selbstbestimmung zum zukünftigen Staatsbürger heranreifen soll. Durch den staatlichen Anspruch auf Kontrolle der »Beziehung« zwischen der Schwangeren und ihrer »Leibesfrucht« wird die Frau im Verhältnis zum Rechtssubjekt Fötus zum Objekt herabgesetzt.

Abtreibung und Bevölkerungspolitik

Eine Kritik am §218 kommt vor diesem Hintergrund ohne Kritik an Staat und Bevölkerungspolitik nicht aus. Zusammen mit anderen staatlich verordneten Mutterschutzmaßnahmen (Erziehungsurlaub, Kündigungsschutz, Erziehungsgeld, Mutter/Kind-Kuren etc.) und der Aufrechterhaltung der geschlechtlichen Arbeitsteilung, dient er zur Verteidigung des ideologischen Konstrukts von Familie – wenn auch die Definition dessen, was Familie bedeutet, heute nicht mehr ganz so eindeutig ist wie noch vor 30 oder 40 Jahren. Zum einen gibt es im Sinne des Vater-Mutter-Kind-Ideals immer mehr unvollständige Familien, zum anderen ist auch das Modell des (männlichen) Alleinverdieners mittlerweile überholt, da sich von seinem Lohn eine Familie kaum mehr finanzieren läßt. Da jedoch ein breiter Konsens darüber besteht, daß ein Schwangerschaftsabbruch niemals das Ergebnis einer prinzipiellen Entscheidung gegen ein Kind sein könne, sondern stets einer wie auch immer definierten sozialen Notlage geschuldet sei, ist der Staat hier von seiner eigenen Ideologie in die Pflicht genommen. Sie findet ihren Ausdruck in der Forderung nach mehr Teilzeitarbeitsplätzen, erhöhtem Kindergeld oder der Ablösung des Mutterschaftsurlaubes durch den von Vater und Mutter gleichermaßen beanspruchbaren Erziehungsurlaub. Letzteres fügt sich gut in eine Reihe von Tendenzen ein, die zusammengefaßt als Feminisierung der Arbeitswelt bezeichnet werden könnten – verstanden als zunehmende Flexibilisierung von Arbeitszeit und -verhältnissen – wie sie früher nur für die klassischen Frauenberufe selbstverständlich waren. Zu nennen wären in diesem Zusammenhang das viel gepriesene Arbeitszeitflexibilisierungsmodell bei VW, die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen in den Niederlanden oder das auf Niedriglöhnen basierende »Jobwunder« in den USA. Wenn alle in gleich schlechten Verhältnissen arbeiten, ist es am Ende auch egal, wer den Erziehungsurlaub nimmt. Der §218 ist einer der Maßnahmen zur Steigerung der eigenen, nationalen Geburtenrate, entsprechend einer nationalen und völkischen Politik, die unter Schlagwörtern wie »Überfremdung«, »das Boot ist voll«, etc. Abschiebungen vornimmt und international versucht, das »Problem der Überbevölkerung in der Dritten Welt« zu kontrollieren. Bei der eugenischen Indikation zeigt sich offen das Interesse an der Erhaltung der Volksgesundheit, d.h. gesunden, leistungsfähigen Nachwuchs großzuziehen. Die gesellschaftliche Akzeptanz von Eugenik wird durch das ausdrückliche Angebot so begründeter straffreier Abbrüche bis in die 22. Woche erhöht.

Mit seiner Ausrichtung nach Wert und Nutzen, unterstützt durch Reproduktionstechnologien, Pränataldiagnostik und humangenetische Beratung, ist der §218 ein Instrument westlicher Bevölkerungspolitik.

Westliche Frauenbewegung

Die pronatalistische Politik der westlichen Industrieländer steht dem verordneten Antinatalismus (Ver-

hütung der Reproduktion durch Zerstörung der Fortpflanzungsfähigkeit) der sogenannten Entwicklungsländer gegenüber.

Die von Organisationen wie UNO, Weltbank oder IWF initiierten Familienprogramme in vielen der sogenannten Entwicklungsländer forcieren – mit ihrer Propagierung der Ein- bzw. maximal zwei Kind(er)-Familie, definiert nach dem westlichen, heterosexuellen Zweierbeziehungsideal, verbunden mit dem Versprechen von neuen oder verbesserten Konsummöglichkeiten – die Festschreibung des westlichen Modells der bürgerlichen Kleinfamilie, deren globale Durchsetzung nicht zuletzt als ein Resultat von 500 Jahren Kulturimperialismus und Kolonialismus angesehen werden kann. Bei Nichteinhaltung der vorgeschriebenen Familienplanung und -größe folgen oftmals drastische repressive Maßnahmen von Lohnkürzungen bis Zwangssterilisation.

Die westliche Frauenbewegung hatte dem lange nichts entgegenzusetzen oder sich dieser Programmatik selbst verschrieben. Dabei hätte ein Blick auf die Geschichte der Bewegung für Geburtenkontrolle genügt, um festzustellen, in welcher Weise hier berechtigte Forderungen, wie die nach der Legalisierung von Verhütungsmitteln, verknüpft wurden mit eugenischen Zielsetzungen bis hin zur Propagierung der Zwangssterilisation von »Schwachsinnigen, Analphabeten, Armen, Arbeitsunfähigen, Kriminellen, Prostituierten«[3]. Geburtenkontrolle wurde zur Domäne weißer Mittelschichtsfrauen, welche vor allem eugenisch und rassenhygienisch argumentierten und verkehrte sich so zur Bevölkerungskontrolle, die sich gegen arme und schwarze Frauen richtete.

Die Festschreibung von Frauen auf einen Opferstatus in der patriarchalen Gesellschaft korrespondierte mit der theoretischen Setzung eines weiblichen Identitätsbegriffes. Als Ausgangspunkt politischer Mobilisierung ging diese Kategorie des Differenzfeminismus auf Kosten der Analyse von rassistischen, nationalistischen und klassenspezifischen Faktoren. Über die Behauptung, das Patriarchat sei das primäre Unterdrückungsverhältnis, erschienen alle anderen Machtverhältnisse zweitrangig. Letztlich wurden damit Rassismus und Sexismus nicht nur in eins gesetzt – »Frauen als die Neger der Welt« -, sondern rassistische Herschaftsverhältnisse wurden unter sexistische subsumiert.

Bevölkerungspolitik kann nicht allein als sexistischer Eingriff in die Reproduktionsweise einer Gesellschaft definiert werden, um damit eine Einheit der Frauen als gemeinsame Opfer einzelner Maßnahmen zu konstruieren.

Vielmehr können die Forderungen nach Selbstbestimmung oder reproduktiven Rechten als Versuch gelten, einen Minimalkonsens herzustellen, auf dessen Grundlage Bevölkerungspolitik unter Herausbildung spezifischer Frauenforderungen kritisiert werden kann. Dabei sollte dann auch deutlich werden, daß unterschiedliche Lebensumstände und soziale Verhältnisse unterschiedliche Vorstellungen von Emanzipation und Befreiung bedingen. Zentral sind nicht kulturelle Differenzen (die zumeist nur plumpe Rassismen verdecken), sondern die Hierarchien, die ihre Legitimation über die Berufung auf Unterschiede beziehen.

Westliche Frauen definieren ihr Verständnis von Freiheit und Emanzipation jedoch häufig im Kontrast zu anderen Gesellschaften und Kulturen. Beurteilt werden diese Kulturen dann ausschließlich über den jeweiligen Grad der Frauenunterdrückung, wobei westliche Industriegesellschaften immer schon wie selbstverständlich einen höheren Grad an Emanzipation erreicht haben.

Im Zuge der internationalen Vernetzung verschiedener Frauenbewegungen wurde offensichtlich, daß der Begriff der Selbstbestimmung zunehmend durch eine spezifisch westliche, eurozentristische Vorstellung von Frauenemanzipation bestimmt wurde, die ihre eigenen Lebensentwürfe zur Norm erklärte. So orientiert sich Selbstbestimmung, als zentraler Teil dieses Lebensentwurfes, am Subjektbegriff der Aufklärung, vor dessen Hintergrund ein möglichst großes Wissen über die eigenen Körperfunktionen und Prozesse sowie über die Möglichkeiten der Regulier- und Kontrollierbarkeit derselben vorausgesetzt wird. Andere Umgangsformen mit Körperlichkeit und Sexualität als die des rationalen, wissenschaftsorientierten Ideals der Planbarkeit und Verwaltung der eigenen Reproduktionsfähigkeit waren in diesem Konzept von Emanzipation nicht vorgesehen; die dichotomen Oppositionen Kultur/Natur, Körper/Geist mit ihren entsprechenden geschlechtsspezifischen symbolischen Zuordnungen blieben unhinterfragt. Armut und Kinderreichtum wurden vor diesem Hintergrund auf mangelnde Bildung oder »fehlende Selbstbeherrschung« zurückgeführt.

Staatliche Fixierungen

In der BRD wurde der Begriff der reproduktiven Selbstbestimmung vor allem in den 70er Jahren über die öffentliche Forderung der neuen Frauenbewegung nach ersatzloser Streichung des §218 definiert.[4] Die

Hessen
soll
wärmer
und
weiblicher
werden!

GRÖSSENWAHN
FRANKFURT

Täglich bis eins oder zwei

Jungle World

Die linke Wochenzeitung. Jetzt immer mittwochs.

»Die wagen was, diese Noch-Linkeren-als-wir« (taz): Jungle World ist »links und frech« (Die Zeit), aber auch »jeune et drôle« (Courrier International, Paris), hat »blattmacherische Stringenz und konzeptuelle Eleganz« (Diedrich Diederichsen, Spex). Eben ein »Trip für Leute, die kein Wochenende brauchen« (Zitty, Berlin). Alles in allem also »hip links und antideutsch« (Unique, Wien).

Probe-Abo

☐ **Ja, ich will Jungle World 8 Wochen für 20 Mark testen.**

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Einen Zwanzigmarkschein oder einen Scheck habe ich beigelegt.

Name

Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

diskus

Jungle World · Lausitzer Str. 10 · 10999 Berlin

Forderungen richteten sich prinzipiell gegen jede Form staatlicher Regulierung. In Zusammenhang mit dem §218 wurden neue Verhütungs -und Abtreibungsmethoden auch im Kontext des kapitalistisch strukturierten Gesundheitswesens und der internationalen Bevölkerungspolitik diskutiert. Mutterschaft und Zwangsheterosexualität wurden als Teil einer patriarchalen Ideologie ausgemacht. Die Forderung nach Selbstbestimmung, die Kritik an Patriarchat und Kapitalismus über alle Grenzen hinweg, verbunden mit der Berufung auf eine gemeinsame weibliche Identität, ging jedoch auf Kosten der real existierenden Unterschiede zwischen Frauen. Die Selbstdefinition von Frauen als unterdrückte Gruppe und ihre Selbstbeschränkung auf eine gemeinsame Frauenidentität hat nicht zuletzt dazu beigetragen, politische Forderungen zu stellen, die sich auf die Verbesserung der spezifischen Lebenssituation von Frauen beschränkten und die das Geschlechterverhältnis als Verhältnis der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und als ideologisches Verhältnis zumeist ausklammerten. Dies erleichterte sicherlich auch die Integration des Themas Frauenemanzipation in die öffentliche Diskussion und in die staatliche Politik.

Seit Ende der 80er Jahre wird Selbstbestimmung zunehmend als Möglichkeit verstanden, Frauen umfassender im bestehenden Gesellschaftssystem zu repräsentieren.

Ausgehend davon, daß letztlich der Staat den Frauen Freiheit und Gleichheit garantiere und sie als politische Subjekte anerkenne, hat sich der Ort politischer Auseinandersetzung auch im Hinblick auf den §218 von der Straße ins Parlament verlagert. Die Forderung nach ersatzloser Streichung des §218 ist einer ExpertInnenrunde gewichen, in der Frauen als Ärztinnen, Juristinnen, Abgeordnete oder Sozialpädagoginnen auftreten. Schwangere Frauen werden zu Objekten staatlicher oder karitativer Regulierungen gemacht.

Mit der Fixierung auf juristische Lösungen wird dem staatlichen Lebensschutzgebot und seiner Familienpolitik nicht viel entgegengehalten – es wird vielmehr reproduziert. Der Ruf nach Regulierung durch Frauenministerien, Frauenbeauftragte, Antidiskriminierungsgesetze und Quotierungen trägt zur Ausweitung staatlicher Institutionen bei, deren Funktion, egal ob frauenspezifisch oder nicht, zunächst darin besteht, die BürgerInnen in das bestehende System zu integrieren. (Sozial)staatliche Institutionen zur Lösung des »Frauenproblems« machen Frauen zu Klientinnen und Abhängigen und individualisieren so mögliche Kritik an bestehenden gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen. Die Schaffung von Frauenparkhausplätzen, die frauengerechte Umgestaltung des Öffentlichen-Personennah-Verkehrs (auch für Frauen mit Kinderwagen) dienen sicherlich nicht dazu, die herrschende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung anzugreifen. In einer derartigen Politik werden Frauen lediglich als schutzbedürftige Empfängerinnen staatlicher Hilfsmaßnahmen repräsentiert.

Zudem geht die Forderung nach einem juristisch kodifizierten weiblichen Selbstbestimmungsrecht von Frauen als Rechtssubjekten aus. Ein solcher Subjektbegriff setzt der bürgerlichen Ideologie mit seiner Vor-

stellung von individualistischem Recht nichts entgegen. Die Frage, wer in diesem Staat überhaupt als Subjekt gelten kann und wer von dieser Definition per se ausgeschlossen ist, stellt sich aus dieser Perspektive gar nicht. In der Debatte um den §218 werden mit dieser Staatsbürgerinnenposition rassistische Ein- und Ausgrenzungspraktiken und damit auch das Moment nationalstaatlicher Bevölkerungspolitik ausgeblendet.

»Die politische Konstruktion des Subjekts ist mit bestimmten Legitimations- und Ausschlußzielen verbunden; diese politischen Verfahrensweisen werden aber durch eine Analyse, die sie auf Rechtsstrukturen zurückführt, wirksam verdeckt und gleichsam naturalisiert, das heißt als ›natürlich‹ hingestellt. Unweigerlich ›produziert‹ die Rechtsgewalt, was sie (nur) zu repräsentieren vorgibt. Es genügt also nicht zu untersuchen, wie Frauen in Sprache und Politik vollständiger repräsentiert werden können. Die feministische Kritik muß auch begreifen, wie die Kategorie Frau(en), das Subjekt des Feminismus, gerade durch jene Machtstrukturen hervorgebracht und eingeschränkt wird, mittel derer das Ziel der Emanzipation erreicht werden soll.«[5]

Wenn die Konstruktion des Subjekts nicht in diese Überlegungen miteinbezogen wird, bleibt auch die Konstruktion der Geschlechter unhinterfragt – eine Konstruktion, die die ›Frau‹ als ›mögliche Mutter‹ bestimmt; ebenso wie die Konstruktion des imaginierten Kollektivs Volk bzw. Nation.

Feministische Kritik an ungleichen Geschlechterverhältnissen hieße vor diesem Hintergrund, staatsbürgerliche Rechte für deutsche Frauen zu sichern, während durch die nationalstaatliche Abschiebepraxis Migrantinnen eben diese Rechte streitig gemacht werden. Sie müsste jedoch im Gegenteil, als Kritik an einer patriarchalen Gesellschaft, deren staatliche Verfaßtheit mit ihren strukturellen Ausschlüssen miteinbeziehen.

Feministische Identitätspolitik

Der Versuch, im Hinblick auf Forderungen nach Selbstbestimmung (mit der impliziten Vorstellung eines autonomen Subjekts) oder Legalisierung der Abtreibung (mit der impliziten Vorstellung eines Rechtssubjekts) einen Konsens herzustellen, hat immer Normierungen und Ausschließungen zur Folge – egal zu welchem Zeitpunkt der Frauenbewegung. Dies stellt feministische Politik jedoch vor ein Dilemma: Wenn diese nicht davon ausgeht, daß es zumindest ein gesellschaftliches Kollekiv »Frauen« gibt, verliert feministische politische Praxis ihren besonderen Status. Der Versuch jedoch, die besonderen Eigenschaften dieses Kollektivs zu definieren, wird für feministische Politik selbst wiederum zum Problem, da diese notwendig einige Frauen ausschließen würde, die die feministische Theorie miteinbeziehen müßte.

Ausgehend von einer feministischen Kritik am Identitätskonzept müsste jedoch zwischen Selbst- und Fremdzuschreibung in bezug auf das Kollektiv/Gruppe Frau unterschieden werden. Solche Gruppenzusammenschlüsse können letztendlich nur ein Zwangsverhältnis darstellen, da sie auf nicht selbst gewählten Fremdzuschreibungen beruhen. Gruppenidentität wird quasi hergestellt, um abgeschafft zu werden.

So wurde die Kategorie Geschlecht gerade deshalb in die feministische Forschung eingeführt, um traditionelle Bemühungen zur Definition von Weiblichkeit über die Biologie, d.h. auch über ihre Reproduktionsfähigkeit kritisieren und ablehnen zu können. Politische Forderungen, in Form von Bündnispolitik, setzen den Rückgriff auf eine Identitätskategorie voraus, die jedoch nicht notwendig alle Differenzen festschreibt. Mit anderen Worten: Die Wahrnehmung einer gemeinsamen Identität kann Produkt eines sozialen oder politischen Prozesses sein, und sich so über das gemeinsame Ziel definieren, ohne notwendig von einem essentialistischen oder substantiellen Konzept von Geschlechtsidentität auszugehen, sondern im Gegenteil solche Konzepte aufzubrechen.

Zumindest bricht die Forderung nach völliger Streichung des §218 als einem gemeinsamen Ziel mit der Fremdzuschreibung »alle Frauen sind potentielle Mütter.«

AK 217

1 > Einen Mittelweg zwischen Abtreibungsverbot und Fristenlösung zu entdecken fällt schwer, da die letzte Entscheidung über einen Abbruch entweder nur bei der Schwangeren selbst liegen kann oder eben bei einer anderen Instanz.

2 > Juliane Rebentisch: Zurück in die Zukunft. §218, Nationalstaat und Biopolitik, in: Cornelia Eichhorn/Sabine Grimm (Hg.): Gender Killer, Frankfurt/M. 1994, S.27

3 > Margaret Sanger, die Heroe der Geburtenkontrolle, zitiert nach Angela Davis: »Rassismus und Sexismus. Schwarze Frauen und Klassenkampf in den USA«, Berlin 1982, S.204

4 > Die zweite Frauenbewegung formierte sich, als Frauen und Männer formalrechtlich bereits gleichgestellt waren. So traten in der neuen Frauenbewegung vor allem die strukturellen Bedingungen patriarchaler Gewalt trotz jener formalrechtlichen Gleichstellung in den Vordergrund der Auseinandersetzungen.

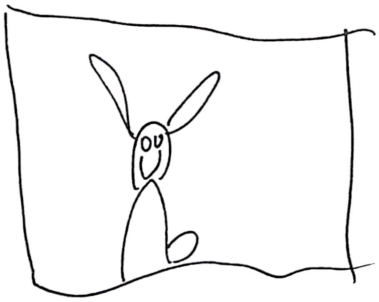
5 > Judith Butler: Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt/M. 1991, S.17

„Wer das Nichtstun ebenso wie die Arbeit scheut, findet leicht zum Buch."

Peter Brückner

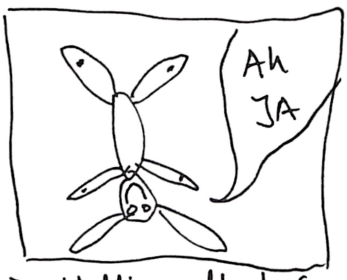
KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
JORDANSTR.11 · 60486 FRANKFURT/M.
TEL 069/77 88 07 · Fax 069/7 07 73 99

Das Hasi sitzt in der Sonne und denkt sich seine eigene Geschlechtsumwandlung aus.



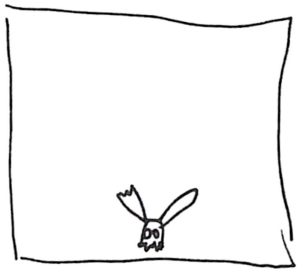
Danach bleibt es erstmal sitzen.

... sagt das Hasi zum Wolfi.



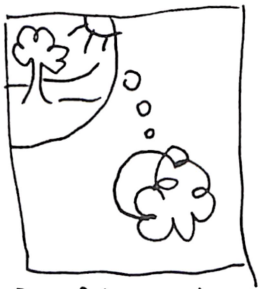
Das Wolfi nagelt aber lieber das Hasi an die Wand...

.... und schlägt es mit einer Schaufel zu Brei.

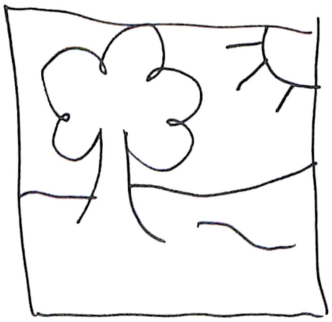


Der Rest von dem Hasi verwandelt sich dann in einen Obdachlosen.

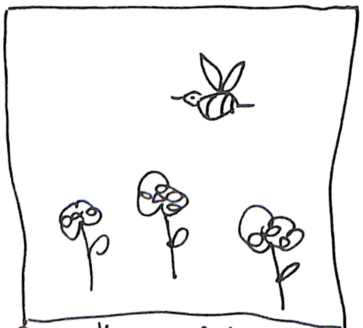
"Schau her, das ist ein Obdachloser, mit verschimmelnder Nase. Darüber wollen wir jetzt lachen."



Das Eitergeschwür, das in der Nase wohnt, träumt:



Es träumt von einer warmen, sonnigen Frühlingswiese.



Eine Hummel tummelt verschlafen um eine Blüte, deren Süßer, schwerer Duft der Luft eine weichere, trägere Konsistenz zu verleihen scheint.

Das tiefe Brummen fängt die Aufmerksamkeit ein und lässt den Blick der Bewegung folgen. Verloren auf der Bahn zwischen den Standgefäßen der Blumen erfasst es die Traumigkeit des Verliebtseins.

BY PHLOPSY©

Blairs Cool Britannia: Thatcherismus mit menschlichem Antlitz

Interview mit Bob Jessop

Merkwürdig ist das schon: Bestach die offizielle Politik Englands in den letzten zwei Jahrzehnten durch die autoritäre old-fashion Politik des Thatcherismus, feiert derzeit gerade dort die modernisierte Sozialdemokratie ihre Erfolge und läßt einen Regierungschef durch Land und Medien lächeln, dessen Krawatten nicht notwendig dunkelblau, grau oder peinlich danebengegriffen sind. Und so gilt jener smarte Premier als Vorbild für Europas und nicht zuletzt Deutschlands Sozis. Die Inszenierung lebt und will gekonnt sein. Das folgende Interview mit Bob Jessop geht der Frage nach, wie New Labour über einen neuen Repräsentationstypus von Regierungspolitik hinaus einzuschätzen ist: Stehen die initiierten politischen Projekte für eine Abkehr von der sozialen Polarisierungspolitik des Thatcherismus, führt New Labour diese fort oder produziert sie neue Formen der Spaltungen?

Bob Jessop, Professor für Soziologie an der Universität Lancaster, arbeitet zu marxistischer Staats- und Regulationstheorie und zur Transformation des Wohlfahrtsstaates in Skandinavien, Großbritannien und Deutschland. In den 80er Jahren bezeichnete er den Thatcherismus in einer Debatte in der New Left Review *als »Zwei-Nationen-Projekt« (s.u.) und setzte sich kritisch mit Stuart Halls Charakterisierung des Thatcherismus als »autoritären Populismus« auseinander. (vgl.* Das Argument *152) Das Interview mit Bob Jessop zu New Labour wurde im Mai diesen Jahres in Frankfurt am Rande der Tagung »Kein Staat zu machen« geführt.*

diskus: Für die kommende Bundestagswahl rechnet sich die SPD mit Gerhard Schröder als Kanzlerkandidat beste Chancen aus. In der Linken dominieren derzeit zwei Einschätzungen einer zukünftigen Regierung Schröder: Die einen erhoffen die Abkehr von neoliberaler bzw. neokonservativer Politik, den anderen gilt Schröder bloß als neuer Kohl. Als Vorbild der mit Schröder modernisierten Sozialdemokratie gilt Tony Blairs New Labour. Was läßt sich nach einem Jahr Blair als Premierminister von Großbritannien über die Politik New Labours sagen?

Bob Jessop: Um Blair und damit Schröder zu verstehen, muß man sich auch Clinton anschauen. Blair und Clinton hatten nicht nur ähnliche Wahlstrategien. In der Sozialpolitik verfolgt Blair die Strategie *welfare into work* – und das ist eindeutig Clintons Politik. Das Motto *welfare into work* zielt auf die jungen Arbeitslosen und bedeutet, daß sozialstaatliche Hilfen dazu dienen sollen, wieder einen Job zu finden. Wohlfahrt, soziale Sicherheit, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, das hat alles nur einen temporären Charakter. In der Wirtschaftspolitik dagegen hat es Blair viel schwerer, mit einer Labour-Regierung die hart neoliberale Politik von Clinton zu betreiben. Hier sollte man sich eher mit Major beschäftigen, denn New Labour muß das Erbe von 18 Jahren konservativer Regierung verwalten. Und das besteht in erster Linie in der Politik einer strikten Haushaltsdisziplin, womit jede Politik, die etwas kostet, ausgeschlossen ist, sofern der Betrag nicht von einem anderen Posten gekürzt wird. New Labour hatte sie aus wahltaktischen Gründen übernommen, weil sie meinten, nur mit dem Versprechen gewinnen zu können, keine höheren Steuern zu erheben. Gegen Ende seiner Amtszeit war Major allerdings so unpopulär, daß sie mit beinahe jedem Programm die Wahlen hätten gewinnen können – auch mit Steuererhöhungen. Ihren Kurs haben sie dennoch nicht mehr geändert.

Blair scheint darüber jedoch nicht allzu unglücklich zu sein. Er nutzt die Fortsetzung der neoliberalen Wirtschaftspolitik der Konservativen vielmehr zu einer kontinuierlichen Transformation in ein *workfare-regime*. New Labour steht also weniger für einen radikalen Bruch als für die Konsolidierung des Thatcherismus.

diskus: Das spricht für die Kontinuitätsthese.

Bob Jessop: Dennoch macht es einen Unterschied, ob die Sozialdemokraten jetzt regieren oder nicht. John Major wäre zum Beispiel nicht in der Lage gewesen, das Abkommen in Nordirland auszuhandeln oder Schottland und Wales mehr Autonomie einzuräumen. Eine humanere Haltung gibt es in der Migrationspolitik, etwa in der Frage der Familienzusammenführung. Zwar wollten auch die Konservativen die Familien zusammenführen, die Leute dafür

aber zurück nach Pakistan, Indien oder Bangladesch schicken. Labour dagegen sagt: Wir akzeptieren das Bedürfnis nach Zusammenführung, ihr könnt eure Familien hierher bringen.

diskus: Die Schottlandpolitik Blairs wurde hierzulande von manchen Kommentatoren als Demokratisierung gefeiert. Unter Thatcher wurde etwa die damalige Labour-orientierte Stadtverwaltung von London schlicht abgeschafft. Kann man vielleicht von den Regionen eine Abkehr vom Thatcherismus erwarten?

Bob Jessop: Von der Linken, Labour und New Labour eingeschlossen, wurde die ungleiche Entwicklung der Regionen im Thatcherismus immer stark kritisiert. Die neoliberale Politik schuf eine Situation, in der die Wirtschaft des Südostens, besonders Londons, stark wuchs, während im Norden, Wales und Schottland, die Arbeitslosigkeit anstieg und die Wirtschaft niederging. Grundsätzlich billigt Blair Wales, Schottland, auch anderen Regionen und den Kommunen mehr Eigenverantwortlichkeit zu und errichtet wieder städtische Regierungen wie die *Greater London Authority*. Aber es dürfen keine Mehrausgaben entstehen, sie dürfen auch keine Schulden aufnehmen. Als Schottland etwa das Recht bekam, eigene Steuern zu erheben, versprach Blair, solange von diesem Recht keinen Gebrauch zu machen, wie Labour im schottischen Parlament die Mehrheit hat. Für die Entwicklung der Regionen wird es kein Geld von der Zentralregierung geben. Es könnten Gelder umverteilt werden, das ist allerdings höchst unbeliebt. London etwa als Großbritanniens nationaler Champion ist eine *global city*, ein kulturelles Zentrum. London international wettbewerbsfähig zu halten und die Probleme als *global city* im Zaum zu halten, kostet schon genug.

diskus: Worin liegt dann der Sinn der Regionalisierung? Handelt es sich nur um Scheininstitutionen?

Bob Jessop: New Labour glaubt nicht mehr daran, daß es die Aufgabe einer Zentralregierung sei, einen national einheitlichen Plan zu entwerfen, um die Probleme der Arbeitslosigkeit zu lösen oder um die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen zu stärken. Wir haben also die merkwürdige Situation, daß die Behörden mehr und mehr Autorität erhalten und tun können, was sie wollen, solange dies kein Geld kostet. Wenn sie in der Lage sind, private Sponsoren für den Wohlfahrtssektor oder andere effektive Wege der Selbstfinanzierung zu finden, dann dürfen sie auf unterschiedlichste Art experimentieren. Aber wenn dies in irgendeiner Weise die öffentlichen Ausgaben auf zentraler oder lokaler Ebene ansteigen läßt – dann nicht. Das sind schlanke Behörden, keine interventionistischen Behörden. Die kommunale Standortpolitik etwa investiert nicht in Technologieparks, sondern spricht Einladungen aus wie: Yes, please company, komm in unsere Stadt, du wirst Steuerferien haben und wir werden die Arbeiter bändigen.

diskus: In den achtziger Jahren hast du den Thatcherismus einmal als *Two-Nations*-Projekt bezeichnet, das

mit einer Spaltung der Gesellschaft in »Produktive« und »Parasiten« arbeitet: Produktiv seien die, deren Arbeit ohne staatliche Subventionen verwertet werden kann, während als parasitär nicht nur die Armen gälten, sondern auch diejenigen, deren Beschäftigung »unrentabel« sei. Die soziale Basis, an die sich Thatcher wandte, waren allein die Produktiven. Was ist mit dieser Spaltung passiert, gibt es die beiden Nationen noch im freundlichen Thatcherismus von New Labour?

Bob Jessop: Zwischen Blair und Thatcher gibt es schon auf der persönlichen Ebene erhebliche Unterschiede. Mrs. Thatcher hat einen stark kleinbürgerlich geprägten Hintergrund, mit allen Werten des englischen Krämers. Ihre traditionelle kleinbürgerliche Mentalität hat sie immer beibehalten, auch wenn sie sie durch die Lektüre von Leuten wie Adam Smith theoretisch aufbereitet hat. Thatcher sah alles in moralischen Kategorien: Individuen seien für sich selbst verantwortlich. Tony Blair dagegen ist in erster Linie christlich-sozial – aber nicht puritanisch – und instinktiv viel stärker an der *One-Nation* orientiert. Blairs Politik hat zwar auch eine moralische Orientierung, aber das Individuum bleibt gegenüber der Gemeinschaft verantwortlich.

Unter Gemeinschaft darf hier aber nicht die traditionell Sozialdemokratische verstanden werden. New Labour steht vielmehr für die Stärkung der Familie und deren Verantwortung – und löst damit auch die Vorstellung vom traditionellen Wohlfahrtsstaat ab. Die Idee ist, daß man sich zwar nicht darauf verlassen kann, daß der Markt alles regelt, aber auch der Staat nicht alles machen kann. Also muß, vermittelt über die Familie, eine gemeinschaftliche Basis geschaffen werden, die viele der Aufgaben der staatlichen Wohlfahrt übernimmt. Für Blair liegt es nicht in der Verantwortung des Staates, auf die Leute aufzupassen, vielmehr tragen die einzelnen die Verantwortung, gegenseitig für sich zu sorgen. Das ist Thatcherismus mit menschlichem Antlitz.

Diese Vorstellung vom Volk unterscheidet sich aber auch von der autoritär-populistischen Thatchers. So wie Diana *the peoples princess* war, gibt es auch die Idee von einer Partei des Volkes. Die Art, wie der Tod von Prinzessin Diana gehandhabt wurde, war ungeheuer populär und hat dazu beigetragen, das Ansehen der

neuen Regierung zu festigen. Das ist nicht die traditionell konservative *One-Nation*, sondern eine neue Form von *One-Nation* im Zeitalter der postindustriellen Massenkultur, für Leute, die multikulturell, jung und cool sind. Das Großbritannien Blairs ist *Cool Britannia*. Blair versucht sich mit allem zu identifizieren, was cool ist. Er spielt Gitarre, er sagt, daß er Oasis mag, er lädt Pop- und Fußballstars zu sich ein.

Der Populismus von Blair ist somit auch nicht mehr traditionell sozialdemokratisch, nicht mehr gegen die Reichen und für die Arbeiterklasse. Blair ist – wie Clinton – die erste Generation von politischen Führern, die der Nachkriegsgeneration angehören. Für ihn ist es genauso in Ordnung, reich zu sein oder hart zu arbeiten und zur Mittelkasse zu gehören, wie es okay ist, arm zu sein.

diskus: Ist es auch okay, arbeitslos zu sein?

Bob Jessop: Nein, das nicht! Aber nicht weil man faul wäre, wie es Thatcher jedem Arbeitslosen unterstellt hat, um sie zur Arbeit zwingen zu können. Für New Labour dagegen bedeutet arbeitslos zu sein, daß man keine ganze Person mehr ist, daß man sich nicht so entfalten kann, wie es möglich wäre. Deshalb ist Arbeit wichtig. Arbeit bereichert, Arbeit hebt das Selbstwertgefühl. Das ist eine ganz andere Auffassung als die von Thatcher. Arbeitslosigkeit ist bei Blair kein gesellschaftlicher Status. Wer arbeitslos ist, ist nicht einfach arbeitslos: Nein, wer arbeitslos ist, ist jemand, der einen Job sucht – und dabei hilft ihm New Labour.

diskus: Wie kann man sich diese Hilfen vorstellen? Setzt Blair etwa auf staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme?

Bob Jessop: Nein, das ist eher eine Form der persönlichen Beratung oder der Therapie, vergleichbar

mit den Beschäftigungsprogrammen in Dänemark oder den USA, von deren Erfolgen wird andauernd geredet. Du hast es nicht mehr mit einem Bürokraten zu tun, der dich als gesichtslosen Arbeitslosen verwaltet, sondern bist eine konkrete Person, die einen individuell zugeschnittenen Maßnahmenkatalog erhält. Etwa, daß deine Haare ein bißchen lang sind oder daß du einen Anzug brauchst, wenn du einen Job willst. Vielleicht üben sie auch Bewerbungsgespräche mit dir oder zahlen dem Arbeitgeber einen Zuschuß, wenn er dich einstellt. Wenn das alles nicht klappt, verhelfen sie dir vielleicht auch zu etwas Arbeitserfahrung, wenn es angemessen erscheint. Das Ziel bleibt aber ein richtiger Job.

Ich spreche hier freilich nur über Strategien, die bisher formuliert wurden. Wie man weiß, kann das anders aussehen, wenn Bürokraten Strategien in die Praxis umsetzen. Zudem handelt es sich um unglaublich teure Programme, denn man braucht für jeden Arbeitslosen einen Betreuer. In den USA hat das nur in kleinen Experimenten funktioniert. Allen britischen Arbeitslosen diese Programme aufzuerlegen, wäre viel zu teuer – jedenfalls bei der Finanzpolitik von New Labour. Daher glaube ich, daß sie letztlich darauf vertrauen, daß die Wirtschaft kontinuierlich wächst und dadurch das Problem der Arbeitslosigkeit gelöst wird.

diskus: Eine Alternative zum Wirtschaftswachstum wäre das Konzept der Arbeitszeitverkürzung, also eine andere Verteilung der vorhandenen Lohnarbeit. In Frankreich und Italien ist die 35-Stunden-Woche beschlossene Sache. Finden innerhalb der Labour Party Diskussionen über solche Modelle statt?

Bob Jessop: Nicht bei New Labour, aber in ihrem Umfeld. Da gibt es manche Diskussionen über eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit, über Job-Sharing bzw. Job-Rotation. Daß dies nicht umgesetzt wird, liegt aber unter anderem an den extrem niedrigen Löhnen in Großbritannien besonders für un- und angelernte Arbeiter. Daher wird es schwierig sein, die Wochenarbeitszeit herabzusetzen, wenn dies in irgendeiner Weise mit einer Senkung der Löhne verbunden ist. Es sei denn, dies würde wie etwa in Frankreich staatlich subventioniert werden.

diskus: In Deutschland werden zur Zeit verschiedene Modelle von Bürgergeld, Grundeinkommen oder Existenzgeld diskutiert. Die Positionen klaffen dabei weit auseinander und reichen von einer reaktionären Vorstellung, daß nur denjeingen Einkommen gewährt werden soll, die soziale Dienste leisten, bis hin zu linken Positionen: Existenzgeld für alle, unabhängig von den erbrachten Tätigkeiten. Einige Teile der Arbeitslosenbewegung fordern zum Beispiel Grundeinkommen und kritisieren den Ruf nach neuen Lohnarbeitsplätzen, mit denen die SPD droht. Gibt es in Großbritannien Forderungen nach Grundeinkommen, um dem Arbeitsethos von Blairs New Labour etwas entgegenzusetzen?

Bob Jessop: Über Grundeinkommen diskutiert hauptsächlich die Linke, denn, ob man nun arbeitet

Michel Foucault antwortet auf die Frage, was für ihn ein Buch sei: eine Werkzeugkiste. Und Proust meinte, daß sein Buch wie eine Brille sei: probiert, ob sie euch paßt; ob ihr mit ihr etwas

sehen könnt, was euch sonst entgangen wäre; wenn nicht, dann laßt mein Buch liegen und sucht andere, mit denen es besser geht. Es gibt keinen Tod des Buches, sondern eine neue Art zu lesen.

(Gilles Deleuze)

LAND IN SICHT
Buchladen im Nordend
Rotteckstr. 13/Mercatorstr.
Nähe Friedberger Platz
60316 Frankfurt
Tel. 069/44 30 95
Fax 069/490 92 66

oder nicht, es gibt ja genug Dinge, die man machen kann, ohne dafür bezahlt zu werden oder angestellt zu sein. Es gibt die unterschiedlichsten Entwürfe. In Großbritannien laufen sie derzeit mit einer Reform des Steuersystems zusammen, insbesondere mit der negativen Einkommenssteuer, die in die Beschäftigungsverhältnisse eingreifen würde. Auf lange Sicht ist das ein Projekt von Blair.

Der Schatzkanzler der Labour Regierung, Gordon Brown, versprach in seiner ersten größeren Haushaltsrede dieses Jahr eine Art Grundeinkommen für Familien mit Kindern, das deutlich höher als etwa die Arbeitslosenunterstüzung ist – unabhängig von ihrem sonstigen Einkommen. Bislang konnte es so sein, daß man zum Teil schlechter gestellt war, wenn man einen mies bezahlten Job hatte, als wenn man zu 100% als bedürftig galt und dann auch die medizinische Versorgung kostenlos war, es Wohngeld oder kostenloses Schulessen für die Kinder gab. Mit dieser Reform sollen nun Anreize gegeben werden, Jobs anzunehmen, da zusätzlicher Verdienst nicht mehr wie früher eine Senkung der Sozialleistungen zur Folge hat. Es sollen also durchaus neue Jobs geschaffen werden, auch wenn sie schlecht bezahlt sind, denn dann stockt der Staat das Einkommen auf. Im Effekt ist das eine Art garantiertes Mindesteinkommen, egal wieviel man verdient – aber Lohnarbeit bleibt obligatorisch. Diese Variante von Grundeinkommen wird im britischen Kontext allerdings nur dann funktionieren, wenn Blairs Projekt *welfare into work* gelingt.

diskus: Wenn die Familie in den Mittelpunkt der Politik rückt und soziale Leistungen auf diese Weise reorganisiert werden, werden damit nicht gerade die geschlechtsspezifischen Spaltungen wieder verstärkt? Was für eine Vorstellung von Familie ist mit diesem Konzept verbunden?

Bob Jessop: Konservative Familienpolitik, Familienordnungspolitik, hat New Labour nicht im Sinn. Die gesetzliche Eheschließung, die Zeremonie vor dem Altar und das Versprechen der lebenslangen Treue, bis das der Tod euch scheidet, meint Blair nicht, wenn er von Familien spricht. Ob du alleinerziehend bist, verheiratet oder nicht, ob du lesbisch oder schwul bist oder aus welcher Beziehung deine Kinder stammen, ist irrelevant. Familienpolitik heißt für New Labour, die intergenerationelle Reproduktion zu unterstützen: Leuten zu helfen, Kinder großzuziehen. Den Familien, also Leuten mit Kindern, soll es ermöglicht werden, am Arbeitsmarkt teilzunehmen und sich zugleich um ihre Kinder zu kümmern. Aber dies ist in der Regel unvereinbar. Alleinerziehende Mütter etwa verdienen selten genug Geld, wenn sie zugleich auf ihre Kinder aufpassen müssen. Die goldene Mitte heißt Kinderbetreuung. So bekommen etwa die Arbeitgeber Zuschüsse, wenn sie eigene Kindertagesstätten einrichten, Selbständige werden unterstützt, wenn sie Betreuungsdienste anbieten und Arbeitslose werden in Kinderbetreuung ausgebildet. Ein großer Teil der Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist so zugleich Familienpolitik. Familien sollen glückliche Kinder haben, sich um ihre Kinder sorgen können und nicht mehr so gestreßt sein. Die sozialen Kosten, Kinder zu haben, sollen gesenkt werden. Hier fließt auch die Erkenntnis ein, daß die mangelnde Konkurrenzfähigkeit Großbritanniens unter anderem mit der schlechten Erziehungs- und Bildungssituation zusammenhängt.

diskus: Welche Politik macht New Labour bezüglich des Geschlechterverhältnisses? Was passiert im Zuge der *workfare*-Entwicklung, wenn man sich die Geschlechterverhältnisse im weiteren Sinn anschaut, als *gender regime*?

Bob Jessop: Blairs New Labour identifiziert sich gerne mit dem modernen Großbritannien, mit der Gleichberechtigung der Frau, mit mehr Frauen auf dem Arbeitsmarkt, mehr Frauen als Manager etc. Ist es nicht wundervoll, daß wir 101 weibliche Labour-MP haben? Praktische Maßnahmen, kohärente Strategien finden sich dagegen kaum. Sie machen eine durch und durch liberale Frauenpolitik. Feminismus hat allerdings in England lange Zeit keine solche Rolle gespielt wie auf dem Kontinent, und Blair denkt wohl, daß er lieber keine schlafenden Hunde weckt. Die Frauenpolitik ist ein weiteres symptomatisches Beispiel, wie New Labour einzuschätzen ist: Jede Menge Rhetorik, aber möglichst nichts, was die Profite der Industrie schmälern würde.

Auf der Ebene formaler Organisiertheit sind die Programme für Job-Sucher oder die Arbeitslosen-Stra-

tegien nicht gendered, nicht geschlechtspezifisch. Geschlecht ist jedoch bedeutsam, weil Kinderbetreuung ein wichtiger Teil von *welfare into work* ist. Und man kann sagen, daß die Verantwortung für Kinder geschlechtsspezifisch ist, weil in der Regel Frauen und nicht Männer die Verantwortung für die Kinder übernehmen. Auf einer formalen Ebene gibt es keine ausdrückliche geschlechtspezifische Dimension, das ist ein Problem von Arbeitslosigkeit. Aber auf einer implementierten Ebene gibt es eine geschlechtsspezifische Dimension, da Kinderbetreuung ein wichtiger Faktor ihrer Strategie ist.

Derzeit sollen mit einem nationalen Programm, einem Appell an den Gemeinsinn, Unternehmer dazu mobilisiert werden, neue Jobs zu schaffen. Die große Frage ist, ob die Unternehmer derart gemeinsinnorientiert sind, daß sie Frauen, die Kinder aufziehen und diese versorgen müssen, einen Job geben. So funktioniert geschlechtsspezifische Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Formal ist es für einen Unternehmer aufgrund von Chancengleichheit nicht erlaubt zu sagen: Ich nehme einen Mann und nicht eine Frau. Aber es ist durchaus möglich zu sagen: Ich gebe einem Mann ohne Kinderbetreuungspflichten den Vorzug vor einer Frau, die Kinder zu versorgen hat. In dieser Hinsicht ist *New* Labour wirklich *Old* Patriarchat.

diskus: Worin besteht angesichts der vielen Widersprüche, zwischen Rhetorik und Politik oder zwischen *Cool Britannia* und *Old Patriarchat* die soziale Basis für das neue Regierungsprojekt? Wer gehört dazu und wer nicht? Und an welchen Stellen könnten oppositionelle Politiken ansetzen?

Bob Jessop: Die soziale Basis von New Labour ist *Middle England*, davon wird die ganze Zeit geredet. Mit anderen Worten, es sind nicht die Arbeiter, sondern eher die Kleinbürger, oder das *big business*.

Die soziale Basis ist jeder, der von Thatcher die Nase voll hat – und das ist die Mehrheit der Mittelklassen. Diese Mittelklassen verdienen relativ gut, besitzen ein Häuschen, fahren Auto, haben eine soziale Ader, solange es nicht zu viel Geld kostet, und wollen einen Staat, der sich um die Armen kümmert, solange die Steuern nicht steigen. Es sind die, die rassistische Rhetorik oder Anti-Immigrationspolitik nicht mögen. Sie sind glücklich, eine zivilisiertere Regierung zu sehen, weil sie selber zivilisiert sind. Das ist *Middle England*!

Aber das bedeutet genauso, daß man nicht zu radikal sein darf. Es dürfen etwa gegenüber der *gay*-Bewegung nicht zu viele Zugeständnisse gemacht werden. Thatcher war gegen Schwule und Lesben. Labour unterstützt sie – aber nur solange sie sich ihrer minoritären Position in der Gesellschaft bewußt bleiben.

diskus: In Deutschland ist das wohl genau die Neue Mitte, die Schröder sucht. Nicht gerade rosige Aussichten ...

Bob Jessop: Zum keynesianischen Wohlfahrts-Nationalstaat führt kein Weg mehr zurück ...

diskus: Zum Glück!

»I'm a failure as a political activist, but you can't do everything, I'm afraid. And there are a lot of people, who are failure as theorists and can't ride a bycicle as fast as I can.«

Bob Jessop

Bob Jessop: ... Aber man kann in der gegenwärtigen Entwicklung zum »schumpeterianisch-postnationalen-*workfare*-Regime« gewissermaßen eine humanere Variante gegen die neoliberale stark machen. Der »*workfare*-Streik« in Dänemark kann da als Vorbild dienen. Dort haben die Leute für mehr Freizeit gestreikt. Das war kein Streik von Arbeitsplatzbesitzern gegen Arbeitslose, sondern einer für mehr Arbeitsplätze und für mehr freie Zeit zugleich. Das ist nicht revolutionär, aber es ist eine Alternative.

Aber ich bin weniger politischer Aktivist als Theoretiker. Auf dem Feld der Theorie geht es heute um einen intellektuellen Stellungskrieg (im Sinne Gramscis) für einen offenen Marxismus, der nicht alles auf die Klassenfrage reduziert. Ich denke ein solcher Marxismus kann einiges dazu beitragen, den fetischisierten kapitalistischen Markt als dominantes Organisationsprinzip der Gesellschaft zu dekonstruieren und Alternativen dazu aufzuzeigen.

Mit Bob Jessop sprachen Frieder Dittmar, Wolfgang Hörbe und Katharina Pühl.

Haider im Kontext

Populismus in Österreich

Die Schwierigkeiten mit dem Phänomen »Jörg Haider« – ein Synonym für den seit 1985 erfolgreichen (rechten) Populismus in Österreich – beginnen schon damit, daß ständig neu nach treffenden Beschreibungen gesucht wird.

In den meisten österreichischen Medien wird Haider als ein Führer der politischen Rechten in Österreich dargestellt, einer, der dieses Land mit Stammtischparolen aller Art im Sturm übernehmen möchte. Nur wenige Tage später kann es in den Artikeln und Fernsehsendungen aber so aussehen, als ob die gleiche Figur, deren Kanzlerschaft man eben noch angekündigt hatte, völlig am Ende ist, da die Partei von Krisen geschüttelt wird und daß daher der Spuk wohl endlich verfliegt. Kurze Zeit darauf macht dieser für untot Erklärte erneut von sich reden, beispielsweise indem er in einem überraschenden Schachzug wesentliche Elemente der deutsch-nationalen Tradition der FPÖ umstülpt. Das symbolische Herz der Österreicher schlage nun nicht mehr deutsch.

Solche Spiegelspiele zwischen den Medien und Haider haben System. Indem die mediale Öffentlichkeit permanent einen Resonanzraum für widersprüchliche Botschaften herstellt, produziert sie eine semantische Offenheit, in der die eigentümliche Beweglichkeit des ›Objektes‹ Haider entstehen kann. So ist Haider zu einem rechten politischen Führer *und* zur Verkörperung eines politischen Krisen-Symptoms geworden.

In einer Krise befindet sich nicht nur ein von 1947-1986 in Österreich ganz reibungslos funktionierender Verteilungs- und Bündelungsmodus von Wählerstimmen; in der Krise ist ein politisches Regime *und* eine Staatsform: der österreichische Versicherungsstaat, das heißt die Formen, Imaginationen und Techniken, in denen die Risiken des Lebens erscheinen, in denen sie kalkuliert und mit denen sie behandelt werden.[1]

Die Stabilität dieser Formation - die in Österreich als »Sozialpartnerschaft« bezeichnet wird - wurde durch ein Dispositiv hergestellt, das die materiellen Interessen der Bürger genau registriert, geschickt organisiert und einhegt, mit dem Ziel, Risiken zu kompensieren.

Die »Bürger«, Subjekte dieser Formation, lebten nicht nur einen imaginären Vertrag mit diesem Versicherungsstaat, sie haben sich auch einem politischen und sozialen Regime unterworfen, zu dem sie mehr oder weniger ›passende‹ Mentalitäten und Alltagsroutinen ausgebildet haben.

Die Bänder dieses Blocks aus »Politischem Regime + Subjektivierung + Gesellschaftsform« werden seit den 80er Jahren lose. Populismus in Österreich rekuperiert nun die Ent-Identifizierung mit dem Versicherungsstaat in Österreich, organisiert eine eigene Form der Gemeinschaftlichkeit – die imaginär abgeschlossene Gemeinschaft – und entwickelt ein eigenes politisches Regime, einen neo-liberalen (d.h. zugleich starken *und* schlanken) Staat.

›Populismus in Österreich‹ wird aber an dieser Stelle nicht nur als eine Bezeichnung für die Haider-FPÖ verwendet. Es ist dies auch ein Name für multiple politische Strategien zur ›Regierung‹ einer Krise. Populismus erscheint als eine strategische Hülle, in der verschiedene politische Inhalte zirkulieren können – und die als Hülle für alle politischen Akteure zur Verfügung steht. Doch ist diese Erscheinungsform natürlich ambivalent, da zugleich Inhalte präformiert werden. Der Ausschluß von Ausländern, der Einschluß der Inländer und ihre Anrufung als angeblich »anständige und fleißige Österreicher« samt der militanten Politik des Imaginären haben mittlerweile das gesamte politische Feld in Österreich überzogen und nach ›rechts‹ hin ausgerichtet.

Ende der 80er Jahre war die FPÖ - von ihrer Wählerstruktur her gesehen – eine Partei des militanten Mittelstands und Bürgertums. Binnen weniger Jahre hat sich diese Struktur verändert, und die FPÖ ist zu der Arbeiterpartei in Österreich geworden. Ein Wähleraustausch, über dessen Dynamik und Ursachen die Demoskopie bis heute rätselt.

Die Schwierigkeit der korrekten politischen Einordnung Haiders im Kontext Österreichs ist das Ergebnis einer erfolgreichen Strategie des Objekts, einer Strategie der *Ent-Nennung*. In Anlehnung an Roland Barthes[2] kann man sagen, daß Haider der Politiker in Österreich ist, der nicht bezeichnet werden will, der sich aktiv allen weltanschaulichen Kategorien entziehen *möchte* (daher seine politische Beweglichkeit), der dabei einzig und allein auf die Wirkungen der *Inszenierung* seiner Person setzt (daher sein Charisma) und der politische Techniken erprobt, die neue *Subjektivierungen* hervorbringen (daher seine intensive ideologisch-imaginäre Präsenz in der österreichischen Politik).

(FPÖ-Plakat, 1998)

Redefiguren des Populismus

Auf eine – vielleich paradox anmutende – Formel gebracht ist Populismus eine Ideologie ohne Weltanschauung.

Diese Formel »Ideologie ohne Weltanschauung« will sagen: Populismus gibt es auf Seiten der Rechten und der Linken; und er kann auch – je nach politischem Kontext – mit ›eigentlich‹ rechten und ›eigentlich‹ linken politischen Inhalten arbeiten. In der wissenschaftlichen Literatur über Populismus ist es beispielsweise keineswegs klar, ob die *People's Party*, die im 19. Jahrhundert in Amerika so leidenschaftlich gegen die Geldwirtschaft und gegen das Kreditwesen gekämpft hat, auf Seiten der Rechten oder der Linken einzuordnen ist.

Mit Populismus bezeichne ich also keinen konkreten politischen Inhalt oder eine konkrete Forderung, sondern eher eine bestimmte Art und Weise, wie politische Inhalte ins Feld geführt werden. Populismus ist wesentlich eine *durch und durch polemische Strategie*. Insgesamt zielt Populismus darauf ab, in der Gesellschaft neue ideologische Bruchlinien zu verankern, die die traditionellen, der Soziologie vertrauten Brüche (Klasse, Alter, Geschlecht, Stadt/Land etc.), zu überschreiben suchen. Dafür werden in etwa folgende rhetorische Redefiguren eingesetzt:

Erste Figur – Populismus betrachtet Politik aus der Frosch-Perspektive: *Ihr, die Politiker, seid dort oben und macht eh' alles unter Euch aus. Wir, die hier unten sind, wir normalen Leute, haben keinen Zugang zu Eurer Politik. Wir sind ohnmächtig, müssen aber die Konsequenzen Eurer Handlungen ertragen.*

Zweite Figur – Populismus behauptet, daß Politik unerträglich geworden ist: *Jetzt aber wollen wir mit Euch Politikern nichts mehr zu tun haben, denn wir haben es satt, auf diese Weise regiert zu werden. Wir haben den Glauben an den ganzen rhetorischen Klimbim verloren, an Eure leeren Phrasen, die wir nicht mehr hören können und an die sinnlosen Rituale, die wir nicht mehr ertragen.*

Dritte Figur – Für Populismus ist Politik immer ein schmutziges und brutales Geschäft: *Die leeren Phrasen und sinnlosen Rituale verdecken nur, daß es bei Politik seit jeher im Grunde genommen nur um Siegen und Besiegt-Werden geht. Dabei ist Euch Politikern jedes Mittel recht.*

Vierte Figur – Populismus verspricht Befreiung durch einen charismatischen Politiker: [Jetzt wechselt die Perspektive der fiktiven Rede] *Nun ist Schluß mit Eurem skandalösen Treiben, weil Ich kommen werde, der Mann, der diesen Saustall ausmistet, der wieder Ordnung schafft. Ich fordere Euch auf, mir und meinen Inszenierungen Glauben zu schenken, denn auf diese Weise könnt Ihr Euch befreien.*

Diese rhetorischen Redefiguren sind natürlich starke Verdichtungen; im wirklichen Leben gibt es sie so nicht. Sie sollen verdeutlichen, daß das Besondere an Populismus darin liegt, wie er Politik ›erzählt‹ und wie er dabei *dramatis personae* erschafft. Populismus erfindet kollektive Sprecher, schreibt diesen Rollen zu und adressiert diese Rollen ganz direkt in den rhetorischen Formeln von Ihr und Euch.

Dieser Mann ist

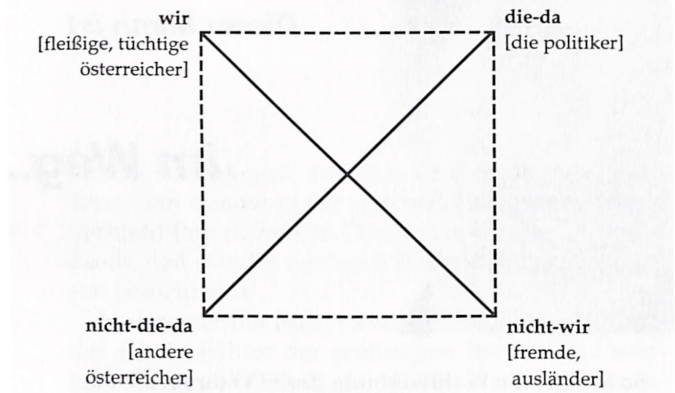
im Weg...

So fordert die Wahlwerbung der FPÖ ihre Adressaten immer wieder ganz direkt auf: »Wählt wie Ihr denkt«, und zwar Haider, weil er »Für Euch«.ist.

Populismus kann dies nur tun, indem er die aktuelle Politik und ihre Träger, die Politiker, fortwährend skandalisiert und das Verhältnis der ›Bürger‹ zur Politik extrem anspannt. Populismus muß im Tagesgeschäft von Politik die eben ausgesprochenen Verdächtigungen andauernd beweisen, indem er die angeblichen und tatsächlichen Verfehlungen und geheimen Machenschaften der Politiker aufdeckt.

Diese Ereignisse können aber erst dann skandalisiert werden, wenn für eine wachsende Anzahl von Menschen die ›Sicherungsbänder‹ der Sozialpartnerschaft lose werden, ihre Versprechen hohl klingen und

Das Schema des rechten populistischen Mythos



aus inkorporierten Kompromißformen leere Kompromißformeln werden.

Wo Arbeiter früher gezwungenermaßen in die SPÖ eingetreten sind, um dadurch einen Platz im sozialen Wohnungsbau zu ergattern, wählt man jetzt die FPÖ, weil man zwar eine solche Wohnung hat, der symbolische und tatsächliche Wert dieser Wohnung aber unklar geworden ist und die alte Arbeiterpartei SPÖ einen bei der Bewältigung der anderen Probleme des Lebens (z.B. am Arbeitsplatz) nicht mehr protegieren kann. Schließlich hat man ja sowieso niemals wirklich an die Ideologie der SPÖ geglaubt.

Erst durch diese Entwertungen und Irritationen werden mehr oder weniger skandalöse Ereignisse, die in ihrem Kern immer-schon bekannt waren, zu einem Skandal.

Die durch die Produktion der Skandale populistisch erneuerten kollektiven Positionen fasse ich in einem Schema – einem »semiotischen Viereck« – zusammen (s.o.).

Im Zentrum der ganzen Aktivität der FPÖ steht die Position – *slot* genannt – links oben: Wir. Dieses Wir ist in zwei Entgegensetzungen eingespannt: dominant ist die konträre Opposition im oberen Bereich zwischen »Wir« und »Die-da«, d.h. zwischen den sogenannten Anständigen und Fleißigen in Österreich, die hier als *filler* dienen, und den regierenden Politikern aus SPÖ/ÖVP und ihren Regierungsprozeduren.

Diese erste Front wird von einer weiteren gestützt, die zwischen denjenigen verläuft, die Nicht-wie-Die-da sind, der normalen Bevölkerung, und denjenigen, die Nicht-wie-Wir sind, den Fremden und Aussätzigen am Rande der Gesellschaft.

Das Funktionieren dieses Schemas kann an einem Textbeispiel Haiders klar gemacht werden. 1992 hat er in einer Pressestunde des ORF ausgeführt:

»Ich war der erste, der in Österreich gesagt hat, es gibt unter den Arbeitslosen eine bestimmte Anzahl von Leuten, die könnten arbeiten, aber die wollen nicht arbeiten. Und ich halte es für falsch, daß wir für Tachinierer Geld ausgeben, die es eigentlich selbst verdienen könnten **[rechts unten: Nicht-Wir]**.

Ich verzichte auf die Stimmen von Leuten, die nicht arbeiten wollen, auf die Stimmen von Leuten, die das Sozialsystem ausnützen. Ich verzichte auf die Stimmen der Privilegienritter, um die sollen sich Rot und Schwarz **[rechts oben: Die-da]** balgen. Ich versuche die tüchtigen, die fleißigen, die anständigen Leute zu mobilisieren **[links oben: Wir]**.« [3]

Arbeitsweise des Populismus in der politischen Kultur Österreichs: Migrations- und Ausländerpolitik

Die FPÖ rückt ein Thema immer wieder in den Vordergrund, die Migrations- und Ausländerpolitik. Dadurch erhält sie ihr aggressives Antlitz und steht im Kontext Österreichs deshalb rechts, weil sie ihren Rassismus tagtäglich offen zur Schau stellt.

Das Thema Migration zirkuliert in der FPÖ-Politik entlang der Achse **Wir gegen Nicht-Wir**, wobei »gegen« hier wort-wörtlich gemeint ist. Das Verhältnis der beiden Pole ist als kontradiktorisch bestimmt:

– An der Stelle von Nicht-Wir befinden sich Personen und Eigenschaften, mit denen man sich - hier also das imaginäre »Wir« – niemals arrangieren kann und will. Mit ihnen sind noch nicht mal taktische Kompromisse und Übereinkünfte möglich, weil sie dem Wir gegenüber als wesensfremd erscheinen.

– In der populistischen Erzählung leben diese Leute mit dem unterstellten Ziel im Land, dem imaginären Wir etwas wegzunehmen. Wobei dieses 'etwas' sehr weit gefaßt ist. Geraubt werden kann: Geld, Identität, Frauen oder Männer und damit die sexuellen Energien, Sicherheit, usw...; die Fremden nehmen immer etwas weg.

– Schuld an ihrer Anwesenheit und damit an diesen vermeintlichen Raubzügen sind natürlich die herrschenden Politiker – das Verhältnis Die-da zu Wir ist das der Implikation. Denn die Politiker haben die Fremden ins Land gelassen.

Die Blaupause dieser ›Großen Erzählung‹ wird auf mehrfache Weise übersetzt. Sie wird popularisiert in den vielen Alltagsgeschichten, die sich Österreicher zu erzählen wissen, und in denen über diese oder jene skandalöse Begebenheit mit Ausländern berichtet wird. Zumeist werden diese Geschichten mit der Formel eingeleitet »Ich habe ja nichts gegen Ausländer, aber ...« und dann folgt eine kleine Geschichte über irgendeine Untat oder Verfehlung, die zumeist auf dem sogenannten Hören-Sagen beruht, d.h. sie ist aus zweiter Hand. Jedenfalls fungiert die Große Geschichte als ein Interpretationsrahmen, mit dem dann die kleinen Geschichten und rassistischen Alltagspraktiken unterlegt werden.

Die Große Erzählung über die Fremden findet aber auch Resonanz in der offiziellen politischen Kultur, und damit meine ich die Parteien im Parlament. Auch hier werden populistische Erzählungen umkopiert: das Grundmuster wird übernommen, die Details jedoch modifiziert.

Wurde vor 1989 noch in Regierungs- und Parlamentskommissionen darüber nachgedacht, Menschen aus anderen Ländern nach Österreich zu holen, um auf diese Weise demographische Lücken zu schließen – besonders junge Leute und gebärfähige Frauen sollten gelockt werden – so hat die österreichische Politik

nach 1989, nach dem endgültigen Fall des sog. Eisernen Vorhangs, die nun offenen Grenzen nach Osten und Südosten Zug um Zug engmaschig werden lassen. Weiters wurde den bereits in Österreich lebenden Ausländern das Leben schwer gemacht: der Zugang zu den elementaren Dingen des Lebens wie Wohnung und Arbeit ist besonders limitiert worden.

Dafür wurden zwei verschiedene Typen von Begründungen gegeben:

– Ein technokratischer Begründungs-Strang, den sozialdemokratische Innenminister bevorzugen: Wenn sie für Abschottung plädieren, dann führen sie statistische Größen an, berufen sich auf Einwanderungszahlen, die einen »Handlungsbedarf« anzeigen würden, und deshalb müsse man »Maßnahmen setzen«. Dies zeigt eine Parlamentsrede von Franz Löschnak, 1990 Innenminister der SPÖ.[4]

Er führt aus, daß die internationalen Bemühungen zu lange bräuchten, um die weltweite Migration zu kontrollieren, weswegen nur auf diesem Wege zu agieren die tagtäglichen Probleme in Österreich nicht lösen würde. Österreich, das kleine Land, müsse deshalb zum Selbstschutz greifen.

Der Regierungsvertreter sieht sich einer Migration gegenüber, die nicht mehr durch routinisierte, vorsorgende und präventive Regierungsaktivität zu steuern ist. In Gefahr stehen die »geordneten Verhältnisse« in Österreich, bewährte politische Konzepte müßten daher scheitern.

– Den zweiten Begründungs-Strang bezeichne ich als »imaginär-identitären«. Hier steht nicht die Steuerung abstrakter Größen auf dem Spiel, wie in der Rede des sozialdemokratischen Innenministers, sondern hier ist das symbolische Herz des kleinen Landes Österreich in Gefahr.

»Die grüne Fraktion neigt dazu, Realitäten zu übersehen. Wenn ich mit Statistiken aufwarte und meine, daß ein Ausländeranteil von 7 Prozent oder 10 Prozent in Österreich kein Problem macht, dann stimmt das natürlich statistisch gesehen. [...] Wenn Sie sich aber in einige Bezirke Wiens begegeben, [...] dann merken Sie sehr wohl, daß es dort, wo es zu konzentrierten Niederlassungen von Ausländern kommt, selbstverständlich auch Probleme gibt. [...] es geht darum diese Probleme zu minimieren und die geordneten Verhältnisse wiederherzustellen.«[5]

Auch der ÖVP-Abgeordnete Dr. Pirker sorgt sich um »geordnete Verhältnisse«. Die imaginäre Belastungsgrenze Österreichs ist (noch) nicht in den absoluten Zahlen erkennbar – das wäre der Punkt, an dem die normalisierenden Aktivitäten der Regierung einsetzen müßten, der Punkt, bei dem Sozialtechnokraten schon sehr nervös sind.

Eine Normalitätsgrenze wird erst durch den vom Redner vorgestellten Augenschein gezogen, der sich bei einem imaginativem Rundgang durch die ›riskanten Orte‹ in Österreich ergibt. Das Problempotential entstünde dadurch, daß es dort »zu konzentrierten Niederlassungen von Ausländern kommt«. Der Blick auf gefährliche Bewegungen im Staatswesen könnte, ohne daß ein Bruch mit dem technokratischen Strang stattfinden müßte, zu der Konsequenz führen: ›Wir müssen diese Konzentration vermeiden und die *Ansiedlung* steuern.‹ Die Aktivität der Sorge würde sich in diesem Falle darauf richten, die Bildung von »Konzentration« zu unterbinden und solche Wohnbezirke zu entflechten.

Doch ist diese Einlassung im Parlament suggestiv, sie verschärft das, was im technokratischen Begründungsstrang nur implizit war, dadurch, daß »Ausländern« gefährliche Eigenschaften unterstellt werden.

Ein Mehr an bedrohlicher Fremdheit (das den wirtschaftlichen Überlegungen angehängt ist) sei der Auslöser dafür, daß, wenn noch weitere Ausländer ins Land kommen würden, »der soziale Friede in Österreich nicht gefördert, sondern gestört werden würde.«

Als Störfaktoren des »sozialen Friedens« – das ist natürlich die Chiffre für die Sozialpartnerschaft und den österreichischen Versicherungsstaat – fungieren hier Ausländer. Da die Zahlen dieses Argument einfach nicht hergeben, mußte es der Abgeordnete imaginativ erfinden.

In den beiden Beispielen aus dem österreichischen Parlament ist aber ein Element des populistischen Schemas verrückt worden. Wo dort unter Die-da die Regierungskonstellation zusammengefaßt wurde, steht in der Rede des ÖVP-Abgeordneten an der gleichen Stelle die Partei der Grünen sowie alle anderen sog. ›Ausländerfreunde‹. Der regierungsamtliche Populismus muß sich selbst im *slot* Die-da ausstreichen und suggerieren, daß in Österreich eigentlich Grüne und Ausländerfreunde an der Macht seien.

Die untergründige *Kohabitation* in der Migrationspolitik, ja selbst die Übernahme der scharfen Grenzziehung Ausländern gegenüber, hat aber die Wirksamkeit des FPÖ-Populismus keineswegs minimiert. Denn die Geschichte, die der FPÖ-Populismus erzählt, hat noch eine bedeutsame Facette mehr. Haider hat,

In der Uni sind wir weltbekannt.

Top Kopie

Jetzt kommt zusammen ...
... was zusammen gehört !

Ob Diplomarbeit, Skripte oder sonstige Kopien:

Wir binden sofort !

Heißleimbindung ab 4,00 DM
Spiralbindung ab 2,50 DM

Kopien – Schwarzweiß bereits ab 5 Pf

Bindungen – ab 2,50 DM und sofort

Farbkopien – Canon Laserkopien ab 90 Pf

Diplomarbeiten – Komplett-Service ohne Streß

Außerdem bieten wir Euch: Digitaldruck in Schwarzweiß und Farbe, Posterdruck im Großformat, T-Shirt-Druck, Laminierungen, Broschürenheftungen, Spiralbindungen, Wire-O-Bindungen, Channel-Bindungen, Spezialpapier und Overhead-Folien, Heftungen, Faltungen, Lochungen und vieles mehr.
Für weitere Informationen besucht unsere Homepage im WWW unter:
http://www.top-kopie.de
oder kommt direkt zu uns.

Top Vervielfältigung GmbH

Adalbertstr. 21a
60486 Frankfurt am Main

Telefon: 0 69/ 70 52 90
Telefax: 0 69/ 70 76 07 45

Montag bis Freitag 8.30-19.30 Uhr
Samstag 9.00-14.00 Uhr

etwa indem er die rhetorischen Redefiguren 2 und 3 aktiviert, die strukturelle Möglichkeit, jederzeit auf die obere Achse des Schemas auszuweichen, und die Politiker, die ihm im Parlament eben noch recht gegeben haben, die sogar seine Begründungsmuster übernommen haben, an anderen Fronten als schlechte und korrupte Politiker zu attackieren, mit denen man nichts mehr zu tun haben will.

Populismen als multiple politische Strategien zur ›Regierung der Krise‹

Der Haider-Populismus wird in diesem Text ohne historische Dimension und daher wie eine Art semiotische Kopiervorlage behandelt: die *slots* bleiben, die *filler* variieren.

Derzeit sind wir in Europa Zeugen von Haiderschen Kopien in diesem Sinne, die aus einem klar erkennbaren strategischen Kalkül entstanden sind: Verlorene Wählerschichten wieder an die Sozialdemokratie zu binden, was die politischen Klone Tony Blair und Gerhard Schröder versucht haben bzw. versuchen.
Die neue sozialdemokratische Artikulation basiert in beiden Fällen ebenso auf der Inszenierung eines persönlichen Charismas, auf der Anrufung neuer kollektiver Identitäten, und auf einem weltanschaulich sehr beweglichen politischen Programm. Neo-liberale und thatcheristische Projekte sind rosa übertüncht, durch die politische Dynamisierung der Gesellschaft werden neue Arten der Wählerbindung und damit auch neue soziale Bänder etabliert. Tony Blair und Gerhard Schröder arbeiten an Definitionen dessen, was das symbolische Herz – das Wir – einer Gesellschaft ausmacht.

Populistisch ein solches Wir festzustellen, bedeutet aber auch zu definieren, wer NICHT dazugehört. Irgendjemand steht der Kategorie der fleißigen und anständigen Österreicher notwendigerweise gegenüber, solange das genannte Schema verwendet wird. Irgendjemand wird essentiell nicht zur Neuen Mitte in Deutschland gehören, die der Sozialdemokrat Gerhard Schröder propagiert. Im britischen Wahlkampf hat Blair sich explizit abfällig über Bettler und »Schmarotzer« geäußert, die der »new labour« der neuen Mittelschichten fremd seien; im Falle Schröders ist etwas Vergleichbares zu erwarten. Eine populistische Erzählung enthält die konträre Beziehung zum Die-da-slot (das ist die Regierung, die jeweils abgelöst werden soll) und dieses NICHT, zu dem das zu schaffende Wir eine sehr unfreundliche Beziehung aufbaut, weil es erst durch diese sehr unfreundliche Beziehung zu sich selbst findet.

Was passiert aber mit dem Haiderschen Populismus, wenn er Regierungsprogramm wird? Wie verhalten sich die sozialdemokratischen Varianten, wenn die (politische) Macht erobert ist?

Beide werden sich ein »menschliches Antlitz« anlegen. Blair hat sich dieses Antlitz semiotisch gesehen nicht durch Sozialprogramme zugelegt, sondern durch seine geschickten Interventionen nach dem Tode von Lady Di, wo er ›als Person‹ über die Emotionen der Trauernden völlig verfügt hat.

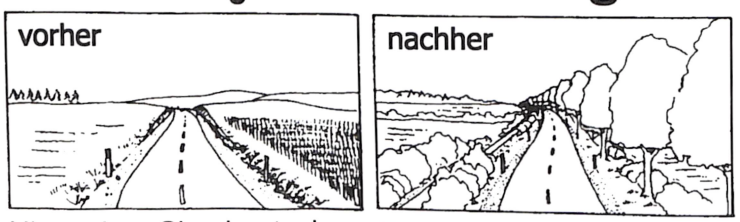
Jörg Haider hat in seiner kurzen Regierungszeit als Landeshauptmann (= Ministerpräsident) des Bundeslandes Kärnten medienwirksam etliche Charity-Projekte begonnen. Und auch Gerhard Schröder wird ein guter Mensch werden, mit oder ohne Joschka Fischer.

Der Unterschied zwischen dem sozialdemokratischen Populismus und der Haiderschen Variante liegt vermutlich darin, daß dieses Antlitz mehr oder weniger stark die häßliche Fratze verdeckt. Doch ist das im Falle Haiders und Schröders jeweils nur eine Prognose. Entscheidend für das Eintreffen derselben ist sicherlich, wie in den sozialen Kämpfen auf die Regierung der Populismen reagiert wird, d.h. wie dissidente politische Kräfte diejenigen, die nicht wie Dieda sind, artikulieren können.

Der Kampf geht also weiter.

Sebastian Reinfeldt

50% nachhaltiger in nur 30 Tagen!



Hier sehen Sie eine typische Landstraße im Fordismus: trist, unkreativ, irgendwie nicht grün.

Doch nach nur dreißig Tagen postfordistischer Anwendung von **AGENDOL 21®** und **EXPOJAL 2000®**: nachhaltig, konsensfähig und in klarem Zukunftsgrün!

AGENDOL 21® und **EXPOJAL 2000®**

gibt's bei allen großen Umwelt- & Entwicklungskonzernen.

Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie den Reader „Nachhaltige Weltbilder - Hinter den Kulissen nachhaltiger Entwicklung". 192 Seiten. Zum Selbstkostenpreis von gerade mal sieben Mark. Zu bestellen beim ***fzs*** (Mitherausgeberin), Reuterstraße 44, 53113 Bonn, bei anares Nord, Postfach 2011, 31315 Sehnde, beim Widerstandsnetz-Büchertisch, Ludwigstraße 11, 35447 Reiskirchen-Saasen oder direkt beim AStA der Universität Hannover (Herausgeberin), Am Welfengarten 1, 30167 Hannover.

1 > Ich beziehe mich hier auf die theoretischen Arbeiten von François Ewald: Der Vorsorgestaat, Frankfurt/M. 1993, sowie Jacques Donzelot u.a.: Die Genealogie der Regulation, Mainz 1995.

2 > »Die Bourgeoisie hat beim Übergang vom Realen zu seiner Repräsentierung, vom Ökonomischen zum Geistigen ihren Namen ausgelöscht: sie paßt sich den Fakten an, findet sich aber nicht mit den Werten ab, sie unterwirft ihren Status einer regelrechten Operation der *Ent-Nennung*. Die Bourgeoisie wird definiert als *die soziale Klasse, die nicht benannt werden will.*« (Roland Barthes: Mythen des Alltags, Frankfurt/M. 1964, S. 124)

3 > Jörg Haider in der Pressestunde des ORF vom 5.4.1992, zitiert nach: Hannes Krall, »Rechtspopulismus am Beispiel Jörg Haider«, in: *Journal für Sozialforschung* (H.3-4/1992), S. 363-375, S. 366.

4 > Stenographische Protokolle Nationalrat XVII. GP, 133. Sitzung, 14. März 1990, S. 15690ff.

5 > StPr. Nationalrat XVIII. GP, 76. Sitzung, 8. Juli 1992, S. 8316.

Heute schon Lenin gelesen?

Wenn Liberale Linken vorwerfen, diese würden wieder die alte Klassenkampfrhetorik auspacken, treffen sie in einem ganz anderen Sinne, als ihnen vorschwebt, einen wunden Punkt. Denn große Teile des traditionellen Marxismus betreiben – so Manon Tuckfeld in ihrer Dissertationsveröffentlichung – wirklich nur Rhetorik. Oft werde der Kampf nicht wirklich »gekämpft«, als konstitutiv und geschichtsmächtig gedacht, sondern nur als eine Le(e/h)rformel lose an ökonomistische Grundmuster angehängt.

»Warum kämpfen Menschen?«

Das ist die leitende Frage in Tuckfelds Arbeit. Ihr geht es dabei nicht um eine Analyse einzelner, konkreter Auseinandersetzungen, sondern um eine Theorie der Kämpfe im Marxismus. Ihre Diagnose lautet: »Marxistische Theoriebildung hat traditionell ein schwieriges Verhältnis zu Fragen der Kämpfe.« Im Marxismus wese die »Behauptung der historischen Unhintergehbarkeit des Sieges der Arbeiterklasse und die damit einhergehende fehlende Bereitschaft, den (Klassen-) Auseinandersetzungen einen relevanten Status innerhalb der marxistischen (...) Theorie zu verleihen.« Für eine solche Theorie der Kämpfe – verstanden als politische oder ideologische Auseinandersetzung ohne ökonomische, bzw. historische Determinierung – kommt mensch nicht umhin, sich mit Ideologietheorie zu beschäftigen, d.h. nach der »Möglichkeit einer (relativen?) Autonomie der Kämpfe« zu fragen. Ökonomismus und Geschichtsteleologie sind also die Spielarten marxistischer Theoriegeschichte, die als Gegner ausgemacht werden.

Per symptomaler Lektüre[1] geht es auf der Suche nach dem ideologischen und politischen Gefecht quer durch Größen der marxistischen Theorie. Das nicht zu knapp geratene Programm reicht von Marx und Engels über die II. Internationale (Kautsky, Bernstein, Luxemburg) und Lenin, bis zu Lukács, Gramsci und Althusser.

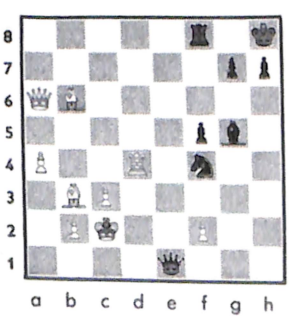
Klassenkämpfe zwischen Trier und St. Petersburg

In den Kapiteln über Marx und Engels und die II. Internationale zeichnet Tuckfeld die Debatte um Ideologie, Staat, Klassenkämpfe und Politik nach, die hauptsächlich in den späten 70er und frühen 80er Jahren geführt wurde. Sie stützt sich im Wesentlichen auf die Arbeiten von Eagleton, Balibar, Haug, und Labica. Bei Marx und Engels entdeckt Tuckfeld Ansätze für eine Ideologietheorie jenseits von Verdinglichung und Entfremdung, die theoretisch jedoch nicht ausgearbeitet worden seien. Die II. Internationale präparierte gerade die schwachen Seiten der Marxschen Erklärungen heraus und konstruierte einen umfassenden teleologischen Ökonomismus. Trotz eines »riesigen Debattierlärms« haben sich nach Tuckfeld weder Kautsky und Bernstein noch Luxemburg mit Politik und Ideologie »im Handgemenge« theoretisch beschäftigt.

Mit Lenin wird – so Tuckfeld – alles ganz an-ders. Das mag angesichts von Zitaten des Kalibers »Wie die Erkenntnis des Menschen die von ihm unabhängig existierende Natur widerspiegelt, so spiegelt die gesellschaftliche Erkenntnis des Menschen die ökonomische Struktur der Gesellschaft wider.«[2] etwas erstaunen. Doch Tuckfeld kitzelt aus Lenin eine Theorie der Kämpfe und der Politik hervor, die ihn in neuem Licht erscheinen lassen, d.h. sie liest Lenin nicht als Theoretiker des Stalinismus, sondern eher als Vordenker einer neuen Theorie des Marxismus. Dem Anti-Leninismus der undogmatischen Linken wirft sie vor, daß er den Blick auf theoretische Innovationen bei Lenin verstellt.

Der Abschnitt über Lenin stellt von daher den interessantesten Teil der Arbeit dar. Mit der von Althusser übernommenen Methode, politische Texte theoretisch zu lesen, gräbt sie das schon x-mal durchpflügte Feld mit der nötigen Respektlosigkeit vor großen InterpretInnen nochmal um. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß »erst durch die ›wilde‹ Praxis Lenins die kritische Hinterfragung der marxistischen Behauptung eines ›Primats der Praxis‹ bei gleichzeitiger Verdrängung der Praxis als theoretisches Problem präsent geworden ist«.

Bei Tuckfeld ist nachzulesen, daß sich die anti-ökonomistische Richtung des Marxismus schon im feudalen Rußland der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts und nicht – wie oft behauptet wird – erst in der westeuropäischen 68er-Bewegung finden lassen. Folgt man den Theorien eines determinierten Geschichtsverlaufs, stehe für das »unterentwickelten« Rußland vor jeder kommunistischen Revolution zunächst die Phase des Kapitalismus an. Doch die Bolschewiki wollten nicht, wie die deutschen Sozialdemokraten, mit dem Rechenschieber auf die Revolution warten, und setzten sich von einem deterministischen Marxismus ab.



... Sf4–d3 !!

Verknüpft zwei Motive zu einer Kombination. Wird der Springer vom König genommen, geht nach Df1+ die Dame verloren, nimmt der Turm oder die Dame, setzt Dc1 matt.

So hat beispielsweise der Hegemoniebegriff seinen Ursprung in der Revolution von 1905, wo er gegen den Reformismus der Menschewiki gerichtet war. Lenin baute das Hegemoniekonzept zu einer Bündnisstrategie des Proletariats mit den »bäuerlichen Massen« um.

Auch die wegen seiner autoritären Parteitheorie verpönte Schrift »Was tun« analysiert Tuckfeld im Hinblick auf die Frage nach der Eigenständigkeit von Kämpfen. Gerade hier verlasse Lenin klassisch ableitungslogische Konzeptionen. »Der Kerngedanke ist also der, daß die Organisation proletarischer Politik gerade in der Überschreitung, im Durchbrechen der Klassenbestimmungen liegt. Revolutionär zu sein ist nun weniger eine Frage der Klassenlage, als der der Schulung.« Dem Proletariat ist die sozialistische Ideologie also nicht in die Wiege gelegt, sondern das Klassenbewußtsein ist von außen in den Klassenkampf hineinzutragen.

In »Zwei Taktiken« identifiziert Tuckfeld neben ökonomistischen Vorstellungen von einer sich selbst perpetuierenden Reproduktion der Produktionsverhältnisse Aussagen, wonach die politischen Verhältnisse des Überbaus auch ohne adäquate ökonomische Grundlage überleben. Die Entwicklung des Ökonomischen schafft demnach zwar notwendige, nicht aber hinreichende Bedingungen für eine Revolution. Mitentscheidend sei die Rolle der Partei und der Agitation, um durch massive Eingriffe in die Überbauten eine umfassende politische, kulturelle, wissenschaftlichen Hegemonie erlangen zu können. Dem liegt die Annahme zugrunde, daß die Bourgeoisie nicht nur ökonomisch und militärisch, sondern auch ideologisch herrscht. Lenin wertet den Status von Ideologie damit erheblich auf: sie verfügt über relative Autonomie und historische Wirkmächtigkeit. Die Ökonomie verliert dabei ihre zentrale Rolle als Motor der Geschichte und Erkenntnis. Schon bei Lenin finden sich Passagen, in denen Ideologie nicht als Verblendung verstanden wird und der Ideologie nicht die Wahrheit gegenübersteht, sondern nur andere Ideologien – wonach auch der Marxismus eine Ideologie ist.

Lenin hat – wenigstens manchmal – im Gegensatz zur ganzen II. Internationale den Klassenkampf logisch den Klassen vorausgesetzt. Der Klassenkonflikt konstituiert die Klassen, »erst der Kampf teilt eins in zwei, um auch weiterhin nicht ontologisch, sondern in der Permanenz des Kampfes getrennt zu sein.« Diese für einen ›neuen Marxismus‹ wesentliche Einsicht wird bei Lenin aber selbst wieder verdeckt, indem er die Zwei-Klassen-Logik in die Ideologie überträgt. Mensch hat entweder eine bürgerliche oder eine sozialistische Ideologie, »denn eine ›dritte‹ Ideologie hat die Menschheit nicht geschaffen«[3]. Nach Lenin sind die zwei Ideologien Produkte der Klassen – was aus logischen Gründen unmöglich ist, wenn Ideologien die Klassen erst hervorbringen sollen.

Paradoxien dieser Art ziehen sich durchs ganze Leninsche Werk und Tuckfeld zerrt sie unter dickem ML-Staub hervor ans Licht. Sie verschweigt nicht, wie streckenweise Althusser, die »Schattenseiten« Lenins: die Reduktion von Politik auf Charaktereigenschaften von Persönlichkeiten, seinen Lassalleanischen Glauben an den Staat und die angebliche Neutralität des Produktionsprozesses. Nichtsdestotrotz gelingt es Tuckfeld, bei Lenin das zu finden, wonach sie gesucht hat: einen positiven Ideologiebegriff jenseits von Klassenessentialismus, Ansätze zu einer Hegemonietheorie, die sich mit Bündnis- und Vermittlungsproblemen beschäftigt, sowie eine Revolutionstheorie, die nicht aus statistischen Berechnungen besteht. Lenin repräsentiert den »Spannungsbogen zwischen orthodoxen Gewißheiten und politisch kontingenter Praxis. Das Werk Lenins ist der Steinbruch, der den Stoff für einen neuen Marxismus enthält.«

Die Arbeiten Lukács' und Gramscis analysiert Tuckfeld im Anschluß an und in Abgrenzung zu Lenin. Beide werden als »aufsässige Schüler« Lenins eingeordnet.

Insbesondere Tuckfelds Kritik an Lukács' Verdinglichungstheorem scheint aktuell, nachdem im linksradikalen Spektrum einflußreiche Zeitschriften wie »Bahamas« oder »Kritik und Krise« derzeit wieder einen Ideologiebegriff als »notwendig falsches Bewußtsein« stark machen. Über Lukács' Hauptwerk »Geschichte und Klassenbewußtsein« urteilt Tuckfeld: »Obwohl das Buch antiökonomistische Effekte erzielte, ist es kein solches Werk. Es ist vielmehr eine Mischung aus ökonomistischen und idealistischen Positionen.«

Bei der Rezeption Gramscis und dessen zentralen Begriffen wie Hegemonie, Ideologie, Historischer Block, Intellektuelle betont sie dessen Leninismus, um gegen die modische Vereinnahmung durch Bürgergesellschaftstheoretiker von Glotz bis Dubiel zu opponieren. Tuckfeld schließt mit einer kurzen Einführung in Althussers Reformulierungen des Marxismus.

Leider ist Tuckfeld nicht – wie ursprünglich geplant – bis zu den in der derzeitigen Diskussion um (Post-) Strukturalismus, Dekonstruktion und Frankfurter Schule maßgeblichen Theorien gekommen. Das Buch bietet jedoch einen einführenden Leitfaden und markiert die Stellen, an denen das Weiterdiskutieren sinnvoll erscheint – häufig sind dies aber genau jene, an denen ihre Fragestellung nach »den Kämpfen« in den Hintergrund rückt.

In die Abstraktheit des Begriffs der Kämpfe mischt sich immer wieder die Assoziation mit alten und neuen sozialen Bewegungen. Das wirft die Frage auf, ob – entsprechend diesen zumindest teilweise emanzipatorischen Kämpfen – Rassismus und Antisemitismus ebenfalls als »kämpfende Bewegungen« zu analysieren wären.

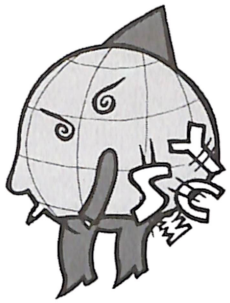
Lutz Eichler

Manon Tuckfeld: *Orte des Politischen. Politik, Hegemonie und Ideologie im Marxismus*. Deutscher Universitäts-Verlag, Wiesbaden 1996. Dissertation vorgelegt am FB Gesellschaftswissenschaften, Uni Frankfurt; DM 86,–

1 > Eine symptomale Lektüre hat die Rekonstruktion der »Problematik« eines Textes zum Ziel, d.h. des theoretisch-analytischen Bezugsrahmens, in dem bestimmte Begriffe, Konzepte, Theorien etc. funktionieren. Vgl. Louis Althusser: Für Marx, Frankfurt/M. 1968

2 > W.I. Lenin: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus. Zitiert nach Marx/Engels: Ausgewählte Werke, Moskau 1913, S. 22

3 > Lenin: Was tun? In: Ausgewählte Werke, S. 375



garip dünya

Italia!

Zu einer schwerwiegenden Beziehungskrise kam es Anfang der fünfziger Jahre zwischen Sepp Herberger, dem Fußballbundestrainer und seinem Lieblingspieler und Ziehsohn Fritz Walter, als dieser ihm seine Heiratspläne eröffnete. Herberger wollte partout nicht Zeuge dieser Trauung werden, weil die Braut einerseits Italia hieß und andererseits so gar nicht in sein Bild einer treu sorgenden ›Gefährtin‹ des Fußballhelden paßte: Mit ihren hochhackigen Schuhen, rotlackierten Nägeln und der modischen Sonnenbrille war sie bereits ein Zuviel an Eleganz, an Persönlichkeit, die sich am Erfolg ihres Ehemannes nicht bescheiden würde. Bundessepp hatte für seinen Schützling doch eher eine ›Kameradin‹ vorgesehen, wie er sie in seiner selbstlosen Ev gefunden hatte. Die Frau sollte zurückstehen und dem Fußballgatten dienen und so der Nation, wenn er auf große Fahrt geht. Solche doppelte Leistung wurde gern als Fußnote im Sportteil gewürdigt: »Wie stehen sie jetzt im Mittelpunkt – die Männer unserer stolzen Fußball-Nationalelf! Umschwärmt, gefeiert, verwöhnt. Aber ihre Frauen – wo bleiben die in diesen Tagen vereinsamten armen kleinen Fußballfrauen?« fragte 1954 die *BILD*-Zeitung.

Heutzutage bleiben die ›Fußballfrauen‹ bei Welt- oder Europameisterschaften nicht allzuweit von ihren Männern. Auch sie treten als – allerdings prekäres – Inventar der jeweiligen nationalen Mannschaft die Reise ins WM-Land an, um als ›Spielerfrauen‹ ein unauffälliges Schattenteam zu stellen. Hübsch anzuschaun, wenn sie im Nationaltrikot auf der Ehrentribüne die Daumen drükken, aber eher geduldet als begrüßt. Denn zur Bildung einer verschworenen effektiven Gemeinschaft werden die Spieler mit ihrem Trainer in die temporäre zölibatäre Zone gebannt. Zuviel Sex macht schlapp auf dem Platz. In der Männerklausur sollen statt dessen die zarten Bande zwischen den Profikickern erzwungen werden, die den dringend benötigten Mannschaftsgeist binden. Dabei stören, wie jedeR weiß, die verführerischen Reize der Weiblichkeit genauso wie der schlechte Charakter der ›Spielerfrauen‹. Mißgünstig, neidisch und extrem ehrgeizig was den Ehegatten angeht sind sie die ständige Bedrohung für das Kollektiv. Dieses Szenario wiederholt sich alle vier Jahre neu. Die Mär von der Männerfreundschaft, die zu Bruch geht, bedarf der Frau Möller, die ihren Andi nach Hause holen will. Das sät Zwietracht unter den ›elf Freunden‹ und bestätigt von neuem: Männer kommen prima miteinander aus, wenn die Frauen nicht wären. So war es schon immer. Auch Herberger mußte klein beigeben und wurde doch noch Trauzeuge für Italia, die ihm seinen Fritz wegschnappte. Fritz Walter aber wurde nach 1954 nie mehr Weltmeister. Wen wundert's?

Norbert Kresse

Dinosaurier

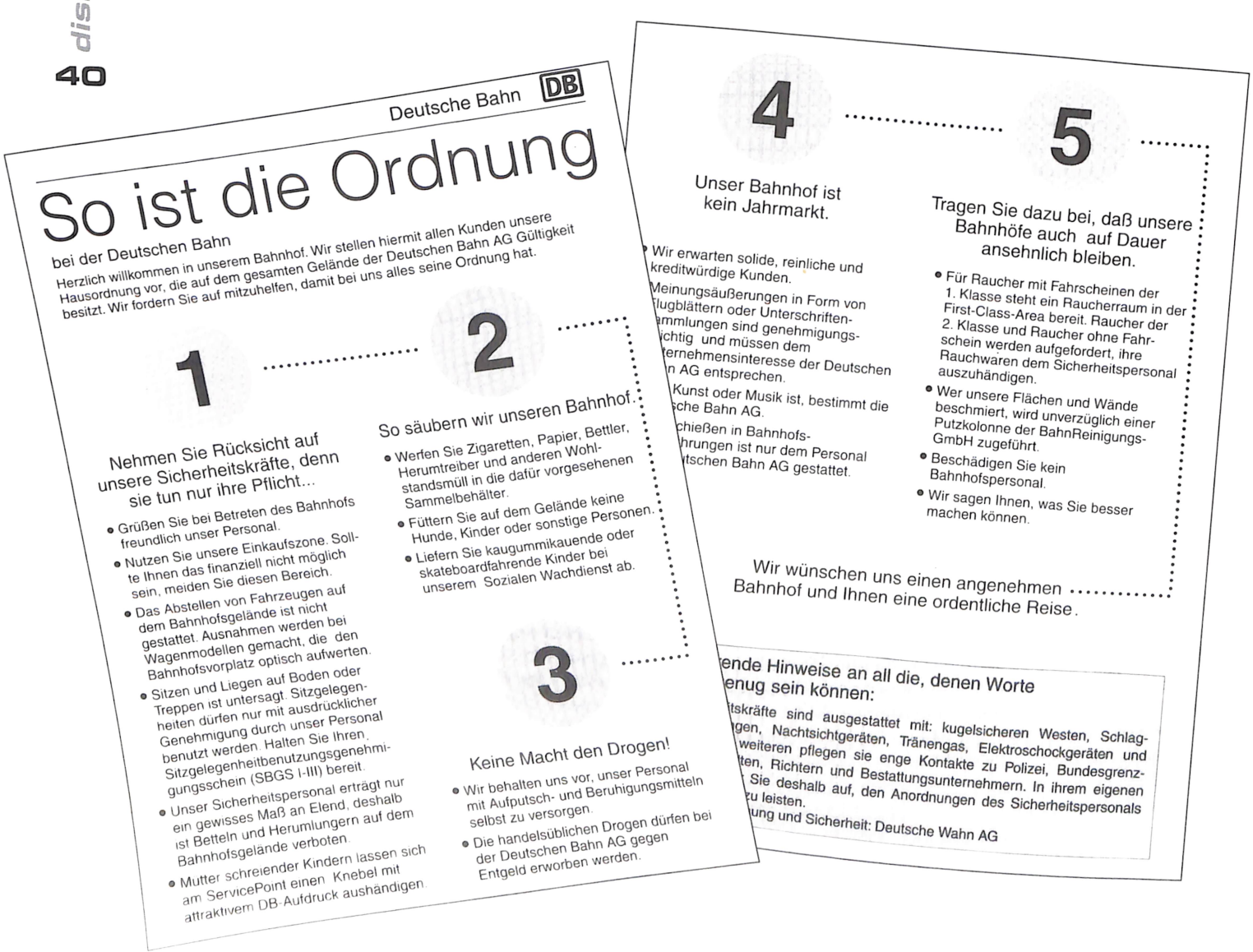
»Ab Februar und im Verlauf der folgenden Monate sandte das Telefon eine neue Botschaft mitten in das übliche neurotische Geklingel in meiner Wohnung. Gymnasiasten, die mich als einen jener roten Dinosaurier einluden, um über den gemeinsamen Mythos, die 68er Bewegung, zu sprechen. Meine Gesprächspartner am Telefon hatten klangvolle Namen: Pavel, Bolivar und Marlene, Ernesto und Camilo. Sie gehören einer Generation an, die bloß noch in ihren Namen einen Abglanz des Ruhmes abbekommen hat.

Da wir Dinosaurier dem Wesen nach historizistische Viecher sind (ein Umstand, auf den Spielberg noch nicht gekommen ist), und obendrein nostalgisch, albern gegenüber der Macht und rachsüchtig, befindet sich unser bevorzugtes Weidegebiet in den Hörsälen der Universitäten. Für die jungen Leute sind sie Gegenwart, für uns aber zusätzlich ein Bruchstück der Vergangenheit. Das ist die allerekelhafteste aller Nostalgien, die sich auf den Besitz bezieht.«

Paco Ignacio Taibo II (FR, Pfingsten 98)

Der Roman *1968/Gerufene Helden* (156 Seiten, 24 DM) von Paco Ignacio Taibo II ist im Verlag Libertäre Assoziation, Schwarze Risse, Rote Straße erschienen.

Regelübertretungen sind manchmal eine unspektakuläre, eher pragmatische Option zur Befreiung aus mißlichen oder unbequemen Situationen. Eine solche Interpretation kam der aufgebrachten Nachbarschaft der St. Antonius Kirche im Frankfurter Westend, wo sich seit Mitte der 80er Teile der polnischen Gemeinde zum Gottesdienst trafen, anno 1991 aber nicht in den Sinn. Sie sahen in dem Umstand, daß wohl einer der polnischen Kirchgänger nach der Messe in einen Vorgarten pinkelte, einen Angriff auf die bürgerliche Ordnung, wie wohl überhaupt die Ansammlung von »Fremden« während der Sonntagsruhe als Störung empfunden wurde. Über einen Zeitraum von rund fünf Jahren engagierte sich das Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AMKA) in diesem »Kulturkonflikt«. Das eher peinliche Ergebnis einer sich wohl über etliche Round Table-Gespräche hinziehenden Suche nach einer, wie es immer so schön heißt, für alle Parteien befriedigenden Lösung: zwei Kontainer-Klos und eine Reihe von Handzetteln, auf deutsch und polnisch, in denen die Besucher aus Polen zur Rücksichtnahme und zum Verständnis für die »Gastgeber« aufgefordert wurden, andernfalls könnten Vorurteile und feindselige Haltungen der einheimischen Bevölkerung die Folge sein. In *Wer wie über wen?* beschreibt Laura Mestre Vives, wie im angewandten Multikulturalismus des AMKA das Blabla von der gleichgültigen Koexistenz der verschiedenen »Kulturen« einmal mehr in das Dominanzverhältnis umschlägt, über dessen Existenz es sich beharrlich in die Tasche lügt. Die gesellschaftlichen Bedingungen für das einträchtige multikulturelle Miteinander sind längst festgelegt. Dazu gehört die Aufforderung an die Einwanderer, Rücksicht auf die Ticks und den Rassismus ihrer »Gastgeber« zu nehmen, genauso wie die dichotome Unterscheidung zwischen der »eigenen« und den »fremden Kulturen«, um die auch das AMKA nicht umhin kommt. Warum Mestre Vives allerdings, zwar widerwillig, zu dem Schluß kommt,



Deutsche Bahn DB

So ist die Ordnung

bei der Deutschen Bahn

Herzlich willkommen in unserem Bahnhof. Wir stellen hiermit allen Kunden unsere Hausordnung vor, die auf dem gesamten Gelände der Deutschen Bahn AG Gültigkeit besitzt. Wir fordern Sie auf mitzuhelfen, damit bei uns alles seine Ordnung hat.

1

Nehmen Sie Rücksicht auf unsere Sicherheitskräfte, denn sie tun nur ihre Pflicht...

- Grüßen Sie bei Betreten des Bahnhofs freundlich unser Personal.
- Nutzen Sie unsere Einkaufszone. Sollte Ihnen das finanziell nicht möglich sein, meiden Sie diesen Bereich.
- Das Abstellen von Fahrzeugen auf dem Bahnhofsgelände ist nicht gestattet. Ausnahmen werden bei Wagenmodellen gemacht, die den Bahnhofsvorplatz optisch aufwerten.
- Sitzen und Liegen auf Boden oder Treppen ist untersagt. Sitzgelegenheiten dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung durch unser Personal benutzt werden. Halten Sie Ihren Sitzgelegenheitbenutzungsgenehmigungsschein (SBGS I-III) bereit.
- Unser Sicherheitspersonal erträgt nur ein gewisses Maß an Elend, deshalb ist Betteln und Herumlungern auf dem Bahnhofsgelände verboten.
- Mutter schreiender Kindern lassen sich am ServicePoint einen Knebel mit attraktivem DB-Aufdruck aushändigen.

2

So säubern wir unseren Bahnhof.

- Werfen Sie Zigaretten, Papier, Bettler, Herumtreiber und anderen Wohlstandsmüll in die dafür vorgesehenen Sammelbehälter.
- Füttern Sie auf dem Gelände keine Hunde, Kinder oder sonstige Personen.
- Liefern Sie kaugummikauende oder skateboardfahrende Kinder bei unserem Sozialen Wachdienst ab.

3

Keine Macht den Drogen!

- Wir behalten uns vor, unser Personal mit Aufputsch- und Beruhigungsmitteln selbst zu versorgen.
- Die handelsüblichen Drogen dürfen bei der Deutschen Bahn AG gegen Entgeld erworben werden.

4

Unser Bahnhof ist kein Jahrmarkt.

- Wir erwarten solide, reinliche und kreditwürdige Kunden.
- Meinungsäußerungen in Form von Flugblättern oder Unterschriftensammlungen sind genehmigungspflichtig und müssen dem Unternehmensinteresse der Deutschen Bahn AG entsprechen.
- Ob Kunst oder Musik ist, bestimmt die Deutsche Bahn AG.
- Das Schießen in Bahnhofsanlagen ist nur dem Personal der Deutschen Bahn AG gestattet.

5

Tragen Sie dazu bei, daß unsere Bahnhöfe auch auf Dauer ansehnlich bleiben.

- Für Raucher mit Fahrscheinen der 1. Klasse steht ein Raucherraum in der First-Class-Area bereit. Raucher der 2. Klasse und Raucher ohne Fahrschein werden aufgefordert, ihre Rauchwaren dem Sicherheitspersonal auszuhändigen.
- Wer unsere Flächen und Wände beschmiert, wird unverzüglich einer Putzkolonne der BahnReinigungs-GmbH zugeführt.
- Beschädigen Sie kein Bahnhofspersonal.
- Wir sagen Ihnen, was Sie besser machen können.

Wir wünschen uns einen angenehmen Bahnhof und Ihnen eine ordentliche Reise.

...ende Hinweise an all die, denen Worte ...enug sein können:

...tskräfte sind ausgestattet mit: kugelsicheren Westen, Schlag...gen, Nachtsichtgeräten, Tränengas, Elektroschockgeräten und ... weiteren pflegen sie enge Kontakte zu Polizei, Bundesgrenz...ten, Richtern und Bestattungsunternehmern. In ihrem eigenen ... Sie deshalb auf, den Anordnungen des Sicherheitspersonals ...zu leisten.

...ung und Sicherheit: Deutsche Wahn AG

A schwört auf Dixi

daß die Ausblendung der realen Machtverhältnisse manchmal Schlimmeres, etwa Bürgerwehren oder rassistische Übergriffe verhindere, habe ich nicht verstanden. Lesenswert ist das Buch schon allein wegen der Darstellung einer Reihe ziemlich absurder Interventionen des AMKA. Auf jeden Fall sollte man sich von dem Titelbild mit den fünf kleinen Jungs drauf, einer rebellisch-niedlichen Negation der Symbolik von Multi-Kulti-Artikulationen á la United colors of ..., und von dem etwas zu sehr um Ausgewogenheit bemühten Text auf dem Buchrücken nicht abschrecken lassen.

Vanessa Barth

Laura Mestre Vives: *Wer wie über Wen? Eine Untersuchung über das Amt für multikulturelle Angelegenheiten.* Pfaffenweiler 1998, DM39,80

Ihre Fachbuchhandlung im Studentenhaus

UNI-BUCH

Sozialwissenschaften - Philosophie - Geschichte

Jügelstr. 1 60325 Ffm. Fon 77 50 82 Fax 70 20 39

Öffnungszeiten: Montag - Freitag 10.00 - 19.30 Uhr

Wir besorgen Ihnen jedes lieferbare deutsche Buch.
Große Auswahl englischer und amerikanischer Fachliteratur.

Plus que rien

Während des Uni-Streiks im Wintersemester 1997/98 bildete sich die Arbeitsgruppe »Radikalisierung«, die sich von den übrigen studentischen Protesten abgrenzte. Die kurz darauf erfolgte Umbenennung dieser Arbeitsgruppe in »Französische Verhältnisse« entsprach dem Verlangen, die politische Situation derart zu verändern, daß die Verbindung intellektuellen Engagements mit militantem Protest möglich werden könnte. Auch im Titel »Französische Zustände« äußert sich nun in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift *Texte zur Kunst* zumindest der Wunsch nach einer Beförderung des dortigen politischen und kulturellen Wissens hierher. Neben verschiedenen Beiträgen mit und über irgendwie politisch engagierte Intellektuelle, finden sich Artikel über die Kämpfe der »Sans Papiers« und die Repräsentation der Pariser Vorstädte.

Der Bericht *Einige Demonstrationen* von Stephan Gregory faßt die jüngsten Aktionen der »Sans Papiers« zusammen und liefert zugleich einen Überblick über die Kämpfe seit Beginn der Bewegung vor zwei Jahren. Die Feministin Claudie Lesselier präzisiert in einem Interview die Vorstellung, die man sich hier von den dortigen Auflehnungen der Migranten und Migrantinnen gegen die rassistischen Gesetze und behördlichen Schikanen macht um die unterschiedlichen Fraktionen innerhalb des Bündnisses. Lesselier, die selbst Teil der »femmes sans papiers« ist und für eine stärkere Verbindung von Theorie und Praxis in der Frauenbewegung eintritt, betont, daß nur durch einen konstanten Kampf der Frauen ihre Präsenz innerhalb der antirassistischen Bewegung demonstriert und der konstitutive Zusammenhang von Rassismus und Sexismus geklärt werden kann.

Mark Terkessidis behauptet in seinem Artikel, daß die Vororte und ihre Bewohner ohne die Repräsentation durch das Zentrum nicht existieren. Durch die Unterscheidung verschiedener Blicke auf die sogenannten chartiers chaudes gelingt es ihm anhand verschiedener Filme, die unterschiedlichen Grenzen der Repräsentation zu verdeutlichen. Die hegemonialen Versionen bestätigen jeweils unterschiedlich die Logik der Objektivierung, die eine paradoxe Situation für die Bewohner herstellt: Um zu existieren, das heißt um wahrgenommen zu werden, brauchen sie einen Repräsentanten, dem sie aber nichts gelten, wenn sie seinem Bild von ihnen nicht entsprechen. So müssen sie die Sprache und Problemdefinition des Zentrums übernehmen, um sich erklären. Nur die aktivistische Version schafft es dem durch Parteilichkeit für die »Subjekte« ein kleines bißchen zu entkommen: «Dabei ist gleichgültig, ob dieses ›Subjekt‹ ›objektiv‹ existiert; es genügt, daß es sich in der Vergangenheit immer wieder für eine bestimmte Zeit durch seine Handlungen konstituiert hat, durch seine historischen Akte des Widerstands.« Es ist genau dieser Widerstand, den man hier vermißt. Plus que rien.

Manuela Bojadzijev

Texte zur Kunst, Nr. 30, DM 25,–

Klassenkampf revisited

Die Forderung der materialistischen Gesellschaftskritik, die Verhältnisse nicht mit irgendwelchen abstrakten Idealen zu konfrontieren, sondern sowohl Kritik als auch überwindende Praxis von deren inneren Bewegungen und Widersprüchen ausgehend zu denken, ist längst zur Leerformel erstarrt. Dies kritisierten die operaistischen Intellektuellen in Italien bereits Mitte der 60er Jahre. Anstatt die »kapitalistische Entwicklung« zum Ausgangspunkt der Analyse (und damit der Politik) zu machen – der Ansatz der traditionellen Arbeiterbewegung –, sei es notwendig, die konkreten Kämpfe der Klassen zu betrachten. Entgegen einer Vorstellung des Ökonomischen als einer selbsttätigen, von der Gesellschaft abgetrennten Sphäre seien es die nicht immer sichtbaren Kämpfe »von unten«, die die Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie bestimmten.

Ausgehend von dieser zentralen These untersuchen die, vielleicht am besten »Post-Operaisten« zu nennenden, Autoren des nun beim ID-Verlag erschienenen Sammelbandes *Umherschweifende Produzenten* die Veränderungen von Produktions- bzw. Arbeitsverhältnissen im sogenannten Postfordismus. In seinem Beitrag *Autonomie und Separatismus* beschreibt Toni Negri jenen Zusammenhang von Kampf und scheinbar objektiv-ökonomischen Umbrüchen für den Prozeß der Dezentralisierung der norditalienischen Industrie in mittlere und kleinste Betriebe. Das »Auftreten neuer gesellschaftlicher Subjekte als selbständige Unternehmer«, die sich aus dem Heer der im Zuge der massiven Klassenkämpfe Anfang der siebziger Jahre entlassenen militanten Arbeiter rekrutierten, gilt es nicht bloß als Erfolg der Fabrikanten anzusehen. Vielmehr sind diese »gleichermaßen Ergebnisse des Kampfs gegen die Lohnarbeit und ein Niederschlag der kollektiven Anstrengung, sie zu überwinden«. Im Zentrum der Untersuchung von Paolo Virno in *Do you remember Counterrevolution* steht die Bewegung von 1977, deren Angriff auf die fordistischen Normen, Routinen und Alltagspraktiken von der kapitalistischen »Konterrevolution« umgedreht wurde: »Ihr Nomadentum, ihre Abneigung gegen feste Jobs (...) und ihre Experimentierfreude wurden in der kapitalistischen Produktionsorganisation zusammengebracht«. Maurizio Lazzarato bezeichnet die damit entstehenden neuen Formen von Arbeit, Ware und Produktion als »immaterielle Arbeit«, was darauf verweist, daß intellektuelle Tätigkeiten sowohl im Dienstleistungs- als auch im Produktionssektor immer bedeutsamer werden. Subjektivität und Wissen werden zu zentralen Momenten der posttayloristischen Produktion und damit dem Prozeß der Verwertung unterworfen.

Aber was hat all das mit der eingangs formulierten Kritik zu tun? Am deutlichsten formuliert dies Toni Negri: Es ist gerade die arbeitsorganisatorische Autonomie der immateriellen Arbeiter gegenüber dem kapitalistischen Kommando, die dessen Kontrolle immer äußerlicher werden läßt und der Hoffnung Nahrung gibt, daß die »Wiederaneignung« der gesellschaftlichen Produktion nicht bloß als Utopie, sondern tatsächlich in der Wirklichkeit anwesend ist.

Serhat Karakayali

Toni Negri, Maurizio Lazzarato, Paolo Virno: *Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion.* Herausgegeben von Thomas Atzert, ID-Verlag, 126 S., DM 24,–

Aufbruch in die Freiheit – Teil: Burschen

Unter dem Stern ungebrochen positiver Geschichtsdeutung fanden die Feierlichkeiten zu 1848 in Frankfurt statt. Nun kündigen sich auch noch die Burschen an, um sich am 4. Oktober in der Paulskirche als Erben der 48-Revolution zu feiern. Veranstaltet wird der Festakt vom Convent Deutscher Akademikerverbände, Deutsche Burschenschaften und Neue Deutsche Burschenschaften. Walther Benno Kießl, Vorsitzender des Convents beschreibt den Sinn und Zweck der Feier als Versuch, »den Bogen unserer eindrucksvollen, unvergleichlichen Geschichte aufzuzeigen.« Die deutschen Burschenschaften und Corps stehen in einer langen Tradition von antisemitischem und chauvinistischem Denken, völkischer Ideologie, Sexismus und soldatischem Männertum. Die Selbststilisierung der Deutschnationalen zu Vätern der Demokratie ist ein weiterer Versuch, die Geschichte der Burschenschaften in Deutschland vom Makel des Nationalsozialismus zu befreien. Doch derlei Einwände scheinen im Freudentaumel um 1848 als Aufbruch in eine demokratische Gesellschaft nebensächlich.

Also: Augen und Ohren offenhalten, Gegenaktionen sind in Planung, Informationen gibt's in allen bekannten Infoläden und nicht am Kiosk.

impressum

diskus
Frankfurter StudentInnen Zeitschrift

Heft Nr. 3
August 1998
47. Jahrgang

Anschrift:
Mertonstr. 26–28, 60325 Frankfurt am Main
Website:
http://www.copyriot.com/diskus
e-mail: diskus@copyriot.com

HerausgeberInnen:
Sonja Buckel, Thomas Höhne, Wolfgang Hörbe, Alexandra Rau, Katja Wießner

Redaktion:
Stephan Adolphs, Wolfgang Hörbe, Serhat Karakayalı (ViSdP), Tanja-Maria Müller, Bodo Pallmer, Alexandra Rau, Feli Reuschling, Christian Sälzer, Uli Spenkoch, Esther Uhlig, Katja Wießner

Layout und Satz:
buechs & kruse

Lihos:
minuskel screen partner, frankfurt

Druck:
Druckerei- und Verlagskollektiv Gutleut e. G.

Dankeschön an Ralph Teckentrup für erfolgreiche Rechnerdiagnose

Auflage: 8.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich
In Frankfurt gratis, auswärts 5 Mark
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. Juli 1998.
Namentlich unterzeichnete Beiträge liegen in Verantwortung der AutorInnen.

TRANVIA

Nr. 49/Sommer '98: SPANIEN – EINE „NATION AUS NATIONEN"?

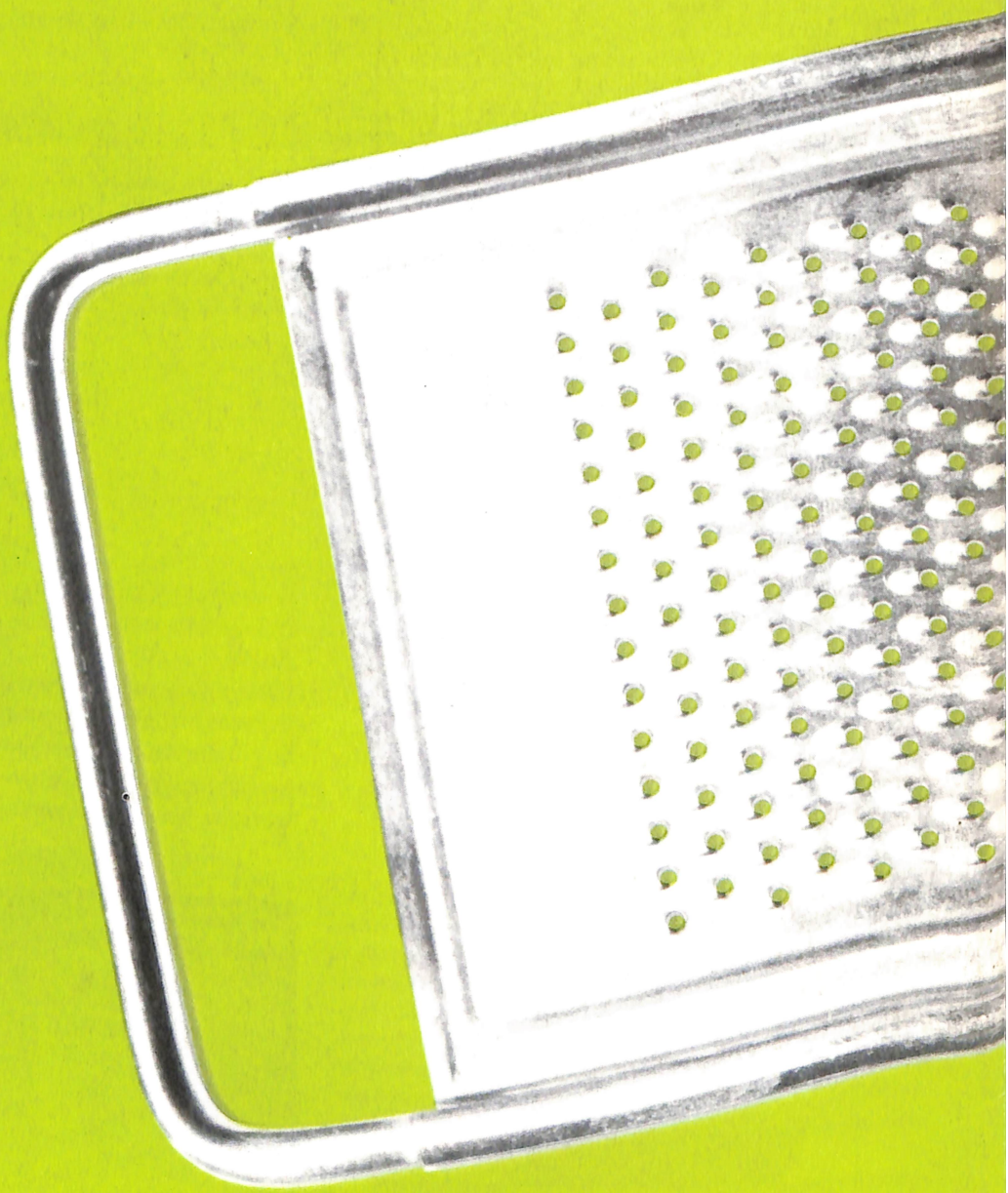
Inhalt: Der Autonomiestaat: ein funktionsfähiges Dauerprovisorium?; Die Basken: ein Versuch über Forschungsreisende, Kochtöpfe, Dynamitmixer und Friedensstifter; Katalonien: Nation oder Region?; Schreiben zwischen zwei Sprachen; Der galicische Nationalismus an der Schwelle des 21. Jahrhunderts; Die galicische Sprache heute; Die autonome Region Cástilla-La Mancha; Aranesisch, eine lebende Sprache; Europa verschlafen? Zum Umgang mit der eigenen Geschichte in Katalonien; Nationalismus und Gewerkschaften in den autonomen Regionen. – Weitere Themen: Ein Mythos Portugals auf der Kippe: zur Entdeckung des Seewegs nach Indien; Santería, Kunst und Markt in Kuba; Religionen in Brasilien u.a.

TRANVIA, die Zeitschrift zu Kultur und Gesellschaft Spaniens, Portugals und Lateinamerikas, erscheint alle drei Monate. Das Einzelheft kostet 9,– DM, das Jahresabo (4 Hefte) 36,– DM (jew. zzgl. Porto)

TRANVIA · Postfach 303626 · 10727 Berlin

DRUCKEREI - und - VERLAGS KOLLEKTIV GUTLEUT e.G.

Schönstr. 8
60327 Frankfurt
Fon: 069-24 27 19 24
Fax: 069-24 27 19 25

GrAfik Satz Druck

die welt ist eine reibe